ARCHITEKTUR der DDR



1/90

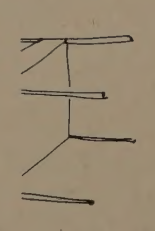
Innerstädtisches Bauen
Wie weiter?

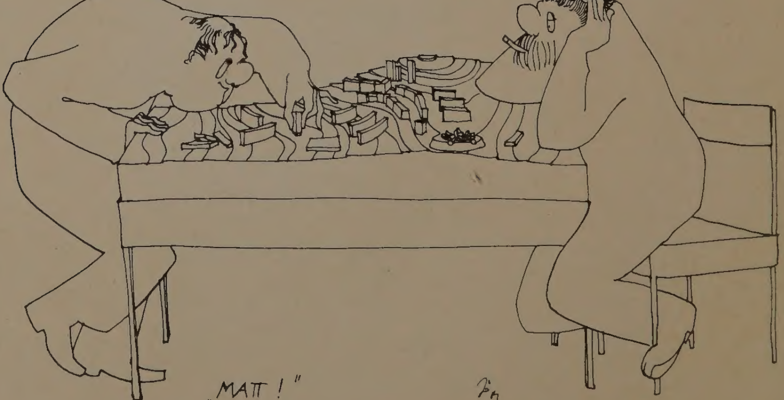
RGEND 'WAS MÜSSEN WIR FALSCH GEMACHT HABEN.'

Zum Thema

inner-städtisches Bauen

(Zeichnungen von Rainer Götze)





Die Zeitschrift „Architektur der DDR" erscheint monatlich

Jahresbezugspreis
DDR: 06000, Ausland: 120,– DM

Einzelheftpreis
DDR: 00500, Ausland: 10,– DM

Die Bezugspreise für das Ausland gelten ausschließlich Mehrwertsteuer, Verpackung und Versand.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der DDR:
Sämtliche Postämter und der VEB Verlag für Bauwesen Berlin

BRD und Berlin (West):
ESKABE Kommissions-Großbuchhandlung, Postfach 36, 8222 Ruhpolding/Obb.; Helios Literatur-Vertriebs-GmbH, Eichborndamm 141/167, Berlin (West) 52; Kunst und Wissen, Erich Bieber OHG, Postfach 46, 7000 Stuttgart 1; Gebrüder Petermann, Buch + Zeitung INTERNATIONAL, Kurfürstenstraße 111, Berlin (West) 30

Österreich
Helios Literatur-Vertriebs-GmbH & Co. KG, Industriestr. B 13, 2345 Brunn am Gebirge

Schweiz:
Verlagsauslieferung Wissenschaft der Freihofer AG, Weinbergstr. 109, 8033 Zürich

Im übrigen Ausland:
Der internationale Buch- und Zeitschriftenhandel, Auslandsbezug wird auch durch den AHB Buchexport der DDR, DDR – 7010 Leipzig, Leninstraße 16, und durch den Verlag vermittelt.

Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01), Potsdam, 1561
Printed in GDR,

Anzeigen
Alleinige Anzeigenverwaltung: VEB Verlag Technik, Oranienburger Straße 13/14, Berlin, 1020, PSF 201, Fernruf 28700, Gültiger Preiskatalog 286/1

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Verlagsdirektor:
Dipl.-Wirtsch. Ruth Schwanke
Telefon 20410, Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin, Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen,
Französische Straße 13/14, Berlin, 1086
Telefon 2041267 · 2041268
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR
Artikelnummer: 5236
Redaktionsschluß
Kunstdruckteil: 6. November 1989
Illusteil: 13. November 1989
Titelbild
Ernst-Thälmann-Platz in Wittstock · Ein Stück „heile Welt" darf nicht über die alarmierende Situation unserer Städte hinwegtäuschen.
Foto: H. Milkert, Brandenburg
Fotonachweis
H. Milkert (9), Institut für Denkmalpflege Berlin (1), W. Bittner (4), F. Hofmann (10), IfD/J. Fritz (1), G. Dutschmann (2)

ISSN 0322-3413
Architektur der DDR Berlin 38 (1990), Januar, 1, S. 1–56

[39]

Akut

An alle Architektinnen und Architekten

Mit den berechtigten Forderungen vieler Mitglieder und den Vorschlägen der meisten Bezirksgruppen übereinstimmend hat der Bundesvorstand des Bundes der Architekten der DDR (BdA) am 17. November 1989 beschlossen, im I. Quartal 1990 einen außerordentlichen Kongreß durchzuführen.
Ziel des Kongresses soll es sein, den BdA nach dem freien Willen seiner Mitglieder als unabhängigen Fach- und Berufsverband, als eigenständigen, energischen Interessenvertreter der Architektinnen und Architekten aller Fachrichtungen und als Partner mündiger Bürger mit einem demokratischen Statut und Programm neu zu konstituieren.
Der Bundesvorstand sieht es bis dahin als seine Pflicht, dem Prozeß der Erneuerung des Verbandes durch freie, geheime Wahlen den Weg zu öffnen und dann die Geschicke des Bundes in die Hände der mit demokratischer Legitimation und dem Mandat der Mitglieder ausgestatteten Delegierten zu legen.
Damit alle Kolleginnen und Kollegen sowie die Öffentlichkeit diesen Prozeß beobachten, beeinflussen und kontrollieren können, sollen alle Mitglieder und alle interessierten Architekten einbezogen werden. Sie haben die Möglichkeit, den demokratischen Verlauf der Wahlen zu prüfen, die in Arbeitsgruppen erfolgende Vorbereitung des Statutes und programmatischer Materialien zu beeinflussen und selbst Alternativvorschläge dafür einzubringen.
Dazu werden in nächster Zeit in allen Bezirken Diskussionen stattfinden, wo alle Vorschläge erörtert werden können und jeder persönliche Mitverantwortung für die Kongreßvorbereitung tragen kann. Dazu sind alle Kolleginnen und Kollegen, besonders auch jene, die sich in den bisherigen Gremien des BdA nicht vertreten fühlen, eingeladen.

Position des Redaktionsbeirates

Der Redaktionsbeirat spricht sich in Übereinstimmung mit der Redaktion für eine freie, unabhängige Architekturzeitschrift der DDR aus, die breiteste Leserkreise anspricht und offen ist für Architekten, Stadtplaner, Kommunalpolitiker und interessierte Bürger.
Der seit 1987 von den Herausgebern neugebildete Redaktionsbeirat hat sich bemüht, mit einem Konzept zur Entwicklung der Zeitschrift von 1988 eine schrittweise Erneuerung herbeizuführen. Das ist unter den damals bestehenden politischen und ökonomischen Bedingungen nicht gelungen.
Aus der heutigen Sicht erscheint folgendes notwendig:
1. Neubildung des Redaktionsbeirates durch Vorschläge von unten aus einem erneuerten Architektenverband und Initiativgruppen, von Architekten, Stadtplanern, Wissenschaftlern und Studenten.
2. Eine Herausgeberschaft ist im Prozeß weiterer Veränderungen zu klären.
3. Konsequente Hinwendung der Zeitschrift zu den dringendsten Problemen in Städtebau und Architektur im Blick auf die Zukunft:
- Bewahrung der kulturellen Identität unserer Städte und der Architektur
- radikale Erneuerung der Raum- und Stadtentwicklungsplanung in Verbindung mit den ökologischen Erfordernissen
- durchgreifende Veränderung der Stellung der Architekten und Stadtplaner in der Gesellschaft
- Demokratisierung in Architektur und Stadtplanung
- völlige Veränderung des Verhältnisses Architektur und Ökonomie. Wirtschaftspolitik und Bauwissenschaft müssen als Mittel zur kulturellen und sozialen Erneuerung dienen.
- Förderung von Architekturkritik, Meinungsstreit und geistiger Auseinandersetzung um die Architektur, einschließlich ihrer historisch gewachsenen Werte

4. Erweiterung des Autoren- und Leserkreises, vor allem durch junge Fachleute, Initiativgruppen, andere Fachdisziplinen und Vertreter der Kommunen sowie internationale Öffnung der Zeitschrift.
5. Wir rufen die Leser und Interessenten auf, ihre Meinungen und Vorschläge der Redaktion zu übermitteln, um die Neuformierung schnell zu realisieren. Die Zeitschrift wird im Prozeß ihrer Erneuerung weiter erscheinen und ab Frühjahr 1990 auf einem neuen Finanzierungsmodell, das Sponsoren und Werbung einbezieht, basieren. Aus dem bisherigen Redaktionsbeirat hat sich ein Arbeitsausschuß zur Unterstützung der Redaktionsarbeit konstituiert, der für interessierte Kolleginnen und Kollegen offen ist (Kontaktadresse: Dr. Harald Kegler, Bauhaus Dessau, Tel. Dessau 4919).

B. Grönwald

Endlich tabufrei Bundesvorstand für Erneuerung des BdA

Zum erstenmal absolut tabufrei und deshalb auch so stürmisch verlief die BdA-Bundesvorstandssitzung am 17. 11. 1989. Fragen der Landschaftsarchitektur sollten ursprünglich zur Debatte stehen, die Situation im Lande, im ganzen Architekturschaffen und die Zukunft des BdA erforderten eine andere Tagesordnung und rasche Entscheidungen.
„Besteht der BdA überhaupt noch?" Diese Frage stand am Anfang. Die Antwort aus den Bezirken: Ja. Es wird überall heiß diskutiert. Lang angestauter Frust, heftige Kritik an allem, was „oben" war und dort verfehlt wurde, Zweifel, vor allem Sorge wie es weitergeht, viele kontroverse Forderungen und Vorschläge zeigen, daß im BdA eine demokratische Erneuerung begonnen hat. Eine Reihe der Bezirksvorstände ist zurückgetreten, soll aber bis zur Neuwahl die Geschäfte weiterführen. Nach dieser ersten Bestandsaufnahme ging die äußerst kritische Diskussion vor allem um dringliche Forderungen an die Baupolitik, um den ernsten Zustand in Städten und Gemeinden, den drohenden Verfall wertvollster, unersetzlicher Bausubstanz und um die Weiterexistenz des BdA und seine völlige Erneuerung zu einer eigenständigen Berufsvereinigung, die nur vom freien Willen ihrer Mitglieder bestimmt wird. Viele Gedanken, die in einem neuen demokratischen Statut und in inhaltliche Programme Aufnahme finden könnten, kamen aus Bezirks-, Kreis- und Fachgruppen. Zur Debatte stand auch die von der BdA-Betriebsgruppe der Bauakademie gestellte Rücktrittsforderung an den Bundesvorstand. Einem Kollegen, der sich als Vertreter des „Neuen Forums" vorstellte, aber nicht Mitglied des Bundesvorstandes war, wurde die Möglichkeit gegeben, seine Gedanken zur künftigen Entwicklung des BdA darzulegen. Es war nicht möglich, die Vielzahl von Kritiken, Forderungen und Vorschlägen zu einem Konsens zu bringen. Über zahlreiche Anträge und Fragen konnte nur durch Abstimmung (bei stets wechselnden Mehrheiten) Entscheidungen herbeigeführt werden. (Ein wortwörtliches Protokoll über die ganze Debatte wird zur Verfügung stehen.)
Über einige Fragen schien jedoch – wenn man die ganze Diskussion verfolgte – schon jetzt weitgehende Übereinstimmung zu bestehen. Dazu gehören die grundlegende Hebung der Rolle der Architektur und der Architekten in einer sich demokratisch erneuernden Gesellschaft, Neuzuordnung der städtebaulichen Planung als selbständige Bereiche außerhalb des Bauwesens, die Abkopplung der Projektierung (zumindest des Entwurfs) von den Baukombinaten und ihrer bisherigen Allmacht, die Schaffung vielfältiger Formen eines freien Architekturschaffens in volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Büros oder Ateliers, die demokratische, politisch unabhängige Neubestimmung der Inhalte und Formen künftiger BdA-Arbeit sowie erste Vorstellungen für eine Neuprofilierung des Bauens mit modernen, der jeweiligen Aufgabe angemessenen Bauweisen und einem Vorrang der Rettung und Erhaltung aller wertvollen Bausubstanz. Keinen Widerspruch gab es auch zu der Forderung, das Bauen in jeder Hinsicht in eine Schlüsselposition der Volkswirtschaft zu bringen, so wie sie auch in anderen Ländern besteht. Hitzig wurde die Frage debattiert, ob (für alle Varianten gab es Anträge) ein außerordentlicher BdA-Kongreß, eine Delegiertenkonferenz des BdA oder ein offener Architektenkongreß vorbereitet werden sollte. Eine Delegiertenkonferenz, so manche Meinung, habe zu wenig Vollmachten, könne z. B. kein neues Statut beschließen. Der BdA habe auch nicht das Recht, für alle Architekten des Landes zu sprechen und allein einen Architektenkongreß vorzubereiten. So ergab sich mit großer Mehrheit der Beschluß, einen außerordentlichen BdA-Kongreß für das I. Quartal 1990 einzuberufen und ihn durch freie und geheime Wahlen von unten nach oben vorzubereiten. Eine völlig neue Wahlordnung wird dazu zur Diskussion gestellt. In einem offenen Brief des Bundesvorstandes (nebenstehend veröffentlicht) sind alle Architektinnen und Architekten aufgerufen, bei der Vorbereitung des Kongresses demokratisch mitzuwirken. Die bisherigen Gremien sollen vorläufig noch geschäftsführend in der Pflicht bleiben.
Der Bundesvorstand gab eine Ehrenerklärung für Kollegen Dr. Bruno Flierl ab, der vor einigen Jahren zu Unrecht von seiner Aufgabe im Bund, die er mit großem Engagement wahrnahm, abberufen worden war.

Arbeitsgemeinschaft Berliner Architekten

Unter dem vorläufigen Namen „Arbeitsgemeinschaft Berliner Architekten" hat sich in Berlin eine Initiativgruppe konstituiert, die grundlegende Reformen in Städtebau und Architektur anstrebt. Enttäuscht von der bisherigen Leitung des BdA will dieses Gremium Architekten, Stadtplanern, Landschaftsarchitekten und Denkmalpflegern die Möglichkeit bieten, ihre Positionen im Reformprozeß neu zu bestimmen.

BdA-Präsidium zurückgetreten

Im Interesse einer raschen demokratischen Erneuerung ist das Präsidium des BdA zurückgetreten. Bis zur Neuwahl soll ein vorläufiger geschäftsführender Ausschuß die Arbeitsfähigkeit gewährleisten.

An unsere Leserinnen und Leser

Wohin geht es? So hatten wir das Thema dieses Heftes vor einem dreiviertel Jahr im Redaktionsbeirat benannt. Wer konnte zu der Zeit schon wissen, daß die 57. Plenartagung der Bauakademie, über die wir hier berichten wollten, mit fadenscheinigen Begründungen und in undemokratischer Weise abgesetzt werden würde und daß diese Fragestellung nun in dem begonnenen Dialog um eine Erneuerung unserer Gesellschaft eine so viel weitergefaßte Dimension erhalten würde? Doch damit hat die Frage nach dem Wohin noch mehr Gewicht erhalten. Es ist wohl gut, daß niemand, was das Schaffen der Architekten betrifft, schon wieder fertige Antworten zur Hand hat. Zu ernst sind die Probleme, zu tief die Widersprüche, und zu weit gehen die Meinungen auseinander. Um zu einem tragbaren Konsens für die Zukunft zu gelangen, muß noch vieles in Frage gestellt, diskutiert und verändert werden, auch der Weg des BdA und der Fachmedien. Das gilt auch für unsere Zeitschrift, die zunehmender Gängelei ausgesetzt war und nun auf Grund zu langer Herstellungszeiten bisher weder Veränderungen widerspiegeln noch wirksam beeinflussen konnte. Das neue Profil muß noch gefunden werden. Wir wollen es nicht vorbestimmen, sondern mit Autoren und Lesern gemeinsam suchen.
Doch in einem sind sich viele Leserzuschriften und Redaktion einig: Es soll ein demokratisches, pluralistisches Profil sein, ohne Tabus und Schminke, offen für alle Architekten, für einen kontroversen Dialog, für Kritik und Ideen, die eine lebendige Erneuerung der Architektur so nötig braucht.
Wir warten damit nicht ein auch von uns gefordertes neues Mediengesetz ab, auch nicht eine demokratische Neubestimmung der Baupolitik. Wir werden von nun an eigenständig und unserer Verantwortung gegenüber den Lesern gemäß handeln. Dieses Heft kann dazu nur ein erster bescheidener Schritt sein.
Architektur soll wieder Freude machen, den Schöpfern und vor allem aber den Nutzern.
In diesem Sinne wünschen wir allen Lesern in In- und Ausland ein hoffnungsvolles und frohes neues Jahr.

Ihre Redaktion

Zum Heftthema Problem Innenstadt

Standpunkt zu Potsdam

Man kommt an diesem Thema nicht vorbei – Bauen in der Innenstadt – oder noch besser – Bauen in unserer Innenstadt, und damit meine ich einen wesentlichen Teil der zweiten barocken Stadterweiterung (von Potsdam, d. R.)
Ich bin oft zum Bauen in der Innenstadt gefragt worden, das zwang verstärkt zum Nachdenken. In der gegenwärtigen Situation sind für mich viele Dinge nicht überzeugend beantwortet, Grundpositionen werden nicht deutlich oder nicht gehalten, Widersprüchliches tritt zu Tage. Meine Fragen und Gedanken werden den Abriß- und „Baufortschritt" nicht mehr aufhalten, aber vielleicht bringen sie uns zum intensiveren Nachdenken, mobilisieren den BdA-Vorstand für eine offene Diskussion unserer Probleme.
Was steht am Anfang dieses Gebietes? Ein König, ein einheitlich gestaltender Wille, Homogenität von Form und Funktion. Viel später, in unseren Tagen folgt die Denkmalerklärung, Kategorie I, Denkmal des Städtebaues und der Architektur von nationaler und internationaler Bedeutung.
Nach einem Wettbewerb Anfang der 60er Jahre, der in den meisten Entwürfen einen Großteil der barocken Innenstadt aufgab und dadurch den Erhaltungswillen nicht motivierte, folgte nach der Denkmalerklärung am Ende der 70er Jahre die Erkenntnis, daß die gesamte Bausubstanz durch Rekonstruktion nicht zu halten ist.
Der darauf für einen Ersatzbau ausgelobte Wettbewerb setzte neue Prämissen. Das Produkt der Realisierung wurde die 1,1-t-Bauweise, die von vielen getragen und für gangbar befunden wurde...
Was ist eigentlich denkmalwürdig an diesem Denkmal des Städtebaues und der Architektur? Zweifelsohne die Quartierstruktur mit spitzen und stumpfen Winkeln (mit dem Abriß der Häuser Gutenbergstraße 100–102 ist uns das wohl prägnanteste Beispiel verloren gegangen). Und natürlich der „Zwischen"raum, der visuell erlebbare Straßenraum, markiert durch Breite der Straße, Traufhöhe des Hauses und Dachneigung. Hier etwa 7 m und 45° Dachneigung, wohlgemerkt bei den Typenhäusern, denn sie bilden den größten Anteil der Denkmalobjekte und vor allem die prägende Grundsubstanz. Wer noch vor einigen Wochen an der Kreuzung Gutenbergstraße/Dortustraße stand und in Richtung Hegelallee sah, wird vielleicht die Veränderung erahnt haben, die sich durch eine 4-geschossige WBS 70 ergeben wird. Der wird nachvollzogen haben, wie sich der geschützte städtebauliche Raum verändert.
Warum beruft man sich dabei noch auf die vorhandenen Eckhäuser der Gründerzeit? Die Bausünden der Vergangenheit können doch nun nicht zum Maßstab für das Bauen im denkmalgeschützten Bereich werden!
Warum setzen wir einem solchen einheitlich geplanten Gebiet von hoher stadtprägender Gestalt und kunst- und kulturhistorischer Bedeutung nur die geplante Uneinheitlichkeit als Rezeption entgegen? Wäre es nicht auch Aufgabe des Institutes für Denkmalpflege gewesen, die zu wahren?
Und wie steht es mit uns BdA-Mitgliedern, die wir uns alle für dieses Thema engagieren müßten? Ich kenne nur vereinzelte Stimmen und Aktivitäten. Warum hat sich auch der BdA-Bezirksvorstand nicht zu Wort gemeldet?
Vor 10 Jahren gab es einen Wettbewerb für einen Ersatzneubau in angepaßter Gestalt, warum jetzt nicht, wo mit der WBS 70 etwas Neues auf den Plan tritt? Und warum gelten nicht die gleichen Prämissen wie damals? Ich teile die Auffassung, daß die gesamte Substanz nicht gehalten werden kann. Aber als Architekt und ehrenamtlicher Denkmalpfleger meine ich, daß wir uns dieser wertvollen Bausubstanz mit mehr Gefühl und Ehrlichkeit, also auch mit mehr Qualität nähern sollten. Nicht die historische Architektur kopieren, sondern wie ein guter Komponist das Thema auf neue Weise interpretieren...
Zum Schluß noch ein Wort zur Ökonomie. Sie ist wichtig, aber sie ist nicht alles, nur ein Teil des Ganzen. Und wenn man nur noch über beschlossene Dinge diskutiert, kann man die mögliche gleiche oder höhere Ökonomie von anderen Lösungsvarianten nicht in Betracht ziehen. Zu schnell werden scheinbar fertige Lösungen präsentiert; die ganze Kraft unseres Leistungsvermögens und unserer Phantasie wird nicht ausgeschöpft.
Hier ist wohl auch der Ansatzpunkt für die zukünftige BdA-Arbeit. Der Berufsverband muß sich stärker unabhängig von den administrativen Bindungen seiner Mitglieder als Fachverband profilieren, die Aufgabe steht vor der Betriebszugehörigkeit.
In diesem Sinne laßt uns in eine offene und fruchtbare Diskussion treten.
(Jörg Limberg im Informationsblatt der BdA-Bezirksgruppe Potsdam)

Gesellschaft für Denkmalpflege zur Rettung der Altstädte

Der Zentralvorstand der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR beriet am 3. und 4. 11. 1989 in Halle über Probleme der weiteren Entwicklung der Denkmalpflege in der DDR, insbesondere über den besorgniserregenden Zustand der historischen Stadtkerne sowie über dringende Maßnahmen für deren Rettung. Dazu ist eine Neuorientierung und Umstrukturierung des Bauwesens notwendig, das die Baudenkmale entsprechend ihres Wertes sichert.

Es wurde festgestellt, daß sich der Einsatz der Plattenbauweise in Stadtkernen nicht bewährt und zu erheblichen Verlusten geführt hat. Niemand könne es mehr hinnehmen, daß ganze Wohnquartiere verfallen, so in Altenburg, Görlitz, Halle, Pirna, Stralsund, Zeitz und anderen Städten. Die Gesellschaft für Denkmalpflege verlangt kategorisch, das Ansehen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der staatlichen und gesellschaftlichen Denkmalpflege zu verbessern. Es dürften keine Entscheidungen auf diesem Gebiet mehr erfolgen ohne Anhörung von Fachleuten und Bürgern. Da es um die Bewahrung der geschichtlichen und baulichen Hinterlassenschaften von hohem ideellem und materiellem Wert als hervorragender Teil des kulturellen Erbes geht, ist die gesamte Bevölkerung, sind die Volksvertretungen, Ministerien, Betriebe und Einrichtungen aufgefordert, weitaus stärkeres Engagement als bisher zu zeigen und sofortige Maßnahmen einzuleiten. Verbale Bekundungen über eine „Wende" im Bauwesen reichen nach Ansicht der Tagungsteilnehmer nicht mehr aus. Von der Gesellschaft für Denkmalpflege, dem Institut für Denkmalpflege, dem Bund der Architekten und anderen Beteiligten wurden Vorschläge den zuständigen staatlichen Organen übergeben mit der Aufforderung, auf sie schnell und mit gutem Willen zu reagieren.

Die Arbeit der Mitglieder der Gesellschaft für Denkmalpflege an der Basis muß in größerem Maße als bisher qualifiziert werden. Die Ausarbeitung von Konzeptionen und die Veranstaltung von Tagungen reicht nicht aus, wurde betont. Jeder ist dringend aufgefordert, im eigenen Territorium tätig zu werden. Die Gemeinschaftsaktion „Gepflegte Denkmale und ihre Umgebung" bietet dazu, um weitere aktuelle Maßnahmen ergänzt, gute Möglichkeiten. Bisherige oftmals recht fragwürdige „Abrechnungsmodalitäten" und bloße Absichtsbekundungen sind nicht mehr zeitgemäß. Konkrete Taten sind das einzige, was zählt! Die demokratische Öffentlichkeit muß durch alle Medien über Ergebnisse und Probleme denkmalpflegerischer Arbeit informiert werden. Dabei sind unberechtigte Abrisse, Vernachlässigung, Behinderung von guten Initiativen, Gesetzesverletzungen und ähnliches schonungslos anzuprangern und zu ahnden. Es gilt, so wurde betont, die strikte Beachtung des Denkmalpflegegesetzes und seiner Durchführungsbestimmungen, des Kulturgutschutzgesetzes, des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen usw. durchzusetzen und die dort vorgesehenen Sanktionen in vollem Umfange anzuwenden.
Hinsichtlich der weiteren Arbeit der Gesellschaft für Denkmalpflege wurde betont, die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen in- und außerhalb des Kulturbundes zu suchen und zu verbessern. Der Zentralvorstand sollte sich verjüngen, also durch Aufnahme neuer, jüngerer haupt- und ehrenamtlicher Denkmalpfleger auch zu neuen Ideen, Sichtweisen und Initiativen zu kommen. Es gelte, eine „Stiftung Denkmalschutz" zu bilden, durch die objektbezogenen Mittel gesammelt und verwendet werden. Jedwede Haltung von Unterwürfigkeit gegenüber höheren staatlichen Stellen, jedwedes fragwürdiges Akzeptieren von Zwängen müsse mit neuem Selbstbewußtsein überwunden werden. Niemand könne die haupt- und ehrenamtlichen Denkmalpfleger mehr in die Ecke drängen, sie destruktiver Haltungen verdächtigen. Vielmehr seien auch in diesem Bereich klarer Blick und aufrechter Gang angesagt.

Helmut Caspar

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag

Dipl.-Arch. Dieter Rühle, Berlin
2. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Prof. Dr. Hermann Henselmann, Berlin
3. Februar 1905, zum 85. Geburtstag

Dipl.-Ing. Brigitte Schneider, Weimar
5. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Rolf Zeibig, Meißen
6. Februar 1925, zum 65. Geburtstag

Dipl.-Ing. Walter Müller, Weimar
7. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Bauing. Friedrich Rihl, Jena
8. Februar 1925, zum 65. Geburtstag

Dipl.-Ing. Uwe Pannekamp, Berlin
9. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Architekt Rudolf Wehner, Leipzig
9. Februar 1920, zum 70. Geburtstag

Prof. Dr. Helmut Stelzer, Halle
11. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Dr.-Ing. Siegmund Brüllke, Dresden
12. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Architekt Wolfgang Richter, Jena
12. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Architekt Lothar Hübner, Greiz
13. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Ing. Hanns Galke, Beeskow
13. Februar 1910, zum 80. Geburtstag

Architekt Johannes Meyer, Limbach-Oberfr.
13. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Bauing. Kurt Escher, Erfurt
14. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Heinrich Seidel, Dresden
14. Februar 1910, zum 80. Geburtstag

Obering. Siegfried Hopf, Erfurt
15. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Günther Stäglich, Rostock
15. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Bauing. Klaus Hackethal, Camburg
17. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Martin Böttger, Dresden
18. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Eckart Schultz, Halle-Neust.
18. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Hochbauing. Bruno Bortchen, Oranienburg
19. Februar 1910, zum 80. Geburtstag

Bauing. Kurt Schönwald, Schwedt
19. Februar 1920, zum 70. Geburtstag

Architekt Edgar Groh, Plauen
20. Februar 1925, zum 65. Geburtstag

Prof. Dr.-Ing. Rudolf Lasch, Rostock
20. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Werner Kallus, Berlin
20. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Innenarchitekt Herbert Sachse, Berlin
20. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Helmut Haubenreißer, Gera
22. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Gartenbauing. Hans-Eberhart Horn, Berlin
22. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Manfred Winkler, Leipzig
22. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Architekt Heinz Mersiowsky, Dresden
23. Februar 1915, zum 75. Geburtstag

Dipl.-Gärtner Siegfried Pluta, Leipzig
24. Februar 1920, zum 70. Geburtstag

Architekt Siegfried Klein, Naundorf
26. Februar 1930, zum 60. Geburtstag

Innenarchitekt Gerhilde Urbanski, Berlin
27. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Dipl.-Ing. Gerhard Kreher, Magdeburg
29. Februar 1940, zum 50. Geburtstag

Städtebauliche Erfordernisse intensiver Stadtentwicklung – strategische Positionen der Grundlagenforschung

Dr. Bernd Hunger
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Im Juni 1989 legte das Institut für Städtebau und Architektur ein zusammenfassendes Thesenmaterial vor, das in Abstimmung mit dem Institut für Ökonomie der Bauakademie Vorschläge für eine veränderte Städtebaupolitik mit Blick auf die 90er Jahre enthält. Die Resonanz zentraler Entscheidungsträger blieb schwach, während die Ereignisse der letzten Wochen und Monate bestätigten, von welcher politischen Tragweite die Neukonzipierung des Verhältnisses von Gesellschaftsstrategie und Städtebaupolitik ist.
Die resümierende Schlußfolgerung des Materials, daß komplexer Stadtentwicklung ein prinzipiell höherer Stellenwert in der Gesellschaftskonzeption gebührt, ist von strategischer Bedeutung. Welche politischen, ökonomischen und rechtlichen Konsequenzen diese Position hat, wird Gegenstand des öffentlichen Dialogs sein, an dem sich die Städtebauforschung hiermit durch die Publikation des Thesenmaterials beteiligt.

Der Städtebau in der DDR wurde in den vergangenen 20 Jahren wesentlich durch das Wohnungsbauprogramm beeinflußt. Die umfassende Verbesserung der Wohnbedingungen für mehr als zwei Drittel aller Bürger der DDR stellt eine immense volkswirtschaftliche, sozialpolitische und bauwirtschaftliche Leistung dar.
Allerdings band die Schwerpunktsetzung des Städtebaus auf den vorwiegend randstädtischen komplexen Wohnungsbau das Bauaufkommen in solchem Maße, daß eine proportionale Entwicklung und Erhaltung anderer städtischer Funktionen und Gebiete nicht in vollem Umfang gewährleistet war.
Heute weisen wirtschaftliche Erfordernisse und kulturelle Ansprüche auf einen **Bedeutungsgewinn allseitiger Stadtentwicklung für den gesamten Reproduktionsprozeß der Gesellschaft** hin. Umfassende Intensivierung auf Dauer verleiht der Reproduzierbarkeit begrenzter territorialer Ressourcen – und damit auch den Städten mit ihren baulichen Grundfonds und Strukturbeziehungen – gesetzmäßig höheres Gewicht. Stadtentwicklung wirkt sich begünstigend oder erschwerend auf die effektive Gestaltung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesse einschließlich ihrer ökologischen Effizienz aus.
Gesellschaftsstrategie und Investitionspolitik der 90er Jahre werden davon beeinflußt, daß die sich weitreichend vollziehenden qualitativen Veränderungen in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Lebensweise einhergehen mit neuartigen Anforderungen an die städtische Infrastruktur, die Funktionsmischung in der Stadt und an die sozial-kulturellen Funktionen der Stadtumwelt.

Erstens erhöhen sich die Ansprüche an die sozial-kulturelle Qualität der Stadt.
Ökonomisch nicht quantifizierbare Standortfaktoren wie Freizeitwert, landschaftlicher Reiz, Stadtbild, Wohnqualität und erlebnisreiche Stadtöffentlichkeit beeinflussen wesentlich das Wohlbefinden der Bewohner. Soziologische Studien weisen nach, daß gerade das Niveau der Stadtkultur zum geistig anregenden Stimulus der Leistungsbereitschaft von Werktätigen mit anspruchsvollen Arbeitsinhalten in der Produktion, Wissenschaft und Kultur wird. Nicht zuletzt befördert die Anziehungskraft der Stadt die Ortsverbundenheit ihrer Bewohner und ihre aktive Mitwirkung bei der Stadtgestaltung.

Zweitens beanspruchen Spitzentechnologien eine neuartige infrastrukturelle und ökologische Qualität der Stadt.
Von der Zuverlässigkeit und Entwicklungsfähigkeit des Verkehrs- und Energiesystems, der Wasserver- und entsorgung und des vor völligem Wandel stehenden Informations- und Kommunikationssystems wird die Effizienz der Produktion zunehmend beeinflußt. In dieser Hinsicht werden in der DDR Ende der 80er Jahre Schwellenwerte einer effektiven infrastrukturellen Ausstattung der Städte vielfach unterschritten, so daß ein hohes Erneuerungsaufkommen erforderlich ist. Von der Qualität des Territoriums, der Stadt hängen technologische Innovationsprozesse in der Produktion und eine ihnen adäquate Lebensweise in unmittelbarerem Maße ab als in vergangenen Zeiträumen. Damit werden **Stadtentwicklung und Städtebau in direkter Weise zu Triebkräften wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.**

Die Einheit von Stadtkultur und Stadtökonomie als Effektivitätsreserve.
Begünstigend für die Konzipierung des Städtebaus in seiner Triebkraftfunktion für die gesellschaftliche Entwicklung wirkt sich aus, daß Stadtkultur – aufgefaßt als Qualität der städtischen Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit – und Stadtökonomie nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig bedingen. **Intensive Stadtentwicklung ist die effektivste Form der Realisierung des gesellschaftlichen Baubedarfs,** sie entspricht sowohl ökonomischen Erfordernissen als auch den wachsenden sozial-kulturellen Ansprüchen an die Qualität der Stadtumwelt.
So erweist sich die eingeleitete Orientierung des Städtebaus auf das Bauen in der Innenstadt mehrfach als Effektivitätsreserve. Sie führt

- zur Begrenzung des Wachstums der Baugebietsflächen sowie der Bausubstanz insgesamt und damit zur Schonung des Naturraumes und der landwirtschaftlichen Nutzfläche;
- zu Einsparungen am laufenden Aufwand für Verkehr, für Bewirtschaftung und Erhaltung der Stadtflächen und stadttechnischen Netze;
- zur Verbesserung der Zeitökonomie durch günstiger gestaltete Weg-Zeit-Beziehungen;
- zur Erhaltung bewahrenswerter Bausubstanz und damit zur Wahrung der kulturellen Bedeutung der Innenstädte als Träger der Stadtgeschichte und Baukultur.

Es ist für die Gesellschaftsstrategie der 90er Jahre von Gewicht, daß beim Übergang zur umfassenden Intensivierung **komplexe Lösungen für territoriale Probleme immer deutlicher zum Intensivierungspotential für gesamtgesellschaftliche Prozesse** werden.
Die Besonderheit der Stadt, auf engem Raum unterschiedlichsten Bedürfnissen mit entsprechenden räumlichen Lösungen Rechnung tragen zu können, entspricht der zunehmenden Verflechtung und Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse.
Insofern ist **innerstädtische Umgestaltung und Erneuerung** die Voraussetzung für eine durchgängige Intensivierung aller städtischen Prozesse.

Städtebau und Systemwettstreit
Im Wettstreit der Systeme gehören Stadtumwelt und Architektur, Landschaftsräume und Siedlungen zu den augenscheinlichsten Kriterien für die Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes.
Die Qualität der Stadtumwelt wird als Bestandteil der Alltagskultur von Bewohnern und Gästen unmittelbar wahrgenommen und bewertet. Heimischfühlen, Wohlbefinden und Leistungsbereitschaft der Bürger werden in nicht geringem Maße von der Anziehungskraft städtischen Lebens geprägt, die über Medien und Reisen direkt vergleichbar geworden ist.
In den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten wird gegenwärtig die Stadtentwicklung stark politisch thematisiert, insbesondere durch die Gestaltung von Städtepartnerschaften und den gestiegenen Reiseverkehr. Sowohl im Wettstreit der Systeme als auch im Konkurrenzkampf um die Standortgunst ihrer Städte und Regionen für absehbare räumliche Umverteilungsprozesse infolge des EG-Binnenmarktes mißt die BRD Problemen der Regional- und Stadtentwicklung außerordentlich hohe politische und wirtschaftliche Bedeutung bei. Das äußert sich in beträchtlichen Investitionen für die Innenstadterneuerung einschließlich „Rückbau", die technische Infrastruktur und die ökologische Qualität der Städte und ihres Umlandes.
Es wird dabei nicht übersehen, daß die DDR infolge der Kontinuität und Stabilität ihrer Siedlungsstrukturentwicklung strategische Vorteile betreffs der Funktionsmischung in den Städten, der räumlich-gestalterischen Beziehungen zu historisch gewachsenen städtebaulichen Kulturwerten und der sozialkulturellen Aneignung der Stadtumwelt durch alle Schichten der Bevölkerung ausweist. Die Sicherung dieser Werte bedingt eine konsequente Orientierung auf einen den spezifischen Bedingungen der DDR adäquaten Erneuerungs- und Sanierungsprozeß der vorhandenen Bausubstanz und Stadträume.
Fest steht: In den 90er Jahren werden Fragen der Stadtentwicklung in Verbindung mit den Problemen des Arbeitsplatzangebotes, des Wohnraumbedarfes und der Stadtkultur im politischen und ökonomischen Wettstreit der Systeme weiter an Gewicht gewinnen.

II. Neue Bauaufgaben zur Gewährleistung einer umfassenden intensiven Stadtentwicklung
Das Flächenwachstum der Groß- und Mittelstädte verringerte die Intensität der Nutzung innerstädtischer Gebiete erheblich. Obwohl in den meisten Städten die Anzahl der Einwohner nicht zunahm, wuchsen die Baugebietsflächen für Wohn- und Industriegebiete in den letzten 20 Jahren um nahezu 30 %.
Die Verbesserung der Wohnbedingungen ging einher mit großräumigen Einwohnerumverteilungen – heute wohnen über 35 % der Städter in neuerrichteten randstädtischen Wohngebieten, hingegen sank die Anzahl der Innenstadtbewohner in ähnlicher Größenordnung.
Wochenendsiedlungen am Rand und im Umland der Städte führten zunehmend zu Erscheinungen der Landschaftszersiedlung und Flächenverbau. Sie sind Folge der räumlichen Trennung des Grundbedarfs für das Wohnen und der darüber hinausgehenden Bedürfnisse, z. B. nach individuell nutzbaren Bereichen in Wohnungsnähe und erlebnisreichen gesellschaftlichen Freizeitangeboten im Wohngebiet.
Infolge der vorwiegend extensiven Stadterweiterungen wuchsen die Betriebsaufwendungen für die Netze der Stadttechnik und des Verkehrs überproportional. Das notwendige gesellschaftliche Arbeitsvermögen für die Stadtbewirtschaftung sowie für die Erhaltung des wachsenden Gesamtbestandes an Bausubstanz erhöhte sich beträchtlich. Seine Zunahme steht im Widerspruch zur mittelfristig zu erwartenden Abnahme der Gesamtanzahl der Beschäftigten in der Volkswirtschaft.
Insgesamt ist die **rationelle Nutzung städti-**

scher Flächen zur Schlüsselfrage intensiver städtebaulicher Entwicklung geworden. In den 90er Jahren ist bei Ausschöpfung der städtebaulichen Intensivierungsmöglichkeiten in der Mehrzahl der Städte keine Erweiterung der vorhandenen Baugebietsflächen erforderlich. Damit wird eine neue Form innerstädtischen Bauens zur verbreitetsten Bauaufgabe der 90er Jahre: die **komplexe Umgestaltung und Erneuerung vorhandener Baugebiete**.

Mit ihrer massenhaften Durchsetzung erfolgt die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Städte und erfordert nicht mehr Ersatz verschlissener Bausubstanz auf extensiven Standorten.

Die neue Bauaufgabe ist innenstadt- und bestandsorientiert. Sie ermöglicht

- die Konzentration der Bautätigkeit auf die Gebiete mit höchster stadtökonomischer und stadtkultureller Bedeutung;
- die Konzentration des Bauaufkommens auf Erhaltung, Umgestaltung und Erneuerung der vorhandenen Bausubstanz in den jeweils territorial spezifischen Proportionen.

Voraussetzung ist eine beträchtliche Steigerung des Bauaufkommens für die Erhaltung und Verbesserung des Vorhandenen. Das reduzierte Neubauvolumen wird vorrangig auf den Ersatz verschlissener Substanz am gleichen Standort orientiert; Erweiterungsbau wird auf das unumgängliche Maß in Städten mit natürlichem Einwohnerwachstum und mit Neuansiedlungen infolge volkswirtschaftlicher Schwerpunktsetzungen begrenzt.

Damit gelingt es, die Verschlechterung des Bauzustandes in innerstädtischen Gebieten mittelfristig aufzuhalten und den erheblichen Nachholebedarf in der Instandsetzung und -haltung aufzubauen. Der normale Instandhaltungszyklus und die Qualitätsverbesserung der jüngeren randstädtischen Wohngebiete könnten gesichert werden.

Das Antlitz der Innenstädte und ihre Funktionsfähigkeit würden sich bereits in den 90er Jahren deutlich verbessern. Das entspricht der hohen Wertschätzung modernisierter älterer Wohngebiete und Innenstädte bei der Bevölkerung als Ausdruck der verbreiteten Bedürfnisse nach Wohnen in vertrauter Umgebung und Bewahrung des historischen Stadtbildes.

Im einzelnen zeichnen sich Anfang der 90er Jahre folgende städtebaulichen Aufgaben ab:

1. Komplexe Umgestaltung und Erneuerung der Stadtzentren

Zentrumsgestaltung ist zu einer politisch wirksamen und dringlichen städtebaulichen Aufgabe herangereift. Die Stadträume und Bauten der Zentren haben eine Vielgestaltigkeit wie kein anderer städtischer Bereich, sie verkörpern komprimierte Geschichtlichkeit und Baukultur von herausragender Bedeutung für die nationale und europäische Stadtkultur.

Als soziale und kulturelle Mitte städtischen Lebens erfüllen die Stadtzentren Versorgungsfunktionen für die gesamte Stadt. Sie sind wichtige Arbeitsstätten- und begehrte Wohnstandorte und prägen als Räume der Stadtöffentlichkeit das Stadterlebnis der Bewohner und ihre Identifikation mit der Stadt insgesamt. Der Einstellungswandel in Richtung einer Höherbewertung der funktionellen Qualität und des kulturellen Wertes der überlieferten Architektur erhöht das Interesse der Stadtbewohner an der Zentrumsgestaltung. Ebenso hat die sich verstärkende Außen-Orientierung der Freizeitbedürfnisse wachsende Ansprüche an erlebnisreiche und anziehende öffentliche Stadträume und Einrichtungen zur Folge.

Der objektive Bedeutungsgewinn der Stadtzentren für Funktion und Kultur der gesamten Stadt führte zu beispielhafter komplexer Umgestaltung und Erneuerung in einigen Städten der DDR. Um so deutlicher fällt der Nachholebedarf bei der Zentrumsgestaltung in der Mehrzahl der Städte auf, der vor allem am rapide schlechter werdenden Zustand gerade der kulturell wertvollsten Bausubstanz und an Kapazitätsverlusten im Versorgungs- und Dienstleistungsbereich ablesbar ist. Die einfache Reproduktion der Gesellschaftsbauten ist im laufenden Fünfjahrplan je nach Einrichtungstyp lediglich zu 30 bis 65 % gesichert. Ungelöst sind häufig Verkehrsprobleme, die Reproduktion zentrumstypischer kleiner Arbeitsstätten und gesellschaftlicher Einrichtungen sowie die Entwicklung stadttypischer Wohnformen.

Die Bauaufgaben in den Stadtzentren sind zwar qualitativ anspruchsvoll, aber quantitativ begrenzt: es geht im Durchschnitt um weniger als 5 % der Stadtfläche, um weniger als 10 % der Bauten und Wohnungen. Insofern ist die Zentrumsgestaltung eine begrenzte Bauaufgabe, die allerdings hohen kulturellen Ansprüchen gerecht werden muß und in den 90er Jahren weitestgehend in den Zustand der Normalität des Reproduktionszyklus der Bausubstanz zu führen ist.

2. Erhöhung der Wohnkultur durch Umgestaltung innerstädtischer und Komplettierung randstädtischer Wohngebiete

In der Strategie der Bauakademie nimmt der innerstädtische Wohnungsbau eine Schlüsselrolle für die Verbesserung des Bauzustandes der gesamten städtischen Bausubstanz ein. Sie zielt darauf, Ende der 90er Jahre alle in Nutzung befindlichen Wohnungen in einen Bauzustand der Stufen 1 bzw. 2 zu versetzen; mit Ausnahme jenes Teils der Substanz, der unmittelbar nach 2000 für die Aussonderung bestimmt ist.

Gezielt wird auf eine bessere energieökonomische Qualität der Wohnungen durch verbesserte Wärmedämmung und erhöhte Anteile moderner Heizsysteme; der Ausstattungsgrad der Wohnungen mit Bad und IWC soll auf ca. 97 % steigen.

Die wesentliche Reduzierung der Neubautätigkeit setzt eine ökonomisch und sozial noch wirksamere Nutzung des geschaffenen Wohnungsfonds voraus. Ohne intensivere Wohnraumnutzung würde allein der nicht befriedigte Wohnraumbedarf eine fortschreitende extensive Stadtentwicklung erzwingen.

Insofern ist ein **höheres Niveau der Wohnungspolitik zu einer Basisbedingung intensiver Stadtentwicklung geworden.** Damit die Lösung von Wohnungsproblemen in der Tendenz weniger durch bauliche Maßnahmen, sondern durch effektvolle und sozial gerechte Wohnraumverteilung unterstützt wird, werden vervollkommnete politische und ökonomische Instrumente zur Gestaltung dieses zentralen Bereichs der Sozialpolitik immer notwendiger.

Erforderlich wird gleichzeitig ein stärkeres Eingehen des Wohnungsbaus auf die standortkonkreten Ansprüche der Wohnungspolitik. So wird derzeit ein zukünftiges Überangebot an zu kleinen Wohnungen produziert, während sich der Mangel an Wohnungen mit mehr als 3 Räumen für Familien mit Kindern zunehmend ungünstig auswirkt.

Die möglich gewordene Reduzierung des Neubauvolumens bietet gute Chancen, die Stagnation des Wohnungsneubaus hinsichtlich der Größe der Wohnungen und der funktionellen Qualität der Wohnungsgrundrisse zu überwinden.

Zusammenfassend lautet die Orientierung des Wohnungsbaus:

weniger, aber größere Wohnungen bauen; Wohnraum besser nutzen, erhalten und modernisieren; den Bau von Wohnungen innerstädtisch noch enger mit allen anderen Bauaufgaben zur Stadtreproduktion verknüpfen. Damit kann sich der Wohnungsbau im hohen Maße auf die vorhandenen Baugebiete konzentrieren. Der Städtebau weist dort erhebliche Intensivierungspotentiale aus:

a) Niedriggeschossige Bebauung der Altstadtkerne, Reihenhäuser und Eigenheimbau

Die niedriggeschossige, historischen Raumstrukturen folgende Substanz der Altstadtkerne nimmt durchschnittlich weniger als 10 % der gesamten Wohnbausubstanz ein. Ihre Reproduktion ist aufgrund des Bauzustandes häufig hochgradig gefährdet; gleichzeitig ist sie Ansprüchen an Erhaltung als Zeugnis überlieferter städtebaulicher Kultur verpflichtet. Sie ist wenig geeignet für industrielle, großflächig orientierte Technologien, bietet aber oft ein attraktives Potential für den innerstädtischen Eigenheimbau, der noch zu zögernd gefördert wird. Die Bauaufgabe besteht

- in der Bewahrung der überlieferten historisch wertvollen Substanz: nach Hochrechnungen befinden sich ca. 220 000 Wohnungen in Gebäuden innerhalb der Denkmalschutzbereiche der Städte;
- in der konsequenten Umorientierung des auf Wachstum konzipierten Eigenheimbaus vom freistehenden Haus auf grüner Wiese auf das Stadthaus oder innerstädtische Reihenhaus – in einer ersten Orientierung mit einem Anteil von ca. 50 % des städtischen Eigenheimbaus bis 1995 und von 100 % bis zum Jahr 2000.

b) Altbauwohngebiete der Zeit zwischen 1870 bis 1914

Diese Gebiete umfassen etwa **ein Viertel des vorhandenen Wohnungsfonds**, ihre Umgestaltung und Erneuerung ist insofern eine **Bauaufgabe großer Dimension.**

Vom bürgerlichen Villenviertel bis zum Arbeiterwohngebiet ist die Wohnqualität häufig auf engstem Raum sehr heterogen (Vorderhaus – Hinterhof). Dadurch sind Flächenabrisse weder sozial noch ökonomisch begründbar, wohl aber sinnvolle Erhaltung, Aussonderung und Ersatz in Abhängigkeit von der standortkonkreten Wohnqualität. Allerdings differenziert sich die städtebauliche Problemlage erheblich zwischen inneren und äußeren Vorstadtbereichen in den Großstädten.

Vorteile der Wohnsubstanz der Jahrhundertwende sind

- der hohe Grad der Funktionsmischung von Arbeitsstätten, gesellschaftlichen Einrichtungen und Wohnungen, der eine beträchtliche Funktionsdichte und einen hohen Erlebnisreichtum der Stadträume bewirkt;
- der teilweise hohe Anteil großer Wohnungen, die für die gesamtstädtische Wohnungsbilanz von großer Bedeutung sind. Mit vergleichsweise geringem Aufwand veränderbare Wohnungsgrundrisse ermöglichen eine bedarfsgerechte, sich wandelnden Bedürfnissen anpaßbare Wohnungsstruktur.

Die Vernachlässigung des Bauzustandes der Altbauwohngebiete hatte beträchtliche Einwohnerverluste – über das städtebaulich sinnvolle Maß hinaus – zur Folge. Eine Revitalisierung bietet günstige Möglichkeiten zur Deckung des in den jüngeren randstädtischen Wohngebieten entstehenden, demographisch bedingten Wohnraumbedarfes. Die sozialen Voraussetzungen für Umgestaltung und behutsame Erneuerung sind günstig, weil die Bewohner in hohem Maße mit ihrem Wohnmilieu verbunden sind. Ferner machen die Lagegunst und der hohe Gebrauchswert modernisierter Altbauwohnungen diese Gebiete für sich bildende Haushalte und Familien aus den Stadtrandgebieten attraktiv.

c) Randstädtische Wohngebiete der 50er, 60er und 70er Jahre

Die offene Bebauung vieler randstädtischer Wohngebiete bietet große Intensivierungspotentiale. Mit gut eingeordnetem Verdichtungsbau (im Durchschnitt 10–15 % der vorhandenen Wohnungen) kann ihre städtebauliche Qualität erhöht und die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen verbessert werden – aus offenen Zeilen entstehen z. B. geschlossene Stadträume.

Entstehender Wohnraumbedarf wird so in den Gebieten teilweise selbst gedeckt, was den vorhandenen „demografischen Wellen" entgegenwirkt und mittelfristig zu einer gut gemischten Altersstruktur der Bewohner führen kann.

Wohnumfeldverbesserungen durch stärker stimulierte Bewohnerinitiative können in

noch konsequenterem Maße als bisher das „Abstandsgrün“ in intensiv nutzbare Gemeinschaftsbereiche und Mietergärten verwandeln.
Mit der Ansiedlung von Arbeitsstätten – vorwiegend mit dienstleistender, stadtbedienender Funktion – ist die Monofunktionalität des „reinen Wohnens“ in diesen Gebieten aufhebbar.
Ökonomisch effizient und sozialpolitisch wirksam ist die Verknüpfung derartiger Erneuerungskonzepte mit ohnehin anstehenden Bauaufgaben zur Instandhaltung und -setzung sowie zur durchgreifenden Senkung des Energieverbrauches, deren Dimension gegenwärtig noch unterschätzt wird.

d) Ehemals randstädtische, heterogen genutzte Baugebiete
Die Übergangsbereiche zwischen den neuen Wohngebieten auf grüner Wiese und den kompakten Innenstädten bieten Intensivierungsmöglichkeiten als verdichtete Einfamilienhausgebiete, aber auch für mehrgeschossige städtische Wohnbebauung und Arbeitsstätten unter weitgehender Berücksichtigung des Vorhandenen.
Damit wird gleichfalls die vorhandene stadttechnische und verkehrliche Erschließung effektiver genutzt und der häufig wenig erlebnisreiche Verbindungsbereich zwischen Innen- und Randstadt attraktiver gestaltet.

3. Erneuerung der Arbeitsstätten
In den 90er Jahren wird die absehbare Erhöhung der Investitionen für die Erneuerung der baulichen Grundfonds der Industrie städtebauliche Folgen haben. Der Gestaltung der Arbeitsumwelt kommt ein erheblich im Wachsen befindlicher ökonomischer, kultureller und damit auch städtebaulicher Stellenwert zu. Die Frage ist, wie es gelingt, zunehmende Eigenverantwortung der Betriebe bei der Realisierung ihrer Investitionsabsichten mit einem hohen Niveau territorialer Rationalisierung zur verknüpfen und Standortentscheidungen im Interesse intensiver Stadtentwicklung zu treffen.
Das betrifft in besonderem Maße die innerstädtischen Bereiche, wo zwischen 40 % und 60 % der Beschäftigten aller Wirtschaftsbereiche arbeiten und mit ca. 40 % der städtischen Bruttogeschoßfläche der Industrie ein ökonomisches Potential vorhanden ist, das es weitgehend zu erhalten gilt. Wie eng die Reproduktion der Arbeitsstätten mit dem Wohnungsbau verbunden ist, zeigt sich daran, daß in innerstädtischen Bereichen bis zu 20 Quadratmeter Bruttofläche produktiver Bereiche pro Wohnung vorhanden sind; hinzu kommt ein etwa gleicher Flächenanteil von gesellschaftlichen Einrichtungen, Dienstleistungen und Arbeitsstätten nichtproduktiver Bereiche.
Nach bisherigen Erfahrungen ist bei innerstädtischem Wohnungsneubau mit einem Abbruch von 10–20 % der vorhandenen baulichen Substanz der Arbeitsstätten zu rechnen, wobei nur 3 bis 4 % der Substanz physisch so verschlissen sind, daß sie abgerissen werden müssen.
Hauptverursacher des Ersatzes ist also der Wohnungsneubau. Die ökonomischen Effekte eines behutsameren Umgangs mit der vorhandenen Substanz liegen auf der Hand, setzen jedoch eine sorgfältige Abstimmung der Wohnungsbaukonzeptionen mit Orientierungen für die Entwicklung der Arbeitsstätten voraus. Die Strategie zur städtebaulichen Erneuerung der Arbeitsstätten zielt darauf,
- möglichst viele innerstädtische Arbeitsstätten zu erhalten und am Standort in Verbindung mit technologischen Innovationen zu erneuern, was die Reduzierung insbesondere von uneffektiven Kleinststandorten mit weniger als 500 Quadratmeter Bruttofläche nicht ausschließt;
- innerstädtischen Wohnungs- und Gesellschaftsbau sowie Arbeitsstättenentwicklung gemeinsam zu planen, um so die Funktionsmischung von Wohnen und nichtstörendem Arbeiten effektiv zu gestalten;
- randstädtischen Flächenverbau weitmöglich einzuschränken und innerhalb der ausgewiesenen Industriereserveflächen zu begrenzen.

4. Umgestaltung und Erneuerung der technischen Infrastruktur
Die Qualität der technischen Infrastruktur ist zu einem Schlüsselproblem intensiver Stadtentwicklung geworden, da die hochgradig verschlissenen und überalterten Netze keine Kapazitätsreserven haben und damit das innerstädtische Bauen gravierend bremsen. Gleichzeitig bietet nur die Innenstadterneuerung Chancen für eine schrittweise Verbesserung des Bauzustandes und erhöhte Versorgungszuverlässigkeit, da Kapazitäten für die einfache Reproduktion und die Netzerneuerung in dem Maße verfügbar werden, wie extensive Erweiterungen begrenzt sind. Die derzeitigen volkswirtschaftlichen Verluste durch schadhafte Netze sind enorm.
Höhere Leistungsanforderungen an die bestehenden stadttechnischen Systeme ergeben sich durch überdurchschnittliche Bedarfssteigerung in umgestalteten Innenstadtgebieten ebenso wie durch Qualitätsansprüche der Produktion an zuverlässige Verkehrs- und Energiesysteme sowie an die Wasserver- und -entsorgung.
Zusammenfassend zeigt die städtebauliche Praxis: **Umfassend intensive Stadtentwicklung setzt kostenintensive Vorleistungen für die Reproduktion der Anlagen und Netze der Stadttechnik voraus,** deren Basis eine deutliche Leistungssteigerung des Tiefbaus ist. Reserven sind:
- die gesellschaftliche Beeinflussung des Bedarfs mit dem Ziel der Bedarfsdämpfung. Um sparsames Verhalten zu stimulieren, müssen die Kostenintensität und der Wert infrastruktureller Leistungen für den Nutzer ökonomisch spürbar werden;
- die möglichst vollständige Konzentration auf innerstädtische Rekonstruktion und Erneuerung – jede extensive Erweiterung verschärft die Probleme;
- komplexere Planung, um insbesondere durch die Koordinierung des Industrie- und Wohnungsbaus mit stadttechnischen Maßnahmen territoriale Rationalisierungseffekte zu erzielen.

In vielen Städten fehlt es an konzeptionellem Vorlauf für komplexe stadttechnische Lösungen in Abstimmung mit der städtebaulichen Planung. Das betrifft vor allem
- **Konzeptionen zur komplexen Wärmeversorgung,** die immense energieökonomische Einsparungen durch die Integration öffentlicher und nichtöffentlicher Netze der Wärmeversorgung erschließen können und die Umweltbelastung abbauen. Ziel bis zum Jahr 2000 ist die Ausstattung von 80–85 % aller Wohnungen mit modernen Heizsystemen, davon 55 % mit zentraler Wärmeversorgung.
- Konzeptionen zur stadtgerechten Arbeitsteilung zwischen individuellem und öffentlichem Verkehr bei weiterhin steigender Motorisierung. Internationaler Trend ist die Dämpfung des Wachstums städtischen Individualverkehrs durch Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie Attraktivitätsgewinn des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Ziel, Energie und Verkehrsfläche einzusparen und die Belastung der Luft sowie der Stadtumwelt zu senken.

Dringlich ist der Abbau des territorial sehr unterschiedlichen Nachholebedarfs bei der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Der immense Rückstand zur international üblichen Qualität des städtischen Fernmeldewesens und Kommunikationssystems bremst zunehmend die Effizienz des Informationsaustausches auf dem notwendigen Niveau eines entwickelten Industrielandes.

III. Konsequenzen für die Entwicklung des Bauwesens
Die Komplexität der innerstädtischen Bauaufgaben erfordert flexible Technologien und Erzeugnissortimente, die das räumliche und zeitliche Nebeneinander aller Reproduktionsformen, von Wohnungs-, Gesellschafts-, Industrie- und Tiefbau kostengünstig auf kleinen Standorten ermöglichen.

Die derzeitige, historisch gewachsene Struktur des Bauaufkommens schreibt extensive Stadtentwicklung fort, ihre Veränderung im Blickfeld der 90er Jahre ist zwingend.
Gegenwärtig führt der Widerspruch zwischen den innerstädtischen Standortbedingungen und den für das Bauen auf grüner Wiese entwickelten Technologien zum städtebaulich unbegründeten teilweisen Ausweichen auf randstädtische Standorte. Probleme mit der Schaffung von Baufreiheit und mit den Vorleistungen an technischer Infrastruktur führen zu der Tendenz, die Umgestaltung und Erneuerung der Mischgebiete mit den ungünstigsten Wohn- und Arbeitsbedingungen zu verschieben zugunsten bautechnologisch günstigerer Baugebiete, vor allem am Stadtrand.
Insofern ist die Anpassung der Struktur des Bauaufkommens an die neuen Bauaufgaben der Dreh- und Angelpunkt für die Durchsetzung intensiver Stadtentwicklung. Wie sehr derzeit selbst die Prämissen der Stadtplanung von den gegebenen Grenzen des Bauwesens diktiert werden und den Interessen gesamtstädtischer Ökonomie zuwiderlaufen, zeigt die gegenwärtige Praxis der Generalbebauungsplanung:
Im Mittelpunkt der Planung steht die Standortwahl des Wohnungsneubaus, dessen vorgegebenes Volumen zur primären Ausgangsgröße der Stadtentwicklung wird und nicht aus der Gesamtbetrachtung der Reproduktionserfordernisse der Substanz abgeleitet ist. Das noch dominierende Neubau-Denken erklärt sich aus dem unzureichenden Umfang der Erhaltungskapazitäten. Komplexe Aufwandsermittlungen und Effektivitätsnachweise auf Basis langfristiger Konzeptionen für das Zusammenspiel von Wohnungsbau, Arbeitsstättenentwicklung sowie technischer und sozialer Infrastruktur erfolgen nicht oder gehen kaum in eine reale volkswirtschaftliche Gesamtbilanz ein.
Die Prognose der städtebaulichen Entwicklung zeigt: ohne entschiedene Strukturveränderung des Bauaufkommens sind ein weiteres Wachstum der Baugebietsflächen um 5–10 % sowie sinkende Intensität der Flächennutzung innerhalb der Städte trotz anderslautender gesellschaftlicher Zielsetzungen bereits vorprogrammiert. **Da die Einwohnerzahlen tendenziell sinken, wären die ungünstigen Folgen sich auflockernder und auflösender Stadtstrukturen irreversibel – perspektivisch fehlt das soziale Potential für die Innenstadterneuerung.**

Strukturwandel des Wohnungsbaus – Erhaltungsstrategie
Die Konzeption der Bauakademie sieht ein beträchtliches Wachstum des für Erhaltung und Modernisierung eingesetzten Anteils des Arbeitsvermögens vor.
Dieser Ansatz für den Strukturwandel bietet gute Chancen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Bauwesen insgesamt, da im Reparatursektor wesentlich größere Leistungsreserven erschlossen werden können als bei den bereits hochgradig rationalisierten industriellen Neubautechnologien.
Mittels Kleinmechanisierung sowie Industrialisierung und Automatisierung einer Baustoff- und Bauelementeproduktion, die in Maßordnung und Qualität den innerstädtischen Bauaufgaben entspricht, ist ein immenser Leistungsschub realisierbar.
Wichtige Leistungsreserve ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den vielfältigen Baubetrieben außerhalb der WBK und Kreisbaubetriebe, in denen knapp zwei Drittel aller mit dem Wohnungsbau beschäftigten Produktionsgrundarbeiter tätig sind. Die Entwicklung dieser Betriebe muß Gegenstand noch aktiverer staatlicher Wirtschafts- und Baupolitik werden.

Gelingt es, Grundfondserneuerung und effizientere Materialherstellung sowie -bereitstellung zu verbinden mit verbesserter Arbeitsorganisation (Hauptreserve: Auslastung der Arbeitszeit) und ökonomischer Leistungsstimulierung, die sich auch in deutlicher Lohnaufbesserung der im innerstädtischen Bauen eingesetzten Bauarbeiter niederschlagen muß, so ist wesentlicher Produktivitätsgewinn zu erwarten.

Strukturwandel des Wohnungsbaus – Neubaustrategie
Im Durchschnitt der DDR wird nach der Konzeption der Bauakademie nach 1990 nur noch etwas mehr als die Hälfte des bisherigen Umfangs des mehrgeschossigen Neubaus benötigt. Indem er weitgehend dem Ersatz verschlissener Bausubstanz an den Standorten der Aussonderung dient, erhöhen sich die Ansprüche an seine ökonomische Bewältigung und seine funktionell-gestalterische Qualität.
Beide Bedingungen – verringertes Gesamtvolumen und kompliziertere, kleinteilige Standorte – wirken dem ökonomisch vertretbaren Einsatz der für großflächigen Massenbau konzipierten Plattenbauweise entgegen. Die realisierten Beispiele zeigen, daß es in der Regel nicht möglich ist, innerhalb der Plattenbauweise die Aufwände für das innerstädtische Bauen zu reduzieren.
Umgekehrt gewinnen andere Bauweisen ökonomisch an Bedeutung: Block-, Mauerwerks- und Monolithbau, die innerstädtischen städtebaulichen Ansprüchen technologisch weitgehend entsprechen, sind unbedingt weiterzuentwickeln. Berücksichtigt man die Eignung dieser Bauweisen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, so kommt ihnen insgesamt ein wesentlicher Bedeutungsgewinn zu. Mit der perspektivisch möglichen Breiteneinführung leichter Montage- und Mischbauweisen würde eine weitere Reduzierung des Plattenwohnungsbaus einhergehen, die eine Ausweitung des Vorfertigungssortimentes der vorhandenen Plattenwerke erlaubt (Industriebauteile, Skelettbauteile, kleinformatige Elemente für andere Bauweisen).
Wichtig ist, daß die zügige Durchsetzung von Automatisierungsprozessen in der Vorfertigung auf die hier aufgezeigte Flexibilität und Kleinteiligkeit industrieller Bauweisen orientiert wird und nicht ein starres Erzeugnissortiment fixiert.
Insgesamt steht das Bauwesen in der Pflicht, die intensive Reproduktion der Bausubstanz zu gewährleisten. Das heißt, Gebäude und Anlagen in erster Linie zu erhalten und zu erneuern. Die qualitative Verbesserung des Vorhandenen steht im Vordergrund. Schrittweise ist die planmäßige, kontinuierliche Reproduktion der städtischen Bausubstanz zu erreichen.

Übergangsstrategie für Bauwesen und Stadtentwicklung
Um den konzipierten Strukturwandel des Bauwesens massenhaft durchzusetzen, muß der Prozeß des Übergangs zur umfassend intensiven Stadtentwicklung stufenweise vor sich gehen. So werden in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch Bauaufgaben und Standorte zu realisieren sein, bei denen vorhandene Kapazitäten und Technologien effektiv einsetzbar sind, die jedoch

- keine städtebaulich unbegründete extensive Erweiterung der Baugebietsflächen bewirken. Es wird sich nahezu ausschließlich um Standorte handeln, die bereits ausgewiesen und teilerschlossen sind;
- mit wichtigen Vorlaufmaßnahmen hinsichtlich der Rekonstruktion und des Ausbaus der stadttechnischen Netze für die Innenstadterneuerung verbunden sind.

Gleichzeitig wird dieser Zeitraum genutzt für die technologische und arbeitsorganisatorische Einstellung des Bauwesens auf kompliziertes innerstädtisches Bauen als Daueraufgabe. Komplexe Stadtplanung wird als neuer, der umfassend intensiven Stadtentwicklung entsprechender Planungstyp entwickelt und eingeführt, um stadtplanerischen Vorlauf für die zweite Hälfte der 90er Jahre zu schaffen.

Effektivere Gestaltung des Verhältnisses von Stadtökonomie und Ökonomie des Bauwesens
Die gegenwärtige Praxis der **Leistungsbewertung** erschwert die Einstellung der Baubetriebe auf die Erfordernisse der intensiven Reproduktion der Bausubstanz. Neubau wird Erhaltung vorgezogen unter dem Druck, hohe Steigerungsraten im Produktionszuwachs und bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielen zu müssen – obwohl beide Kriterien nicht die **materielle Erfüllung** vereinbarter Leistungen zum Ausdruck bringen.
Die Formen der Preisbildung veranlassen nicht zu sparsamem Umgang mit materiellen Ressourcen. Es besteht kein Bestreben, kostengünstig zu bauen, zumal prüfbare Kostenberechnunen von den Betrieben nicht verlangt werden und Kostensenkungen keine Gewinnerhöhung bewirken.
In der Stadtplanung und bei Standortentscheidungen werden volkswirtschaftliche und **stadtökonomische Faktoren nicht wirksam.** Die Effektivität der Bauproduktion wird vor allem daran gemessen, inwieweit auf einzelne Gebrauchswerte bezogene Normative eingehalten werden – der gesamtstädtische ökonomische Zusammenhang geht dabei verloren.
Obwohl die laufenden Aufwände für die Stadtbewirtschaftung und die Erhaltung der Bausubstanz das Vielfache des einmaligen Bauaufwandes betragen, spielen sie bei der ökonomischen Begründung von Bauaufgaben nur eine untergeordnete Rolle. Damit entsteht eine **tendenzielle Gegenläufigkeit zwischen der Ökonomie der Stadt und der Ökonomie der Bauproduktion, die nicht mehr zu vertreten ist.**
Der **Gebrauchswertbestimmung** kommt bei der Einschätzung der Erhaltungswürdigkeit älterer Bausubstanz nicht der ihr angemessene Stellenwert zu. Mit der Theorie von der normativen Nutzungsdauer werden Tendenzen zu ungerechtfertigtem flächenhaftem Abriß und Ersatz erhaltungswerter Bausubstanz, die hohen Gebrauchswert hat, begründet. Dabei wird die Bausubstanz lediglich als Grundfonds und nicht auch als Kulturprodukt betrachtet. Darüber hinaus wird der Einfluß des Nutzers auf Verschleißprozesse nicht berücksichtigt, seine Motivation zur Erhaltung und intensiven Nutzung des Vorhandenen wird untergraben.
Die Kriterien einer ökonomischen und kulturvollen Entwicklung der jeweiligen Stadt sind in den gegenwärtigen Entscheidungsprozessen auf Grund der ökonomischen Inkompetenz der örtlichen Räte wenn überhaupt, dann nur vermittelt über die politische Diskussion wirksam. Das ändert sich erst, wenn die Gemeinden über ausreichende finanzielle Fonds und materielle Kapazitäten für die Stadtreproduktion weitgehend selbst verfügen.
Wird die **Verfügbarkeit von Baukapazitäten in Regie der örtlichen Volksvertretung** erhöht, so hat das weitreichende Folgen für die Neuorganisation der Bauwirtschaft.
Insgesamt stehen wesentliche Veränderungen im Verhältnis von Stadtökonomie und Ökonomie des Bauwesens, von örtlichen Räten und Bauwirtschaft an. Das derzeitige System bauökonomischer Instrumente gefährdet die intensive Reproduktion der Bausubstanz. Es fördert weitere extensive Entwicklungen mit der Konsequenz zunehmend schwerer beherrschbarer einfacher Reproduktion des Vorhandenen.

Damit erweist sich die ökonomische Stimulierung der innerstädtischen Bauaufgaben – sowohl aus Sicht der Interessenlage der Städte als auch des Bauwesens – als größte Effektivitätsreserve. Eine veränderte, gebrauchswertorientierte Leistungsbewertung der Baubetriebe im Zusammenhang mit ökonomischer Interessiertheit sowie materieller und finanzieller Eigenverantwortung der örtlichen Räte für die intensive Stadtentwicklung auf Basis verfügbarer Fonds würde die entscheidenden sozialen und ökonomischen Triebkräfte zur Lösung der Aufgaben der 90er Jahre zur Entfaltung bringen.
Es wird vorgeschlagen, die **Bewirtschaftung der Bausubstanz und der Baugebietsflächen auf eine ökonomische Grundlage zu stellen.** Für jeden Betrieb und jeden Privathaushalt muß die Nutzung von Bausubstanz und Baugebietsfläche in Form von Mieten und Fondsabgaben zu einer ökonomischen Größe werden, die der zunehmenden volkswirtschaftlichen Bedeutung vorhandener material-, energie- und arbeitskräfteintensiver Gebrauchswerte und unvermehrbarer natürlicher Ressourcen entspricht.
Dadurch können Fonds auf der Ebene der Stadt gebildet werden, die für die Reproduktion und Bewirtschaftung der Bausubstanz und infrastrukturellen Netze sowie für die schadlose Beseitigung von Abprodukten notwendig sind.
Die Formen der Ökonomisierung der Nutzung einerseits und die Entwicklung von Fonds und Baukapazität für die bedarfsgerechte Reproduktion der Bausubstanz andererseits sind Voraussetzungen dafür, daß sich differenzierte Modelle rationeller Bewirtschaftung von Gebäuden und Flächen herausbilden können.
Damit gelingt es, unrationellen Beschränkungen von Nutzungsrechten auf einzelne Rechtsträger entgegenzuwirken und kooperative Formen der Bewirtschaftung zu fördern.
So können sich ökonomisch regulierte Organisationsformen und Kooperationsbeziehungen in der Stadt vergegenständlichen, die das rationelle Nutzen der Flächen und Grundfonds, des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und der Ressourcen verbinden mit effizienten Produktionsbedingungen und bedarfsgerechter Vielfalt städtischer Dienstleistungs- und Freizeitangebote.

IV. Komplexe Stadtplanung als Planungsinstrument der 90er Jahre

Intensive Stadtentwicklung auf dem Niveau der 90er Jahre verlangt eine bedeutsame Erweiterung traditioneller städtebaulicher Planung in Richtung ganzheitlich orientierter Planung der Stadtentwicklung. Das um so mehr, als die Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus städtebaulich folgenreich sein werden und nicht im „Selbstlauf" eine effiziente Stadtentwicklung befördern.
Die Entwicklung in Richtung der Eigenerwirtschaftung und zunehmenden Eigenverantwortung der Betriebe auch in städtebaurelevanten Fragen ihrer Investitionspolitik drängt auf einen Bedeutungsgewinn komplexer Stadtplanung zur Wahrung gesamtvolkswirtschaftlicher und territorialer Interessen.

Ausbau der Verantwortung und Selbständigkeit der örtlichen Räte für die Planung der Stadtentwicklung – einschließlich ihrer finanziellen und materiellen Realisierbarkeit.
Wird die größere Selbständigkeit der Kombinate nicht von größerer Entscheidungskompetenz der örtlichen Räte über das für die Stadtreproduktion relevante ökonomische Potential des Territoriums begleitet, ist ein Bedeutungsverlust der Stadtentwicklung kaum zu vermeiden.
Damit ist Anfang der 90er Jahre eine Neueinordnung der Ökonomie der territorialen Reproduktionsbedingungen – und in unserem Interessenfeld: der Ökonomie der Stadt – in die Gesamtökonomie der Volkswirtschaft notwendig.

Schlüsselproblem ist die ökonomische Gestaltung der Einheit von wirtschaftlicher und städtischer Entwicklung:

Gefragt ist ein ökonomischer Mechanismus, der den Interessenausgleich zwischen Betrieben, Bürgern und ihren örtlichen Volksvertretungen in Fragen der Stadtentwicklung stimuliert. Hierzu gehört neben der erstrangigen Bedeutung einer neu zu konzipierenden

Steuerabgabe der Betriebe an die örtlichen Räte eine **stärkere ökonomische Beeinflussung des Umgangs mit natürlichen Ressourcen.** Die derzeitigen ökonomischen Stimuli umweltschonender Inanspruchnahme des Bodens, des Wassers und der Luft sowie sparsamsten Energieeinsatzes reichen nicht mehr aus.

Leitung und Planung des innerstädtischen Bauens
Gegenwärtig wird die städtebauliche Praxis von einem Leitungssystem bestimmt, das mit der Bauaufgabe massenhaften randstädtischen Wohnungsneubaus entwickelt wurde und dessen Planung weitgehend auf bezirklicher Ebene in Verantwortung des Bauwesens realisiert.
Die innerstädtische Verflechtung von Bauaufgaben verschiedener Rechtsträger gerät zunehmend in Widerspruch zu der nach Reproduktionsformen und Fondsträgern separierten Planung und Bilanzierung. Das führt logischerweise zu uneffizientem monofunktionalem Bauen zum Schaden der Ökonomie und Kultur der Stadt.
Insofern stehen traditionelle Finanzierungsmodelle und Ressortschranken in Frage. Vorgeschlagen wird die Schaffung komplexer Planträger „Stadtreproduktion" der örtlichen Räte im Verantwortungsbereich der Stadtplankommission. Sie übernehmen die ressortübergreifende Fondsplanung als Nachfolge der HAG „Komplexer Wohnungsbau". Damit wird die politische Führungsposition der Räte der Städte ökonomisch gestärkt.
In mehreren Städten haben sich Arbeitsstäbe unter Leitung des Vorsitzenden des örtlichen Rates zur Leitung des innerstädtischen Bauens bewährt. Problematisch ist ihr operativer Ausnahmecharakter, ihre auf gutem Willen und Kooperationsbereitschaft der beteiligten Fachbereiche und Betriebe beruhende Wirkung.
Wird komplexe Innenstadterneuerung als Daueraufgabe anerkannt, so sind operative Arbeitsstäbe durch ein dauerhaftes System ökonomischer und rechtlicher Regelungen in der unmittelbaren Leitungstätigkeit abzulösen, das es gestattet,
- das Potential der städtischen Baukapazität für das innerstädtische Bauen zu integrieren. Das betrifft die Koordinierung der Bauleistungen der volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Baubetriebe, der Bauabteilungen der Industrie sowie der Bewohner;
- alle Aufgaben des Tiefbaus, Wohnungs-, Industrie- und Gesellschaftsbaus auf engstem Raum unkompliziert zu integrieren unter Einbeziehung der Fragen der Baufreimachung und Eigentumsregelung.

Die damit wachsenden Ansprüche an das **Städtebaurecht** drängen auf eine zentrale Grundregelung des Komplexes städtebaubezogener Rechtsvorschriften, die bisher von lediglich untergeordnetem Rang sind und vom Komplex investitionsrechtlicher Vorschriften miterfaßt werden.
Es sollte angestrebt werden, kurzfristig ein **„Gesetz über den Städtebau der DDR"** zu schaffen, das auch dem internationalen Niveau hochrangiger rechtlicher Regelungen zum Städtebau entsprechen würde.

Was sind die neuen Merkmale komplexer Stadtplanung?

a) Integrative Betrachtung territorialer und städtischer Entwicklungsprobleme. Analog zur internationalen Entwicklung wird es in der DDR Anfang der 90er Jahre notwendig, territoriale und städtische Planung in stärkerem Zusammenhang zu sehen. Zwischen den Aufgabenbereichen der Büros für Territorialplanung und für Städtebau klafft eine empfindliche Lücke, die komplexe Regional- und Stadtentwicklung behindert.

b) Ganzheitliche Betrachtung der Stadtentwicklung. Städtebau im engeren räumlichen Sinne wird als nur ein Bestandteil komplexer Stadtplanung aufgefaßt, als räumliches Gestalten des Dreiecks wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Determinanten der Stadtentwicklung. Im internationalen Vergleich fällt ein Defizit an Stadtentwicklungsforschung in der DDR auf; die Städtebauforschung im Rahmen der Bauakademie kann diese Lücke allein nicht schließen. Auf städtischer Ebene fehlen Stadtplanungs- bzw. Stadtentwicklungsbüros, die der Stadtplankommission beratend zur Seite stehen, in dem sie ein beträchtlich vielseitigeres Aufgabenfeld als die auf das Bauen orientierten Büros der Stadtarchitekten bearbeiten.

c) Ökonomisierung der Stadtplanung. Die ökonomische Interessiertheit der örtlichen Räte an effizienter Stadtentwicklung muß dadurch geschaffen werden, daß sich für die Ökonomie der Stadt günstige stadtplanerische Entscheidungen für die jeweilige Stadt positiv auszahlen.

d) Computergestützte Planung auf komplexer Datenbasis. Die hardware- und softwareseitigen Voraussetzungen für ein qualitativ neues Niveau komplexer Stadtplanung werden mit Blick auf die 90er Jahre entwikkelt. Ihre Wirksamkeit wird aber abhängen von der Qualität städtischer Statistik sowie der Organisation des Datenflusses – zwei Probleme, die direkt mit dem gesellschaftlichen Stellenwert der Stadtplanung und ihrer Organisation zusammenhängen. Auf dieser Grundlage können effektive Informationssysteme der örtlichen Räte aufgebaut und zum Teil bereits entwickelte moderne Planungsinstrumente genutzt werden.
Statistische Untersuchungen der Städtebauforschung erwecken berechtigte Zweifel an der Qualität der fortgeschriebenen territorialen Datenspeicher und verweisen auf die Notwendigkeit einer umfassenden Zählung 1991; analog zur VBWGZ 1981.

e) Bedeutungsgewinn der lokalen Spezifik. Das Verhältnis von normativ vorgegebenen Leitbildern der Stadtentwicklung und stadtkonkreten Reproduktionserfordernissen wandelt sich in dem Maße, wie die Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten für effiziente städtebauliche Entscheidungen an Gewicht gewinnt.
Die Verschiedenartigkeit der Voraussetzungen für die zukünftige Stadtentwicklung hinsichtlich des baulichen Zustandes, der Qualität der Lebensbedingungen, der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung erfordert **differenzierte, letztlich ortskonkrete Reproduktionsstrategien.**
Infrage zu stellen ist die bisher gültige hohe Verbindlichkeit einheitlicher Richtwerte im Städtebau. Sie haben zwar den Vorteil, daß ihre Einhaltung ein sozialpolitisch vereinbartes Grundniveau städtischer Lebensbedingungen sichert. Nachteilig ist aber, daß die Spezifik der örtlichen Situation nicht immer hinreichend berücksichtigt und als Effektivitätsreserve genutzt werden kann.
Effektivitätsgewinn ist von größerer Entscheidungsbefugnis der örtlichen Räte bei der Realisierung der städtischen Bauaufgaben zu erwarten. Entscheidungen „vor Ort" haben den Vorteil, daß genaue Sachkenntnis der lokalen Spezifik vorhanden ist.
Das ist um so wichtiger, als komplexe Stadt- und Dorfplanung, die jeder Gemeinde basierend auf ihren örtlichen Besonderheiten eine eigenständige Entwicklungsperspektive und Identität aufzeigt, unterstützend auf die Stabilisierung des vorhandenen Siedlungsnetzes wirkt.
Damit steht ein neubestimmter Stellenwert der Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftsstrategie in direktem Verhältnis zur effektiven Standortverteilung der Produktivkräfte. Vor allem für Kleinstädte und kleine Mittelstädte mit den höchsten Abwanderungsverlusten ist es erforderlich, die Lebensbedingungen in ihrer Komplexität so zu verbessern, daß sich das anziehende Besondere jedes Ortes ausprägt.

f) Nutzerbeteiligung und Transparenz der Planung. Die Aktivierung der Bewohnerbeteiligung kann zum Stimulus der Stadterneuerung werden und das gesellschaftliche Arbeitsvermögen für das Bauen erweitern.
Auf Grund der hohen Verbundenheit vieler Bürger mit ihrem Wohnmilieu sind die sozialen Voraussetzungen für die Umgestaltung älterer Wohngebiete sehr günstig. Umgestaltung mit den Bewohnern ist kostensparend, erhöht jedoch die Anforderungen an eine detaillierte städtebauliche Planung und Vorbereitung sowie an den Dialog zwischen Planern, Bewohnern und Baubetrieb. Sie erfordert **ökonomische Stimulierung, die den Baubetrieb am behutsamen Umgang mit vorhandenen Gebrauchswerten in Absprache mit dem Bewohner interessieren und dessen Mitwirkungsbereitschaft fördert.**
Die Bürgermitwirkung kann das staatliche Bauaufkommen besonders entlasten bei der
- Umgestaltung und Erneuerung niedriggeschossiger Reihenhaussubstanz über die Förderung innerstädtischen Eigenheimbaus,
- Modernisierung und Instandsetzung niedriggeschossiger Altbauwohngebiete,
- Instandhaltung und Wohnumfeldgestaltung in allen Baugebieten.

Perspektivisch betrachtet ist es eine große Chance für die Kultur und Ökonomie der Stadt, die Beteiligung ihrer Bewohner an der Stadtgestaltung zu aktivieren.
Zur weiteren Entwicklung der politischen Kultur gehört, daß der Bürger in stärkerem Maße Verantwortung in seiner Umwelt übernimmt.
Bürgermitwirkung und erhöhte Entscheidungskompetenz des örtlichen Rates in städtebaulichen Fragen erfordern eine größere **Transparenz der Planung.** Von der Handhabbarkeit der Planungsmethodik, der Nachvollziehbarkeit ihres Ablaufes und der Anschaulichkeit des Ergebnisses hängt die Qualität des Umgangs der örtlichen Räte und der Öffentlichkeit mit Vorschlägen des Städtebaus ab.
Nicht zuletzt kann über die politische Kultur des stadtplanerischen Entscheidungsprozesses ein höherer Stellenwert von Stadtgestaltung und Architektur im gesellschaftlichen Bewußtsein bewirkt werden.

Erhaltung und Erneuerung in Wittstock

Dipl. Ing. Manfred Franz, Architekt BdA
Vorsitzender der BdA-Kreisgruppe Wittstock

1 Rekonstruierte Fachwerkhäuser in der Karl-Marx-Straße

2 Modell zur städtebaulichen Entwicklung Wittstocks

3 Ernst-Thälmann-Platz mit Rathaus vor der Umgestaltung im Jahre 1983

Das im 12. Jahrhundert erwähnte Wittstock liegt auf einer von Ton und Sand gebildeten Diluvialfläche, die sich von Norden her zwischen die Flußtäler der Dosse und Glinze schiebt. Die Spitze des Winkels nimmt die alte Bischofsburg ein. Auf beiden Seiten der Stadt befanden sich leicht passierbare Flußübergänge, die im Zuge des alten von Elbe und Havel ostwärts zur Ostsee verlaufenden Verkehrs- und Handelsweges liegen.
Die Siedlung wurde 1248 durch den Bischof Heinrich I. von Havelberg zur Stadt erhoben und gehörte zu den Städten mit Stendaler Stadtrecht. Seit 1240 wurde die Siedlung, die im Schutze der Bischofsburg entstand und an der oben genannten Handelsstraße lag, planmäßig zur Stadt erweitert. Der Umriß der Stadt stellt einen unregelmäßigen Kreis dar, an dem sich im Süden die Burg und Burgfreiheit anschließen. Die Straßen verlaufen von der Burg zunächst radial und gehen dann in ein Straßennetz in Gitterform über. Zum Schutz gegen den äußeren Feind war Wittstock wie alle mittelalterlichen Städte mit einem geschlossenen Mauerring versehen, der durch Wälle und Gräben vor allem nach Norden ergänzt wurde.
Ein Stadtbrand von 1716 zerstörte den größten Teil der in Giebelstellung stehenden Fachwerkhäuser.
Für den Wiederaufbau der vom Brand zerstörten Stadt wurde ein Stadtplan



1



2



3

angefertigt, auf dem alle Baugrundstücke verzeichnet waren. Aus brandschutztechnischen Überlegungen waren Regulierungen der Grundstücke vorgenommen und einige Straßen, bei Beibehaltung ihres Verlaufs, geringfügig verbreitert worden. Die Häuser durften nur noch in Traufstellung errichtet werden.
Es gab detaillierte Forderungen zur Konstruktion und Gestaltung.
Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurde streng über die Einhaltung der Bauvorschriften gewacht. Trotz einiger weniger gründerzeitlichen Gebäude, die gegen den Maßstab der städtebaulichen Räume verstoßen, bestimmt auch heute die zweigeschossige barocke Wohnbebauung den städtebaulichen Charakter Wittstocks.
In dieser Zeit entwickelte sich auch das Tuchmacherhandwerk in der Stadt, aber der Ruf als Ackerbürgerstadt blieb bis 1945 erhalten.
Heute ist die Stadt Wittstock mit seinen ca. 14 000 Einwohnern ein Standort mit bedeutender Industrie.
Profilbestimmend dabei ist der Obertrikotagenbetrieb „Ernst Lück", der VEB Metallurgieanlagen Wittstock und der VEB Holzindustrie Wittstock neben einer Anzahl weiterer versorgungswichtiger Betriebe.
Im kleinsten Kreis des Bezirkes Potsdam ist diese Stadt mit ihren Einrichtungen auch gleichzeitig gesellschaftliches Zentrum.
Bedingt durch geringe Kriegszerstörung, zeichnet sich die Stadt heute durch einen geschlossenen Altstadtbereich mit vollständig erhaltener Stadtmauer einschließlich Wallanlagen aus. Um diesen Innenstadtbereich gruppieren sich im Norden und im Süden weitere Wohnungsbaustandorte aus der Zeit von 1910–1945 und Neubaugebiete der Jahre 1965 bis heute.
Seit Beginn der 80er Jahre wurde ein Großteil des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus in die Innenstadt verlagert. Somit konzentrierten sich die städtischen Baumaßnahmen auf Werterhaltung und Lückenschließung an Stelle von großflächigem Abriß, der zuvor vorgesehen war.
Zum gleichen Zeitraum konnte sich die Abteilung Projektierung des Kreisbaubetriebes durch Absolventen der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar so profilieren, daß die Ansprüche an das innerstädtische Bauen auch gestalterisch entsprechend den Möglichkeiten des eigenen ausführenden Betriebes mit seiner traditionellen Gewerkestruktur erfüllt wurden. Es entwickelte sich eine fördernde Zusammenarbeit zwischen dem Büro für Städtebau Potsdam, dem Institut für Denkmalpflege Berlin sowie den kreislichen Planungs- und Projektierungskollektiven.
So entstand eine Konzeption zur komplexen Umgestaltung des Innenstadtbereiches einschließlich des zentralen Platzes – des historischen Marktplatzes. Seine besondere Bedeutung besteht darin, daß er neben den städtebaulich



4

5



4 *Modernisierte Gebäude in der Ernst-Lück-Straße*

5 *Rekonstruiertes Fachwerkgebäude in der Ernst-Lück-Straße*

6 *Modernisierte Gebäude am Ernst-Thälmann-Platz*

7 *Erster rekonstruierter Straßenabschnitt in der Ernst-Lück-Straße*



6



7

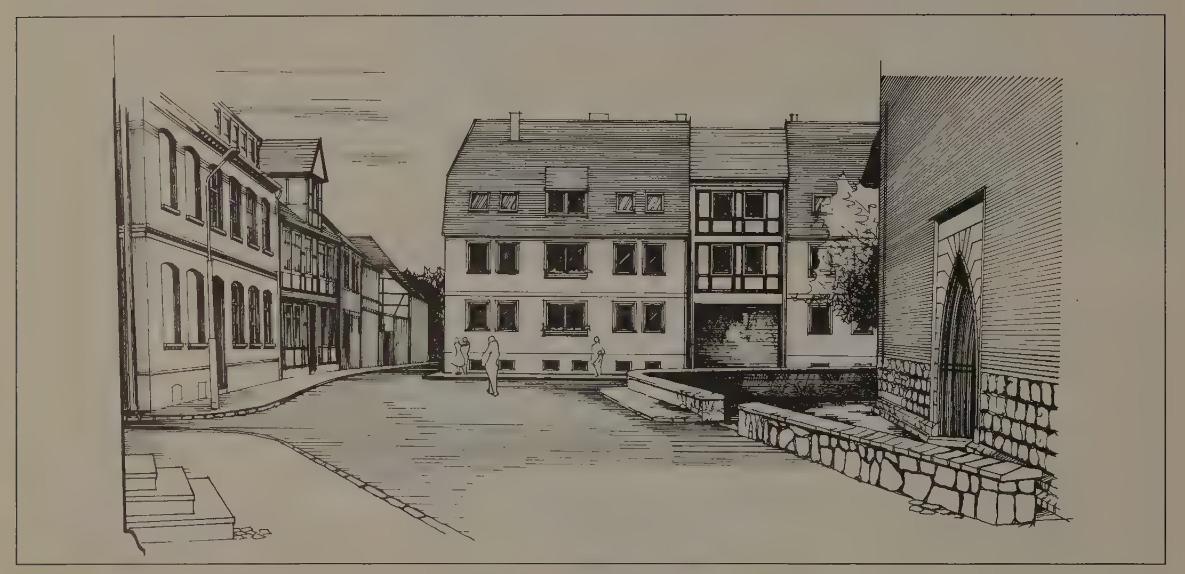
historischen Aspekten auch heute noch den Kommunikationsmittelpunkt im Stadtorganismus darstellt, indem hier Handels-, Dienstleistungs- und gesellschaftliche Einrichtungen konzentriert sind und in dem das Rathaus der Stadt ein dominierender Baukörper ist.
Während die platzbildenden Gebäude bzw. deren Fassadenbild im allgemeinen dieser Bedeutung gerecht werden, stand die Ausstattung und Nutzung als Parkplatz im Widerspruch dazu. Eine Verlagerung des ruhenden Verkehrs in nahegelegene Straßen und auf dezentrale Parkplatzflächen und gleichzeitige Sperrung des Durchgangsverkehrs auf den um den Platz laufenden Straßen, so daß hier nur noch Belieferungsverkehr für Einrichtungen und Anwohner möglich ist, waren wichtigste Voraussetzungen einer Neugestaltung des Platzes.
Zur Erhöhung der Attraktivität dieses Bereiches wurden folgende Vorhaben geplant und nach den Entwürfen der Architekten Dipl.-Ing. M. Franz und Bau-Ing. W. Zick sowie des Formgestalters J. Witte ausgeführt:

- Verdichtung und Erweiterung des Baumbestandes
- Schaffung eines Wasserspiels und anderer Stadtmöbel und Ausstattungselemente
- Aufstellung neuer fußgängermaßstabgerechter Leuchten
- Erweiterung der gastronomischen Versorgung
- Einbeziehung eines massiven Kioskes, der die Funktionen Zeitungskiosk, Telefonzelle und Informationsträger sowie der zentralen Messung der Medienträger zusammenfaßt
- Erneuerung der Platzbefestigung, einschließlich deren Befahrbarkeit zur Austragung von traditionellen Fest- und Markttagen.

Durch die breite Einbeziehung kommunaler und Bürgerinitiativen konnte diese umfangreiche Umgestaltung innerhalb von 18 Monaten realisiert werden.
Durch die engen Kontakte der staatlichen Planungsorgane sowie der Abteilung Projektierung des Kreisbaubetriebes Wittstock zum Büro für Städtebau Potsdam war im Herbst 1985 die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs für ein baufälliges und stark über-



8



9

10



8 Schaubild Ernst-Thälmann-Platz

9 Schaubild Kirchplatz

10 Ersatzneubau und Fachwerkrekonstruktion in der Karl-Marx-Straße

11 Ansicht mit Neubebauung am Ernst-Thälmann-Platz

12 Ansicht Kirchgasse

13 Ansicht mit Neubebauung am Kirchplatz

bautes Quartier am Marktplatz die Fortsetzung der kontinuierlichen Zusammenarbeit aller Partner.
Im Ergebnis dieses Wettbewerbs konnten dem Rat der Stadt Entwurfslösungen übergeben werden, die sofort die Grundlage zur Aufgabenstellung und Ausführungsprojektierung bildeten.
Ergebnisse des Wettbewerbs wurden bereits im Heft 9/86 der „Architektur der DDR“ veröffentlicht.


Kirchgasse
Vorhandene Bebauung
Lückenschließung Neubau
Fassadenabwicklung am Ernst-Thälmann-Platz

11


Ernst-Thälmann-Platz
Kirchplatz
Fassadenabwicklung in der Kirchgasse

12

13


Kirchgasse
Lückenschließung Neubau
Vorhandene Bebauung
Fassadenabwicklung am Kirchplatz



14

15



14 Detail einer rekonstruierten Jugendstilfassade in der Ernst-Lück-Straße

15 Modernisierte Gebäude in der Ernst-Lück-Straße

Insgesamt konnten auf diesem Standort 40 WE in 11 kN- bzw. Mischbauweise mit Funktionsunterlagerungen (Jugendmodeverkaufsstelle mit 140 m² Verkaufsraumfläche sowie eine Imbißeinrichtung) untergebracht werden. Heute ist bereits der erste Bauabschnitt unmittelbar am Marktplatz fertiggestellt und übergeben.
Komplett abgeschlossen wurden in den zurückliegenden Jahren folgende Bereiche:

Ernst-Thälmann-Platz als zentraler Marktplatz
Rudi-Breitscheid-Straße
Ernst-Lück-Straße
Marktstraße
Karl-Marx-Straße

So entstanden neben den umfangreichen modernisierten Wohnungen und Fassaden innerhalb der technologischen Fließlinien auch 88 Wohnungen durch Rekonstruktion und 110 WE durch Ersatzneubau. Gleichzeitig konnten auch gesellschaftliche Auftraggeber gefunden werden, die solche Standorte bebauten, die für den Wohnungsbau nicht geeignet waren, wie z. B. die Staatliche Versicherung, die Kreisstelle für Statistik, DLB-Komplexannahmestelle, eine BHG-Verkaufsstelle oder der IFA-Verwaltungsbereich in der ehemaligen Stadtmühle.
In der Durchführung zur Erhaltung und Erneuerung des Innenstadtbereiches haben neben dem Volkseigenen Kreisbaubetrieb Wittstock auch die im Kreis ansässige Produktionsgenossenschaft des Handwerks, die Zwischengenossenschaftliche Einrichtung der Landwirtschaft und die Handwerker im Territorium beachtliche Leistungen vollbracht.
Konzipiert ist auch der gesamte Wohnungsbau bis zum Jahr 1995 und bis zum Jahr 2000, wobei als besonderer Höhepunkt das Jahr 1998 mit dem 750-jährigen Bestehen der Kreisstadt betrachtet wird.
Gegenwärtig werden die vorhandenen Bebauungsvorschläge für weitere Altstadtgebiete überarbeitet und in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Dabei geht es vor allem um die Reduzierung der Vollmontage-Bauweisen im Geschoßwohnungsbau und somit um eine Verbesserung der stadttypischen städtebaulichen Architektur mit einer vertretbaren Einwohnerdichte im Innenstadtbereich. Es werden auch solche Lösungen erarbeitet, die Möglichkeiten für den Eigenheimbau und die Errichtung von Gewerberäumen für private und genossenschaftliche Zwecke besonders in der Nähe der alten Stadtmauer bieten.

Zur Restaurierung der Werderschen Kirche Berlin

Dipl.-Ing. Peter Brenn
VEB Denkmalpflege Berlin

„Die Kirche auf dem Werderschen Markt, einer der wenigen von Schinkels Kirchenbauten in Berlin, der noch in seiner Form vor unseren Augen steht, hat vielfach eine wenig günstige Beurteilung erfahren.“ (1) Mit diesem Satz leitete P. O. Rave 1941, vier Jahre vor der starken Beschädigung des Bauwerks noch in den letzten Kriegstagen, seine umfangreiche Auseinandersetzung mit der Vorbereitung und Baudurchführung von „Schinkels gotischem Schmerzenskind“ (2) ein. In der Tat urteilten Zeitgenossen und nachfolgende Generationen wenig schmeichelhaft über den Kirchenbau. Allenfalls der Innenraum hat auf Grund des starken Kontrastes zum Äußeren eine günstige Einschätzung erfahren. Zu Lebzeiten Schinkels wagte man es aber nicht, Veränderungen am Bau vorzunehmen, um ihn „gotischer“ zu machen. Kurz nach dem Tod des Meisters bot sich seinem Schüler Stüler die Möglichkeit, dem Bau „seinen unangenehm empfundenen Charakter zu nehmen“ (3), denn die desolat gewordenen Fialen auf dem Kirchenschiff mußten durch neue ersetzt werden. Stüler erhöhte diese und verkleidete sie mit Zinkguß durch eine Kreuzblume abschließend. Die beiden Türme mit Spitzen zu versehen, war ebenfalls ein Vorschlag Stülers, der aber vermutlich aus finanziellen Gründen nicht ausgeführt wurde. Als 1874 H. Blankenstein wiederum dieses Problem angetragen wurde, äußerte er sich in einer Weise, die uns auch heute Achtung abfordert: „... jede nachträgliche Veränderung eines Bauwerkes, welches das Werk eines namhaften Architekten, von diesem mit voller Liebe und Sorgfalt durchgebildet, nur eine Verschlechterung desselben ist, vor der man sich hüten sollte.“ (4)
Alle Achtung verdient die Friedrich-Werdersche Kirche, denn sie nimmt in der Architekturgeschichte einen bedeutenden Platz ein, weil sie das erste Bauwerk in Backsteinbauweise in der Mark Brandenburg seit dem Mittelalter ist, und auch als Ausgang für die Neogotik im 19. Jahrhundert angesehen werden



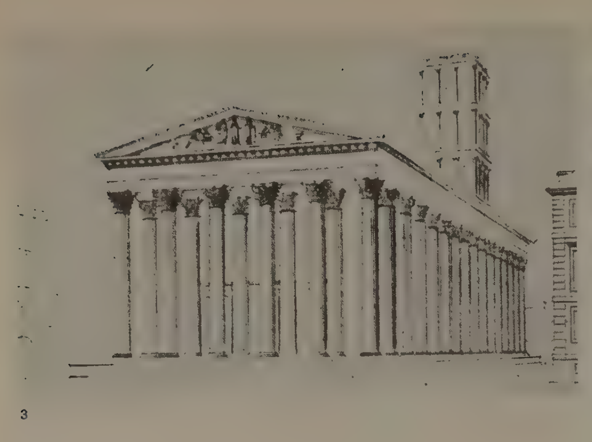
1



2

1 Südfassade

2 Fialen auf dem Kirchenschiff



3



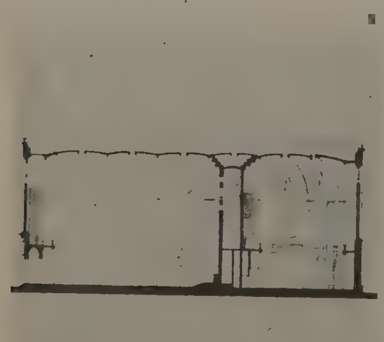
4

Entwurfsautoren:
– Bautechnische Projektierung: VEB Denkmalpflege Berlin
• Entwurf: M. Abri, P. Brenn, K.-H. Föhse
• Statik: D. Brauns, M. Hügelland
• Kostenplan: M. Kaulfersch

– Restauratorische Untersuchungen und Betreuung:
G. Grafe – VEB Denkmalpflege Berlin
R. Graefrath – Institut für Denkmalpflege

– Spezialprojektanten:
• Heizung: R. Mai – VEB PKM Anlagenbau Leipzig, BT Berlin
• Elektro: E. Silge – VEB PKM Anlagenbau Leipzig, BT Berlin
• Innenausbau: W. v. Podewills – VEB Innenprojekt Halle, BT Berlin

3 *Ansicht von Schinkels Neubauplan der Werderschen Kirche in Form eines römischen Tempels Februar 1921*
4 *Ansicht des Innern bei dem Entwurf für den Neubau der Werderschen Kirche in antikem Stil 1824*
5 *Längsschnitt und Grundriß der Werderschen Kirche mit Trennwand April 1824*





kann. Wenn jedoch Heinrich Heine ihn als „gotischen Dom" verspottete, so richtete sich seine Kritik wohl weniger gegen den Stil als vielmehr den Geist, den dieser verkörpert. Die Machtvorstellung der Herrschenden sollte mit architektonischen Mitteln manifestiert werden. Diese standen ganz im Dienste der Restauration nach 1815 und im Gegensatz zu den antiken Idealen Schinkels. Schinkel selbst aber konnte sich auf Grund seiner Stellung eine solche Kritik an seinem Auftraggeber nicht erlauben. Denn in der Tat war er durch die Entscheidung des Kronprinzen 1823, den Neubau einer Kirche auf dem Friedrichswerder im Mittelalterstil auszuführen, schmerzlich getroffen. Schinkel favorisierte für den Bau einer Kirche für die deutsche und französische Gemeinde eindeutig Entwürfe in antikisierenden Formen (Abb. 3 und 4). Es läßt sich nur mutmaßen, wie stark er sich danach mit der ausgeführten Lösung identifiziert hat. Belegbar jedoch ist, daß er 1826 im Heft 8 der Sammlung seiner architektonischen Entwürfe der Mit- und Nachwelt seinen Entwurf im antiken Stil vorstellt und seine Ausführungen mit dem Satz beschließt: „... Die jetzt im Bau begriffene Kirche wird nach einem anderen Plan ausgeführt, der zu seiner Zeit bekannt gemacht werden wird." Schinkels Verdienst bleibt es, dem Gebäude eine Gestalt gegeben zu haben, die mehr den Charakter englischer Chapels als dem mittelalterlichen Dome entspricht. Die Bauleitung in den Jahren 1824–30 lag dann in den Händen von Baurat Moser und Baukondukteur Hesse. Schinkel erwärmte sich noch einmal für die Werdersche Kirche, als am 29. Mai 1829 festgelegt wurde, auf die innere Trennwand (Abb. 5) zu verzichten, die der deutschen und französischen Gemeinde separate Räume für ihre Gottesdienste im Neubau zuwies. Er fertigte eine Innenraumperspektive (Abb. 9), bei der der ganze Raum neu erlebbar wird. Sie war neben den 7 Entwürfen Schinkels sowie den 40 Zeichnungen „auf dem Bau angefertigt" Grundlage für die Restaurierungsarbeiten zwischen 1981–87.
Die Einmaligkeit der Restaurierung besteht darin, daß ein Gebäude in Berlin von Karl Friedrich Schinkel außen und innen in seinem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt wurde, mehr noch, ein Innenraum geschaffen wurde, den es in dieser Form nie gab, der ganz dem Wunsche Schinkels entspricht. Durch die nach innen gezogenen Strebepfeiler der einschiffigen Kirche sowie die umlaufenden spitzbogigen hölzernen Doppelarkaden, die die Empore tragen, wird die Illusion einer dreischiffigen Anlage mit Chorumgang erreicht. Die Zerstörung in den letzten Kriegstagen vernichtete die Orgel, die Orgelempore und den Vorbau vor der Empore, welcher ein großes Gemälde trug. Der Altar, der durch den Wegfall der inneren Trennwand übergroß wurde, weil in ihm Teile von zwei in Auftrag gegebenen Altären untergebracht werden mußten, konnte nicht wieder rekonstruiert werden. So war aber die Möglichkeit gegeben, dem Innenraum den Charakter zu geben, der der Innenraumperspektive Schinkels entspricht und die umlaufenden Holzarkaden wieder vollständig erlebbar macht. Durch die veränderte Nutzung – Ausstellung für Plastiken der Schinkelzeit – konnte auch die Bestuhlung wegfallen.
Bei Arbeiten im Berliner Dom wurden die ausgelagerten originalen Chorfenster gefunden. Zusammen mit den nach Farbentwürfen von Müller rekonstruierten Langhansfenstern sowie dem durch den Wegfall der Orgel voll erlebbaren Südfenster ist nun auch die originale Farbigkeit der Fenster wieder vorhanden. Grundlage für die Rekonstruktionsarbeiten war auch ein Aquarell von F. W.-Klose, gemalt kurz nach der Fertigstellung der Kirche, welches ebenfalls originale Farbigkeit wiedergibt. Die Holzarkaden, die zum größten Teil noch vorhanden waren, mußten mechanisch (Ziehklinge) gereinigt werden, um diesen Farbeindruck wieder herzustellen. Auch die Zwickelmalereien konnten restauriert werden. Die Sicherung der Holztreppen zur Empore (durch Stahlbänder auf der Innenseite der Treppenwangen) erwies sich als schwierig. Durch konstruktive Mitarbeit der Staatlichen Bauaufsicht konnten dieses wie auch andere Probleme bei der Rekonstruktion gelöst werden.







Ein völlig neues Heizsystem (Fußbodenheizung und Konvektorheizung auf der Empore) verursacht auch ein anderes bauphysikalisches Verhalten des Gebäudes und machte deshalb die Dämmung der Gewölbe und eine gute Durchlüftung des Dachraumes notwendig. Wegen Befalls durch Holzschädlinge mußte die gesamte Dachkonstruktion durch eine Zusatzkonstruktion aus Stahl gesichert und entlastet werden. Die Dacheindeckung erfolgte in Zinkblech. Mit der Rekonstruktion der Fialen nach den Originalzeichnungen von Schinkel begannen 1982 die Arbeiten am Außenbau. Ein besonderer Höhepunkt war dabei die Rekonstruktion des Südfensters, welches neben einem Westfenster völlig neu hergestellt werden mußte. Fünfzig Zeichnungen A 1 im Maßstab 1 : 1 waren allein für das Maßwerk notwendig, bevor dieses in der Werkstatt für Keramik in Marwitz gebrannt werden konnte. Aus einem Klumpen Blech wurde der Erzengel Michael in seine jetzige Gestalt zurückgeführt. Durch die schweren gußeisernen Portale mit den Engelmedaillons von F. Tieck gelangen Besucher seit dem 15. 9. 1987 wieder in das Schinkelmuseum – Friedrichswerdersche Kirche.

6 Ansicht von Süden nach der Fertigstellung 1891

7 Zerstörung am 29. 4. 1945

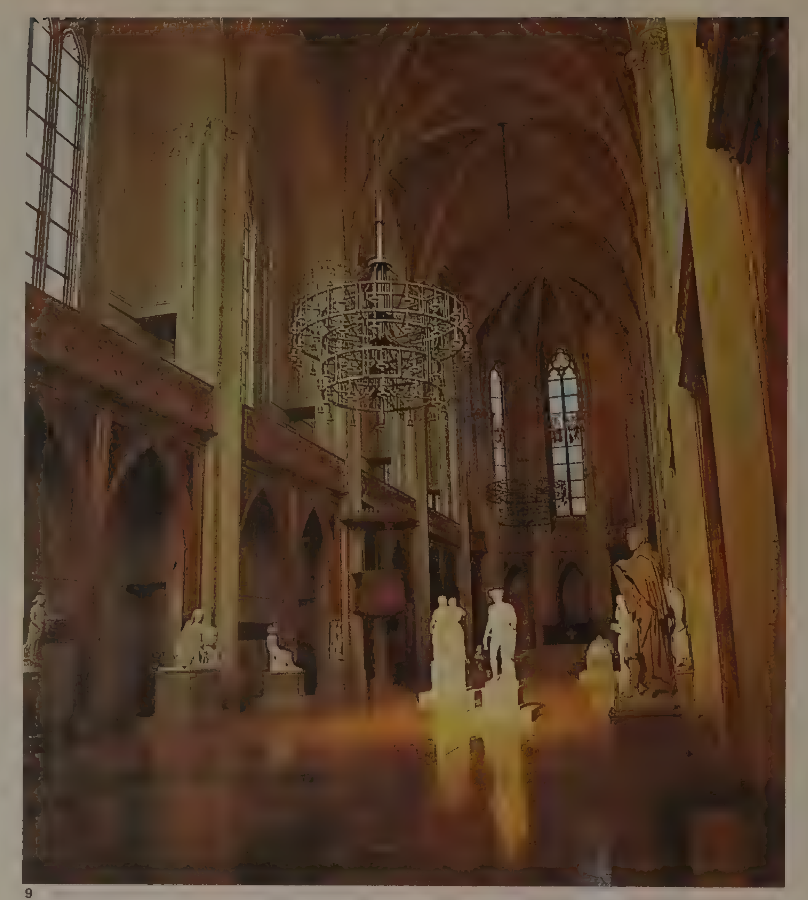
8 Sicherung 1946–1951

Farbfassung und Raumerlebnis

Gottfried Grafe
Restaurator VEB Denkmalpflege Berlin

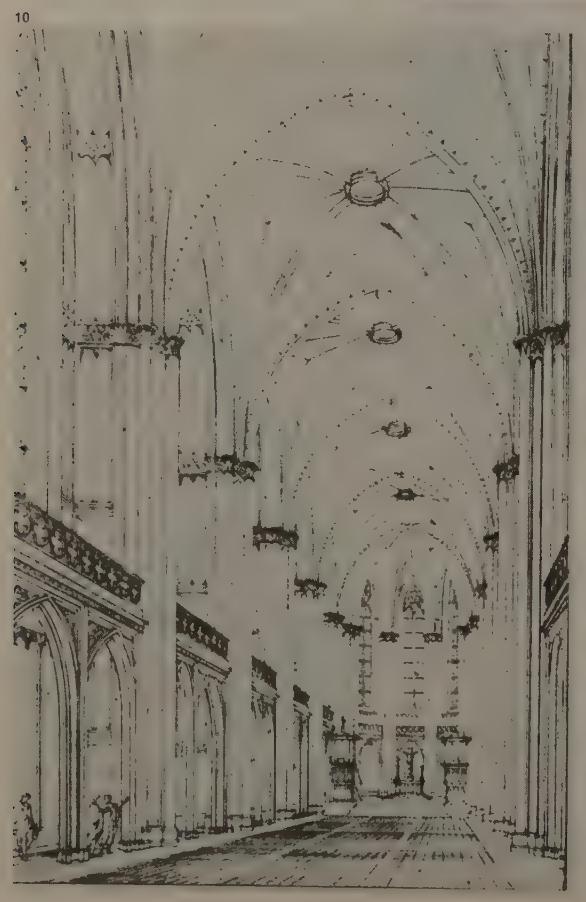
Das Licht im Dienste der Form unterstreicht das räumliche Erleben. Nicht nur Licht und Schatten sind an die Form gebunden, was wäre Architektur, unser Umfeld ohne Farbe. Die Farbe ist Reflektion und Illusion, ist Ausdruck der Befindlichkeit der Menschen in ihrer Zeit und nicht ausschließlich der Geschmack einzelner. Die Gesetze von Proportion, Gleichgewicht und Symmetrie, die Unterordnung der Teile unter das Ganze, die Vielfalt in der Einheit sind Regeln, die seit altersher Architekten und Farbkünstler beherrschten – heute oft ein vernachlässigter Faktor oder unbewältigt gelöst.
Diese Maximen in der Bauausführung beachtend, Zeitgeist, baukünstlerische und bautechnische Möglichkeiten zu Anfang des 19. Jahrhunderts ausschöpfend, ist der ganzheitlich gestaltete Innenraum der Friedrichwerderschen Kirche durch die Restaurierung und die Rekonstruktion nahezu in seiner Ursprünglichkeit wieder erlebbar. Entscheidend für die gelungene Farbrekonstruktion waren die Ergebnisse der erst

mit dem Bauablauf begonnenen restauratorischen Untersuchungen an der desolaten Raumschale. Ein vielfältiges Schadensbild prägte die originalen Farbfassungsfragmente – Verschwärzung, Bindemittelverlust, Salzschäden, Abpudern und Negativwirkung der Farbtöne. Um das einheitliche Farbkonzept nach zahlreichen Arbeitsproben zu realisieren, erwies sich die Farbtonausmischung an Hand der Befunde nach einem numerischen Schema sowie die mengenmäßige Bereitstellung der Mischfarben für die gesamte Innenraumausmalung als folgerichtig.
Ein weiterer Schritt nach der Vorbereitungsphase war die lückenlose fachliche Anleitung der ausführenden Handwerker über den gesamten Zeitraum. Nicht jeder besaß das Gespür für das Material, für die malerische Interpretation des zu imitierenden Sand- und Backsteins mit Kaseinfarben, deren Haltbarkeit auf Kalkmörtelputz schon in der Antike bekannt war. Die Kaseinfarben auf weißem oder farbigem Grund, lasierend bis deckend aufgetragen, ergeben lebendige leuchtende Farbflächen, optische Mischtöne, die mit anderen leimgebundenen Mischfarben nicht erzielbar sind. Da diese Wirkung stark von der Oberflächenstruktur und die Lebensdauer von der Beschaffenheit des Anstrichträgers beeinflußt werden, bedurfte es zu 75 % einer Putzerneuerung bzw. Ergänzung jeweils nach Befund. Das zwangsläufige Arbeiten bei Kunstlicht in der oberen Raumzone und unterhalb der Empore, bedingt durch die aufgestellte Rüstung erschwerte die Bewertung der räumlichen Wirkung unmit-

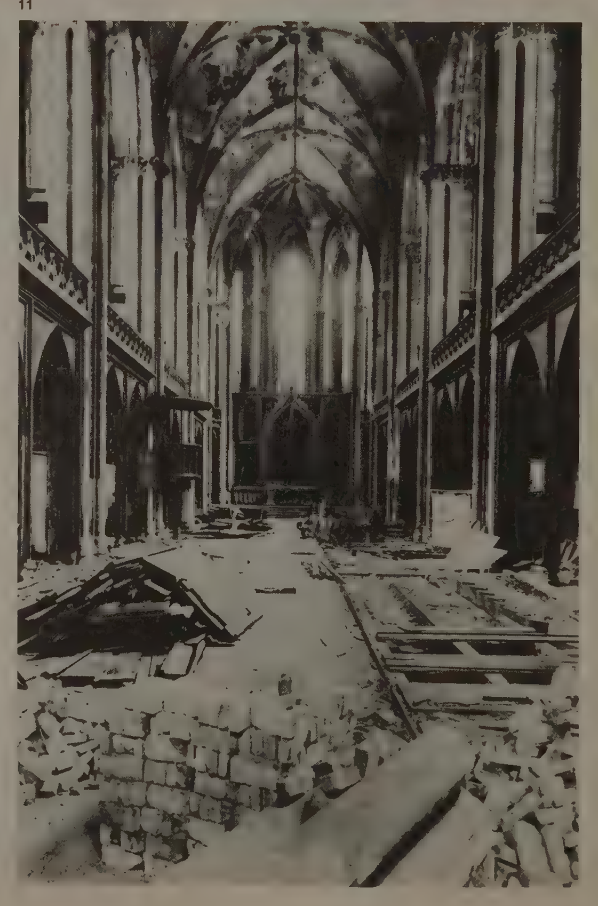


9

10



11



telbar nach der abschnittsweisen Fertigstellung. Die insgesamt raumbestimmende Imitationsmalerei, die den konstruktiven Charakter eines Quaderbaus unterstreicht, wird in der Zeitschrift für Bauwesen von 1882 folgendermaßen beschrieben: „Der Gegensatz, in dem das Innere dazu steht, ist sehr bedeutend. Wohl weil der Künstler fürchtete, mit dem unverhüllten Backstein hier im Innern bei engen Verhältnissen keine Wirkung zu erzielen, sind durch sehr geschickte Übermalung Sandsteinquader nachgeahmt." Unerwähnt dessen dominiert auf der Gewölbekappenunterseite der Farbklang des imitierten roten Backsteins mit dunkler Fuge, wie außen. Die Farbfleckverteilung, kühl gegen hell, strukturiert gegen ruhig in den aufgehellten Grundfarben Böhmisch grüne Erde, grünlicher Ocker, sandgrauer Ocker und rötlicher Ocker und die reinen ockerfarbenen Schichtungen des Sandsteins sowie das Anlegen der verschiedenen Backsteinfarbtöne erfolgte weder schematisch noch unwillkürlich,

9 Innenraum nach der Restaurierung

10 Innere Ansicht der Werderschen Kirche ohne die innere Trennwand von Schinkel 1829

11 Bauzustand vor der Restaurierung

12 Restaurierte Chorfenster

13 Fenster der Kirche auf dem Werderschen Markt von Schinkel

14 Maßwerk für Westfenster



12



13



14



sondern ist eine gestalterische Bewältigung der Fläche mit dem Blick für das Ganze. Wo architektonische Linien fehlten, wurden sie täuschend durch gemalte ergänzt. So entsteht durch das gemalte Zwischenrippensystem auf der Kappenunterseite der Eindruck eines Sternengewölbes und durch gemalte Karniesrahmungen Kassettendecken unter der umlaufenden Empore. Die Modellierung der imitierten Rippen ergibt sich aus 24 parallel gezogenen, farbtonverschiedenen Strichen, deren Farbharmonie aus der Symmetrie von kühlen Farbtönen auf der Lichtseite und warmen Farbtönen auf der Schattenseite entsteht. Das Gemalte im Zusammenspiel der Großformen mit den vielfältigen sehr plastischen architektonischen Details verwächst durch das weiche Licht der matten Glasflächen der achsenfüllenden Langhansfenster zu einer überschaubaren Einheit. Den Akzent des Raumes aber setzen die in leuchtenden Farben klar ornamentierten Glasflächen in verschiedener Maßwerkformulierung. Die reinen Lichtfarben der Glasornamente, Rot, Grün, Gelb, Blau und Violett in den Langhansfenstern und die in einem dominierenden Blau schwebenden musizierenden Engel in den schmalen Chorfenstern verändern lokal die Gegenstandsfarbe, bewirken je nach Tageslichtintensität ein imaginäres Spiel von Lockerung, Durchdringung und Auflösung. So erscheint der Chorraum, der gestalterische Blickfang, durch das gefilterte Licht in Anlehnung an den mittelalterlichen Kirchenraum mystisch.

15

16



Literatur:

(1) Rave, P. O.: „Karl Friedrich Schinkel" Berlin Teil 1, Berlin, S. 254

(2) J. Kärtschel: Schinkels gotisches Schmerzenskind die Werdersche Kirche in Berlin in: Blätter für Architektur und Kunsthandwerk 1888, Nr. 12

(3) Graefrath, R.: Zur Baugeschichte der Friedrich-Werderschen Kirche, Denkmale in Berlin und in der Mark Brandenburg 1987, S. 113

(4) Giese, L.: Die Friedrich-Werdersche Kirche zu Berlin 1921, S. 155

15 *Gewölbeausschnitt vor der Restaurierung*

16 *Gewölbeausschnitt nach der Restaurierung*

Innerstädtischer Wohnungsbau in Leipzig

Architektonische Leitplanung für den innerstädtischen Wohnungsneubau – Bestandteil der technischen Politik im VEB Baukombinat Leipzig

Dr.-Ing. Frieder Hofmann NPT
VEB Baukombinat Leipzig, Chefarchitekt

1 Weiterentwickelte Ecklösung WBS 70/8geschossig. Messemagistrale/Leninstraße (Zeichnung: Dr. F. Hofmann)

2 Volkmarsdorf, Ernst-Thälmann-Platz. Wohngebäude mit Ladenzone im Erdgeschoß

1

2



Um den qualitativ neuen Bedingungen zu entsprechen, die durch Städtebau und Architektur besonders im innerstädtischen Bauen gestellt werden, hat auch das Baukombinat Leipzig in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen zur Rationalisierung und Weiterentwicklung seines Gebäude- und Bauteilsortimentes unternommen.
Das Ergebnis sind u. a. zwei neue Wohnungsbauserien, die WBS 70/BR 87 und die WBS 70/36 kN, die seit 1987 sowohl auf innerstädtischen als auch auf extensiven Standorten des Bezirkes und der Stadt Leipzig gebaut werden.
Als besondere Merkmale dieser Erzeugnisse können u. a. die Systemkoordinierung konstruktiver Grundparameter und Details sowie in „Gestaltungsbaukästen" zusammengefaßte Elemente und Bauteillösungen für die Anpassung an standortbezogene städtebaulich-architektonische Anforderungen hervorgehoben werden (vgl. „Architektur der DDR" 1'88).
Trotz z. T. erheblicher Schwierigkeiten bei der Baufreimachung wurde mit diesem Instrumentarium 1988 bzw. 1989 der Wohnungsbau auf den Standorten Leipzig-Volkmarsdorf, Seeburgstraße, Thonberg, Ostvorstadt und Innere Westvorstadt –

Nikischplatz begonnen, so daß das BKL heute im Vergleich zu den anderen WBK der Republik den höchsten Bauanteil im innerstädtischen Wohnungsneubau realisiert.
Die 1988 aufgemachte Rechnung, auf diese Weise den Wohnungsbau in Leipzig zu beschleunigen, das Mengenprogramm bis 1990 zu erfüllen und gleichzeitig das Stadtbild aufzuwerten, ist jedoch bis jetzt nicht aufgegangen. Im Gegenteil – die Flächenabrisse, eine nach wie vor schlechte Qualität des Plattenbaus und die geringe Leistungsfähigkeit der Reko- und Instandsetzungsbetriebe führen mehr und mehr zu kulturellem Identitätsverlust; sind damit Anlaß zu harter Kritik am Bauwesen und u. a. Ursache von Forderungen, die Plattenbauweise abzuschaffen, die WBK in kleinere, flexiblere Baubetriebe aufzuteilen und die Projektierung von der Bauausführung zu trennen. Dabei wird zum Teil übersehen, daß die Stadt angesichts einer hochgradig verschlissenen Altbausubstanz auch über 1990 hinaus noch einen hohen Anteil Wohnungsneubau zu ihrer Reproduktion benötigt.
Natürlich steht es außer Zweifel, und es ist auch nicht neu, daß Stadterneuerung unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen neben dem Wohnungsbau den Gesellschafts- und Industriebau, komplexe Maßnahmen zur Rekonstruktion und Instandsetzung von Altbauten, der Denkmalpflege, der Infrastruktur, des Umlandes u. v. a. m. umfaßt.
Die dazu erforderliche Neuorientierung der Bauindustrie auf komplexere Leistungen und höhere Qualität wird bei realer Einschätzung der Lage sicher negative Auswirkungen auf den Leistungsumfang im Wohnungsneubau haben, und man kann aus dieser Sicht nicht auf die Leistungsfähigkeit großer Baubetriebe und industrieller Bauweisen, auch der Plattenbauweise, verzichten.
Ursache für die mangelhafte Effizienz der Bauindustrie sind nicht die WBK, sondern ihre nicht auf Leistung orientierte Struktur, die fehlende Leistungsstimulierung, die Disproportionen zwischen Zulieferindustrie und Finalproduzenten. Abgeschafft werden muß nicht die Plattenbauweise, sondern ihre Monokultur, der hohe Verschleißgrad ihrer materiell-technischen Basis und die einseitige Orientierung auf die „Tonnenideologie".
Die Stellung des Architekten im Gesamtprozeß des Bauens ist, wie die Rolle der technischen und künstlerischen Intelligenz in unserer gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt, neu zu bestimmen, und sie kann sich, so meine ich, nicht auf die einseitige Position eines „Baukünstlers" beschränken.
Die hier dargestellten städtebaulich-architektonischen Lösungen sind – zum Teil unter unverhältnismäßig hohen persönlichen und kollektiven Anstrengungen der verantwortlichen Projektanten und ihrer Partner – in diesem Spannungsfeld entstanden; gestatten deshalb die Ableitung folgender erster Probleme und Erfahrungen:

1. Es hat sich bewährt, in langfristiger Abstimmung mit dem Städtebau detaillierte Gestaltungskonzeptionen zu erarbeiten, in denen standortspezifische architektonische Zielstellungen formuliert und mit den materiell-technischen Möglichkeiten der Bauausführung abgestimmt wurden.
Die frühzeitige Ausarbeitung dieser Unterlagen bildete Voraussetzungen dafür, architektonische Lösungen im Vorlauf materiell zu sichern, bei Bedarf langfristig neu zu entwickeln und in die ökonomische Bewertung einzubeziehen. Das gab eine größere Sicherheit,



3

4



3 Thomasinstraße/Ecke Nikischplatz in der Inneren Westvorstadt

4 Volkmarsdorf, Ernst-Thälmann-Platz

5 Blick vom Wohnkomplex Seebergviertel zum Stadtzentrum

6 Wohngebäude im Wohnkomplex

diese Lösungen bei schnell fortschreitendem Bauablauf auch ohne Abstriche realisieren zu können.

Trotzdem sind sich die Partner einig, daß das bisher realisierte Programm nur ein minimales, gerade noch akzeptables städtebaulich-architektonisches Angebot darstellt. Grundsätzliche Probleme gestalterischer Natur bestehen dabei in der Beherrschung des industriell gefertigten Architekturdetails, im Übergang von dekorativen Fassadengestaltungen zu plastisch geprägten Gebäuden (was bausystembedingt nach wie vor schwerfällt) und in der Ausbildung einer „Leipzig-typischen" Handschrift der Leipziger Architekten und ihrer Architektur.

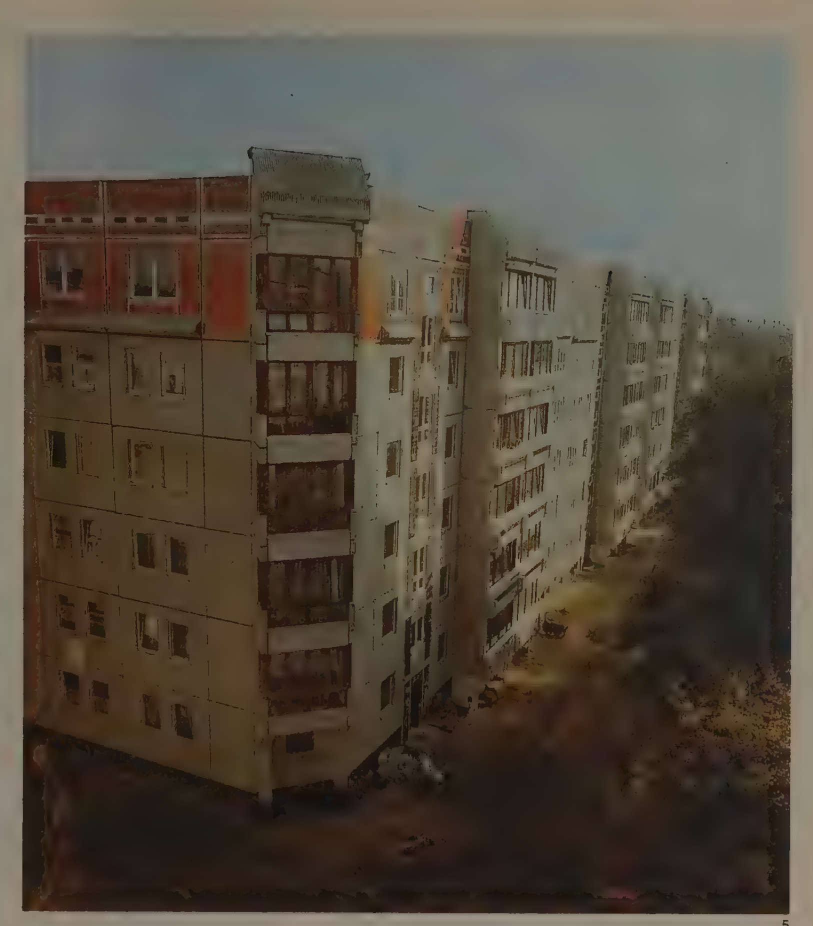
Wesentliches Element der Gestaltungsleitplanung ist weiterhin der Streit um städtebauliche Leitideen, die die Gültigkeit jeder architektonischen Lösung entscheidend beeinflussen und die auch durch teure Fassadenkosmetik nicht aufzuwiegen sind.

2. Die gebaute Realität bleibt immer ein Kompromiß zwischen städtebaulicher Leitvorstellung und materiell-technischer Basis, die gegenwärtig durch das vorhandene Potential an Maschinen und Geräten, das zur Verfügung stehende Baumaterialienangebot und die Produktionsbedingungen für das Bausystem insgesamt repräsentiert wird.

Davon ausgehend ist die Plattenbauweise, da derzeit an starre, teure und zum Teil verschlissene Grundmittel gebunden, sehr schwerfällig modifizierbar. Die Umsetzung architektonischer Anforderungen kann also nur abgestimmt mit der technischen Entwicklung, d. h. über qualitative Veränderungen der materiell-technischen Basis erfolgen. Naturgemäß funktioniert das erst, wenn der Architekt die Investitionspolitik des Kombinates mitdiskutieren und mitentscheiden kann – ein Grundsatz, über den auch im BKL z. Z. noch heftig gestritten wird.

Das drückt sich z. B. darin aus, daß der Architekt als Sachwalter gesellschaftlicher Anforderungen, zu denen Architektur und Qualitätsansprüche ja objektiv gehören, zu oft noch in Widerspruch zu ökonomischen Zielstellungen gebracht wird, die architektonische Spitzenleistungen in keiner Weise stimulieren.

Im BKL werden der Bedarf und die Linienzuordnung von Außenwand- und Sonderelementen für die Gestaltung prinzipiell zwischen Vorfertigungsbetrieb und Generalprojektant abgestimmt, wobei der Chefarchitekt Koor-



5



6

7

8



dinierungsaufgaben und Gesamtverantwortung übernimmt. Musterelemente und Kleinserien werden in einem vorfertigungseigenen Lehr- und Experimentalwerk produziert, das u. a. auch Außenwandelemente in Betonmatrizen herstellt.

Probleme gab es bisher bei der Einführung neuer Gestaltungslösungen durch begrenzte Entwicklungs- und Formenbaukapazitäten bzw. durch nicht abgestimmte Eingriffe in Bauabläufe und Objektlisten. Das Konzept der Gestaltungsbaukästen hat sich insgesamt als gangbarer Weg erwiesen, auch wenn einige Teillösungen bis jetzt noch fragmentarisch bestehen, besser durchgearbeitet und miteinander koordiniert werden müssen und einen zu hohen Einarbeitungsaufwand in die standortlosen Projektdokumentationen erforderlich machen.

Bemerkenswert ist, daß die Realisierung einzelner konzipierter Gestaltungselemente (z. B. Eckfenster und Außenwandstützen für FU) an konstruktiv-statischen Grenzwerten der Plattenbauweise bzw. den gültigen Wandbaurichtlinien gescheitert ist. Darüber hinaus wird der architektonische Schaffensprozeß durch das Regelwerk technologischer Vorschriften des Plattenbaus (Fertigungs- und Transportbeschränkungen, Montage- und Ausbaubedingungen) mit zunehmender EDV-Bearbeitung eher verkompliziert und erschwert als befördert.

7 Innere Westvorstadt, Dorotheenplatz (1989)

8 Anwendung des Elementesortimentes Eckerker für die Fassade, Nikolaistraße 31 (Zeichnung: Dr. F. Hofmann/ ... Strunz)

9 Architektonische Lösung von Eckgebäuden durch Modifikation der Gestaltungsbaukästen „Loggia", „Erker" und „oberer Gebäudeabschluß"

10 Erstanwendung von Gestaltungselementen Leipziger Prägung wie Erker- und Dachlösungen (Berlin, Frankfurter Allee-Nord)

11 Geplante Bebauung der Nürnberger Straße (Zeichnung: T. Plietzsch)

Schon jetzt ist der Architekt kaum noch in der Lage, alle organisatorischen Randbedingungen im Auge zu behalten geschweige denn sie in seiner Projektlösung zu berücksichtigen.

3. Als absoluter Schwerpunkt ist derzeit die Gewährleistung einer hohen Ausführungsqualität zu betrachten, um geplante architektonische Lösungen wirkungsvoll zu präsentieren und entscheidende Reserven für die betriebswirtschaftliche Effektivität zu nutzen. Wie in der Industrie gilt dabei der Grundsatz, daß hohe Qualitätsansprüche ein hohes Niveau der materiellen Produktion erfordern, architektonische Spitzenleistungen also die perfekte Beherrschung des Bauprozesses voraussetzen.

Das im BKL erreichte Resultat ist sehr differenziert und, obwohl Schwächen und Fehlerquellen bis ins Detail bekannt sind, nach wie vor kritikwürdig. Zu lösende Probleme, die sich nicht zuletzt negativ auf die komplette Fertigstellung unserer innerstädtischen Wohngebiete auswirken, gibt es sowohl im Kombinat (z. B. die Beherrschung des VTM-Prozesses, Koordinierungsfehler und unsauber projektierte Details), als auch bei den Kooperationspartnern (z. B. in der Bauvorbereitung und Baufreimachung, im Angebot und der Lieferstabilität von Oberflächen- und Ausbaumaterialien).

4. Schließlich und endlich entstehen aus dieser Sicht neue und ständig wachsende Anforderungen an das fachliche Können und die Verantwortungsbereitschaft der erzeugnis- bzw. komplexverantwortlichen Architekten, Teilprozesse eigenständig zu entscheiden und die Gesamtzielstellung, das architektonische Ensemble, nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Hauptverantwortung liegt dabei beim Komplexarchitekten, der gegenwärtig jedoch im Hinblick auf die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte, seinen Zeitfonds und sein eigenes Qualifikationsniveau, nicht immer Herr der Lage ist.

Zielstellung muß es deshalb sein, vorrangig den Komplexarchitekten neue, nach Möglichkeit junge Fachleute zuzuführen, erreichte Ergebnisse kritisch auszuwerten und eine kontinuierliche Weiterbildung zu organisieren.



9



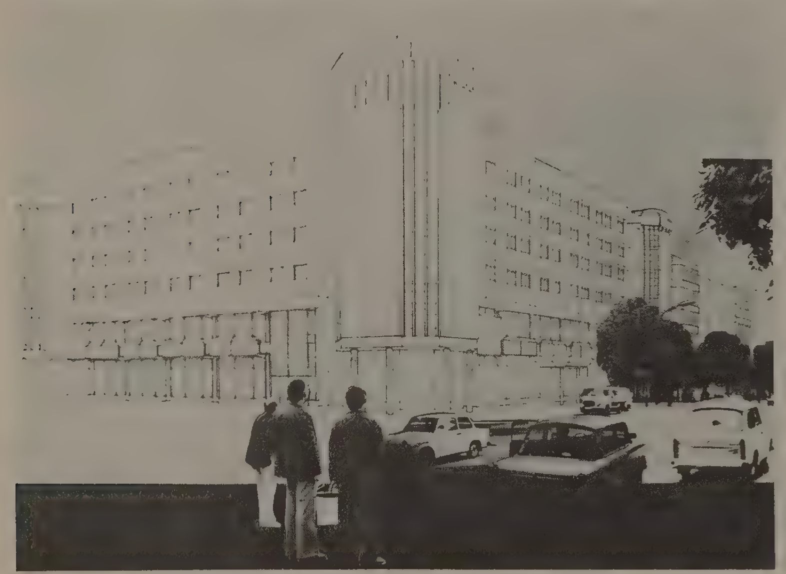
10



11



12



13

14

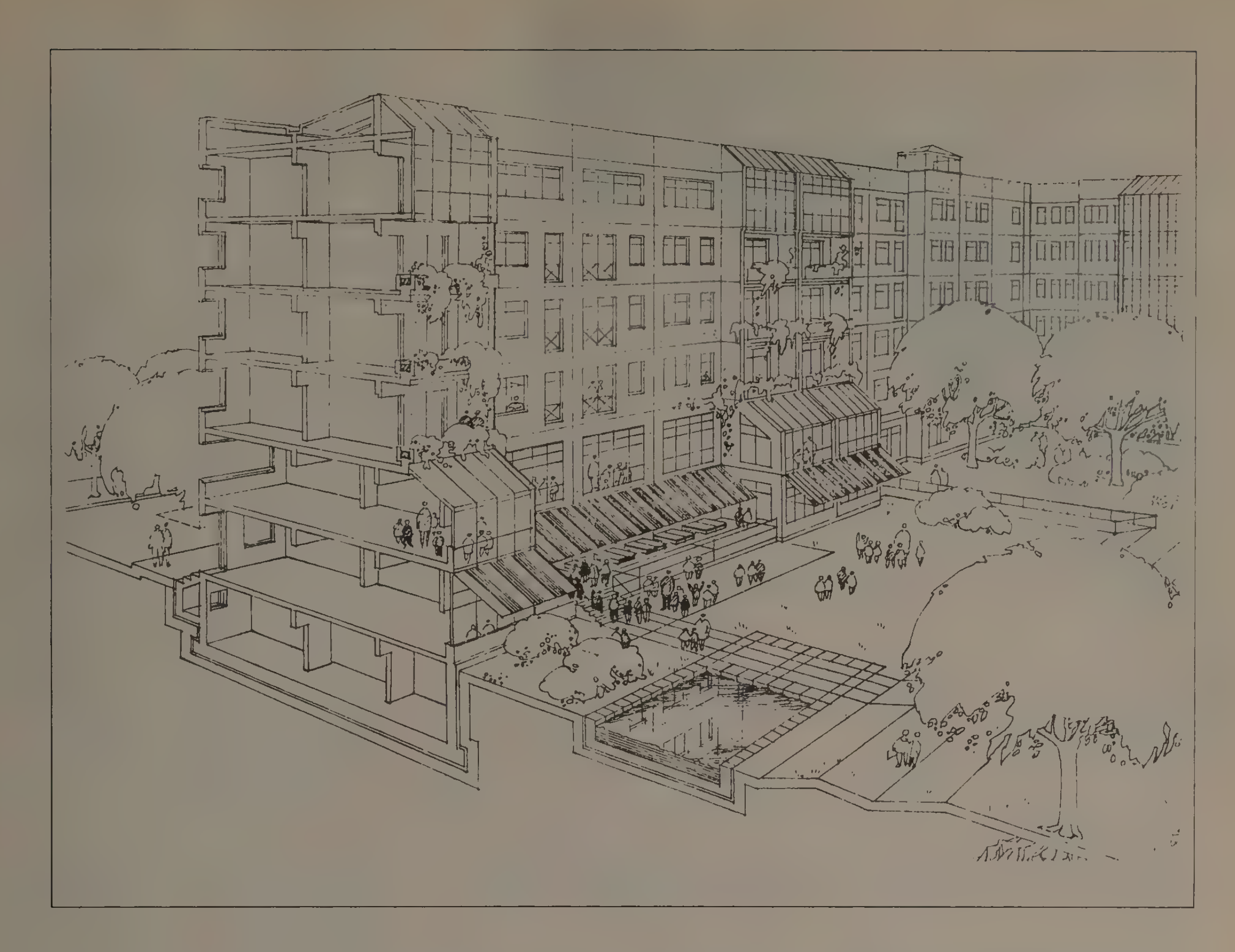


12 Wohngebäude Ritterstraße 12 (Stadtzentrum) mit auf Betonmatrizen gefertigten 3schichtigen Wandelementen
13 Wohngebietszentrum Leipzig-Volkmarsdorf, Studie 11/89, Schaubild Gayk/Matthes
14 Bauvorhaben „Deutrichs Hof" – eine Aufgabe, die nach wie vor eine Schlüsselposition beim Aufbau des Stadtzentrums und für die Leistungsentwicklung des BKL einnimmt.

Unter den Bedingungen der 90er Jahre geht es im Baukombinat Leipzig um die Übernahme kompletter Leistungen in höchster Qualität und in anspruchsvollen städtebaulichen Situationen. Im Interesse dieser Entwicklung gibt es konkrete Überlegungen zu strukturellen Veränderungen, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Eigenverantwortlichkeit nach neuen ökonomischen Maßstäben und zur Weiterentwicklung und Komplettierung des industriellen Bausystems des BKL, die 1990 zur Wirkung zu bringen sind.

Auf dieser Grundlage zeichnet sich für das Kombinat ein Leistungsprofil mit folgenden Aufgaben ab:

– der mehrgeschossige Wohnungsneubau in hoher technischer Qualität, verbessertem Gebrauchswert und architektonischer Vielfalt für die Erneuerung der Leipziger Inneren Vorstädte und der Kreisstädte des Bezirkes
– ein zunehmender Bauanteil gesellschaftlicher Einrichtungen in Funktionsunterlagerungen an den Magistralen der innerstädtischen Bereiche
– die Errichtung von Gebäuden für Gewerbeverlagerung und Gewerbestättenersatz zur komplexen Lösung von Umgestaltungsaufgaben, nicht zuletzt auch zur Baufreimachung für den eigenen Wohnungsneubau
– neben anderen Bauvorhaben ein bestimmter Anteil von Wohn- und Büroneubauten mit unterlagerten gesellschaftlichen Einrichtungen in exponierten städtebaulichen Situationen des Leipziger Stadtzentrums.



1 *Perspektive der Unterlagerung einer Vorschuleinrichtung im Wohnungsbau mit 12 m Gebäudetiefe:*
Teilvorlagerung bringt gut belichtete Gruppenräume

Vorschuleinrichtungen für innerstädtische Wohngebiete

Entwicklungsprinzipien und Lösungsangebote für die Funktionsunterlagerung in der WBS 70/14.40 im Bezirk Dresden

Dr.-Ing. Gerda Starke, Bearbeiterin der Entwicklung
Lehrstuhl Gesellschaftsbauten, Sektion Architektur der TU Dresden

1. Zielstellung

Mit der zunehmenden Verlagerung des industriellen Wohnungsbaus von Stadtrandgebieten auf innerstädtische Standorte ergeben sich für die Zuordnung der notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen andere Bedingungen. Eine größere Verdichtung, ein Anpassen an die vorhandene innerstädtische Struktur wird notwendig, eine stärkere Verflechtung zwischen Wohnbereich und gesellschaftlichen Funktionen sinnvoll. Mit der Anwendung der Wohnungsbauserie 70/14.40 m Gebäudetiefe im Bezirk Dresden sind dafür gute baustrukturelle Voraussetzungen gegeben. Am Lehrstuhl Gesellschaftsbauten laufen im Rahmen des Forschungsthemas „Mehrgeschossige Funktionsunterlagerung für innerstädtische Bereiche in den Bauweisenkombinationen WBS 70/WBS 70G und WBS 14,40/WBS 70G" im Auftrag des WBK Dresden Untersuchungen zur Einordnung der verschiedensten gesellschaftlichen Einrichtungen. Als konstruktive Neuerung sollen die Unterlagerungsgeschosse mit Hilfe von Rahmenkonstruktionen mehrgeschossig auch in der industriellen Wandbauweise gebaut werden [1].
Vorschuleinrichtungen (VSE) haben in funktioneller Hinsicht sehr spezielle Forderungen, so daß sie als eigenes Teilthema behandelt werden.
Es besteht in den meisten innerstädtischen Altbaugebieten Nachholebedarf. In den relativ engen Wohnquartieren lassen sich große VSE nicht, wie in den Neubaugebieten üblich, als Einzelgebäude unterbringen, weil der Freiflächenbedarf und die bebaute Fläche zu groß sind.
Es wurden daher die Möglichkeiten einer Integration in die Wohnsubstanz untersucht, zunächst mit einer Teilunterlagerung in die Erdgeschoßzone vorhandener Altbausubstanz (Wirtschafts- und Personalräume) und hofseitig vorgelagerten Gruppeneinheiten als Neubauten (Bild 2). Die Teilunterlagerung brachte jedoch nicht die erhofften Vorteile, so daß die Konsequenz der Entwicklung zur Vollunterlagerung von Kinderkrippen (KK) und Kindergärten (KG) im innerstädtischen Wohnungsbau bzw. bei Lückenbebauungen führte. Ziel der vorliegenden Untersuchungen war es, Lösungen für eine funktionell und gestalterisch einwandfreie Einordnung verschiedener Größen von VSE in vorhandene oder in Vorbereitung befindliche Wohnungsbausegmente zu erarbeiten; Ziel dieser Zusammenfassung ist es, neben den Lösungen auch die Bedingungen dafür und die gewonnenen Erkenntnisse darzustellen.

2. Entwicklung der Lösungen

Für die Funktionsunterlagerung mit VSE wurden alle im Bezirk angewendeten Baureihen der WBS 70 untersucht mit dem Ergebnis:



2

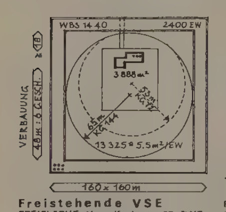
2 Isometrie einer Teilunterlagerung mit hofseitiger Vorlagerung der Gruppeneinheiten

3 Städtebauliche Einordnung Vergleich notwendiger Quartiergrößen

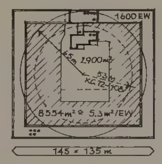
4 Grundlösung eines Kindergartens von 108 Plätzen, Angebot für Lückenbauten (Hoffassade, Grundrisse)

5 Lageplan Bebauung „Am Schießhaus" in Dresden

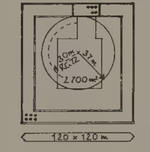
6 Lösung Kinderkrippe 54 Plätze in „Reihe 5" für den Standort „Am Schießhaus" in Dresden



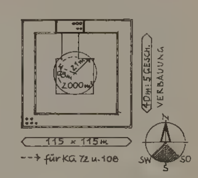
Freistehende VSE
FREIFLÄCHE: Normalforderung 27 m²/NE
WOHNFREIFLÄCHE: Ford. >5 m²/EW
LÄRMSCHUTZ für Wohngebiete: 65 m
Abstand d.Zentr.d.Hauptspielfläche von WE



Teilunterlagerung VSE
FREIFLÄCHE: Normalford. 27 m²/NE
WOHNFREIFLÄCHE 5,3 m²/EW
LÄRMSCHUTZ nur für KG 72 - 108 oder für Mischgebiet ausreichend: 53 m
VERBAUUNG: nur 5-geschossig mögl.



Vollunterlagerung
FREIFLÄCHE: ohne bebaute Flache, vermind Nebenfl. Annahme 18 m²/NE
LÄRMSCHUTZ: Ford. f. Mischgebiete. 37 m Abst.d. Hauptspielflache von WE
VERBAUUNG 6-geschossig mögl.



Vollunterlagerung
FREIFLÄCHE: minimiert lt. Richtlinie fur innerstadtischen Bereich 13,5 m /NE
LÄRMSCHUTZ Ford f. Stadtzentrum: 21 m
Abstand d Zentr. d. Hauptspielfläche von WE

Städtebauliche Einordnung: Vergleich Quartiergrössen für KG 144

3

- die Wohnungsbausegmente mit 10,8 m Gebäudetiefe eignen sich nicht für die Vollunterlagerung mit VSE,
- bei 12 m Tiefe lassen sich saubere Funktionslösungen nur mit Teilvorlagerung der Gruppenräume erreichen (Bild 1)
- eine Gebäudetiefe von 14,4 m ist als Mindestmaß für die Vollunterlagerung nötig, günstiger wird die Hinzunahme der Loggientiefe von 1,5 m.

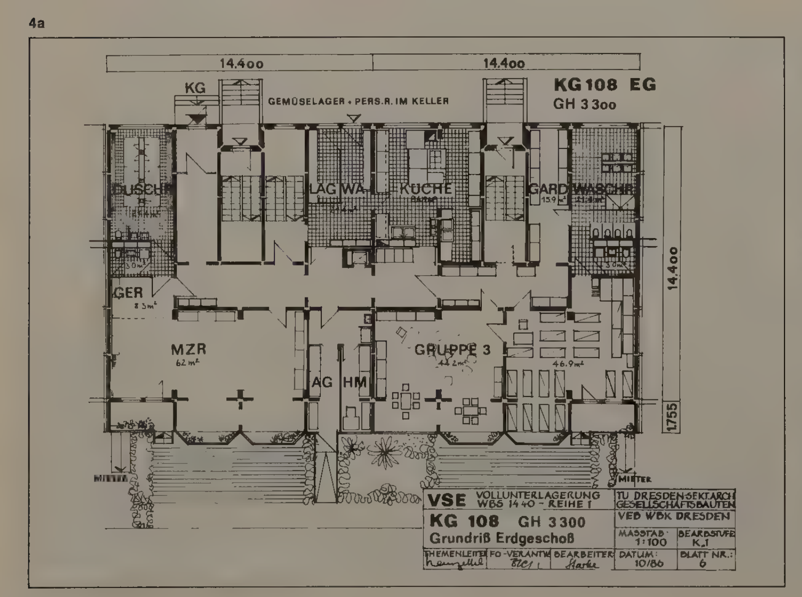
Für die WBS 70/14,40 werden 6 unterschiedliche Größen von VSE als Funktionsunterlagerung angeboten, um den verschiedenen Baureihen bzw. speziellen Standortbedingungen gerecht zu werden. Während der Bearbeitung erfolgten die notwendigen Abstimmungen mit dem Bezirkshygieneinstitut, der Staatl. Bauaufsicht und verschiedenen Spezialprojektanten im WBKD.

Unter den verschiedenen Grundsegmenten der WBS 14.40 erwies sich die „Reihe 1" mit 14,4 m × 14,4 m Grundfläche für 3 WE als das günstigste: in Erd- und Obergeschoß zweier gekoppelter Segmente ließ sich eine 3-Gruppen-Lösung Krippe oder Kindergarten einordnen (Bild 4). (Für die Lückenbauten ohne Leitungsgang im Keller ist diese Grundlösung auch für 4 Gruppeneinheiten möglich.) Bisher befindet sich die „Reihe 1" jedoch noch in der Projektierungsphase, daher wurde der Schwerpunkt der Untersuchungen inzwischen auf „Reihe 5" verlagert.

In der „Reihe 5", einem Zweispännersegment mit 9,6 m × 14,4 m Grundfläche, das am Standort „Straße der Befreiung" in Dresden als Normalsegment gebaut ist, war die Einordnung wegen der dichten Folge der Mietertreppenhäuser schwieriger, dennoch wurde nach Lösungen gesucht, weil sie benötigt wurden.

- Für den beengten Standort „Am Schießhaus" (Bild 5) wurde die spezielle Lösung einer Kinderkrippe mit 54 Plätzen ohne ausgebaute Loggien entwickelt, die Anfang 1988 vom WBKD in die Projektphase übernommen wurde. In Zusammenarbeit mit der Projektbearbeiterin, Frau Dr. Fischer, reifte diese Lösung zur Grundsatzentscheidung aus.
  Diese Lösung (Bild 6) ist nur für eine Krippe geeignet. Deshalb wurde auch ein Kindergarten mit 72 Kindern entwickelt, der in nur drei Segmenten der „Reihe 5" in 2 Geschossen Platz findet, auf speziellen Standorten jedoch auch in 3 Geschossen bis 126 Kinder aufnehmen kann (Bild 7). Da hier die mittlere Treppe als VSE-Treppe genutzt wird, können in den Wohngeschossen darüber 2 große WE für kinderreiche Familien angeboten werden.
- Für die „Reihe 1", die in den kommenden Jahren im Raum Coswig-Meißen gebaut werden soll, werden

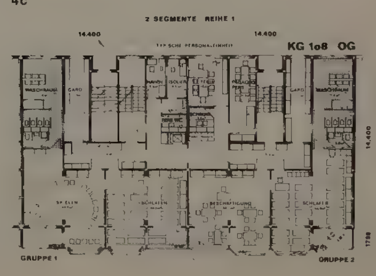
4a



4b



4c



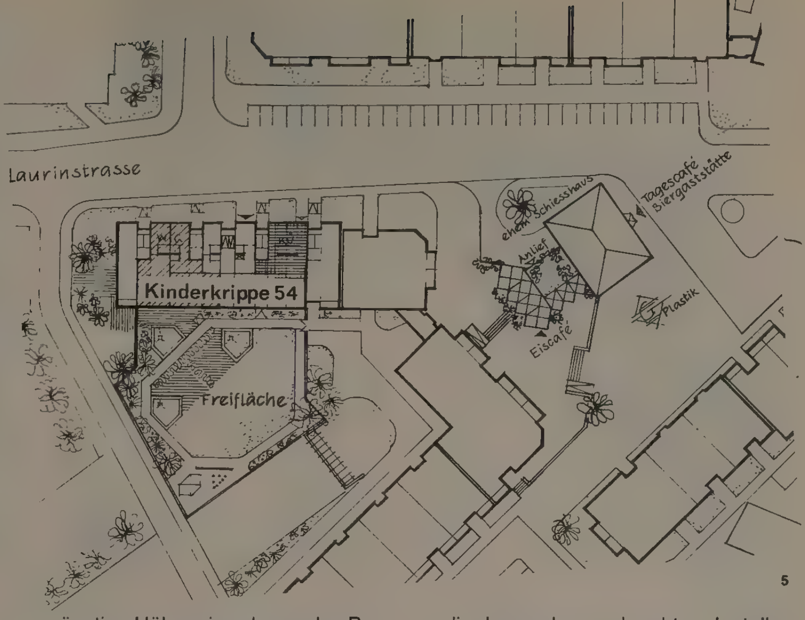
neben 2 eingeschossigen 2-Gruppen-Lösungen (KK 36, KG 72) auch in 2 Geschossen ein KG 108 sowie eine kombinierte VSE mit 54 Krippen- und 72 Kindergartenplätzen (auch als KVSE 36/108 mögl.) vorgeschlagen (Bild 8).

3. Erkenntnisse für den Entwurfsprozeß

3.1. Zur städtebaulichen Einordnung

In den innerstädtischen Bereichen wird die Erfüllung der stadthygienischen Forderungen, die Suche nach einem geeigneten Standort für die Kindereinrichtung schwieriger. Als Kriterien für die Einordnung seien genannt:

- zentrale Lage im Einzugsradius der VSE: 600 m Fußweg von der Wohnung
- notwendige Quartiergröße entsprechend dem Freiflächenbedarf für VSE und Einwohner sowie den geforderten Lärmschutzabständen für die Hauptspielfläche (Geräteplatz) der VSE (Bild 3)
- Orientierung der Gruppenräume nach Süden (SO bis SW) und zur Hofseite
- möglichst direkte Zuordnung der Kinder-Freifläche im Hofbereich mit guter Besonnung, Mietertreppen und -eingängen von Norden, von der Straßenseite
- Sicherung des Hofzuganges für die Mieter durch Einordnen von Durchfahrten
- günstige Höheneinordnung des Baukörpers besonders bei Krippen: kurze Rampen zu Kinderwagenraum und zur Freifläche.



5

3.2. Zur funktionellen Lösung

Folgende Bedingungen führten zu übersichtlichen, ökonomischen Lösungen:

- ein Wohnungsbausegment ist dann geeignet zur Funktionsunterlagerung mit VSE, wenn seine Struktur sowie die Lage der senkrechten Installationsschächte die Anordnung eines mittleren verbindenden Durchganges vor den Mietertreppenhäusern erlaubt und vor diesem zur Südseite eine Raumtiefe von ≧ 4,8 m für die Gruppenräume vorhanden ist.
- klare Trennung der einzelnen Gruppeneinheiten (KK 18 Kinder, KG-Doppelgruppe 36 Kinder) vom Wirtschafts- und Personalbereich

6

7a

Abwandlung der Wohngeschosse bei Nutzung eines Treppenhauses für VSE

7b

KG 108 nur in diesem Bereich

Wohnungen oder Zusatzgruppe möglich → KG 126

7c

7d

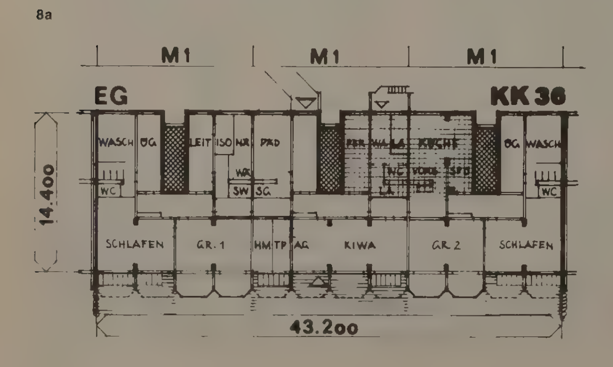
– Anordnung von nur 1 bis 2 Gruppeneinheiten je Geschoß, um abgeschlossene Gruppenbereiche zu ermöglichen. Bei größeren VSE ist die Einordnung zweigeschossig mit eigener Treppe und Kleinlastenaufzug günstiger als die eingeschossige Ausdehnung.
– Gruppenräume mit 45 m² entstehen in der kleinteiligen Wohnungsbaustruktur durch Verbindung von 2 bis 3 Wohnräumen mit Hilfe ≧ 4,8 m langer Innenwandrahmen. Ausreichende natürliche Belichtung wird durch 3,6 m-Außenwandrahmen mit nur 0,6 m hoher Brüstung erreicht, die den Kindern Blicke in den Freiraum gewähren.
– Die Größe des vorzusehenden Küchenbereiches ist abhängig von den örtlichen Versorgungsmöglichkeiten. Bei den vorgeschlagenen Lösungen wurde jeweils eine Garendküche vorgesehen und im Erdgeschoß eingeordnet. Der Küchenbereich benötigt eine Raumhöhe von 2,9 m (Lüftungsanlage), demnach die Geschoßhöhe 3,3 m; nur für eine geringe Essenzahl (bis KK 54 Pl.) werden 2,8 m durch Anwendung von Lüftertruhen noch möglich.
– Vom Kellergeschoß werden jeweils die beiderseitig an die VSE-Treppe anschließenden 3,6 m-Achsen für die technischen Räume bzw. Lager der Kindereinrichtung genutzt. Die übrigen Kellerräume sind den Mietern vorbehalten. Wegen des durchgehenden Leitungsgangs bei Neubauten ist ein Kellerausgang für die Mieter zum Hof nicht möglich. Nur bei der für Lückenschließung günstigen 1. Lösung (Bild 4) ist ein Kellerausgang beiderseitig der VSE vorgesehen.
– Für den Freischlafbereich der Krippe sind die Wohnungsbau-Loggien von 1,5 m Tiefe sehr knapp (Bild 6). Im Erdgeschoß sollte er mindestens durch eine Terrasse mit Markisen- oder Sicherheitsglas-Überdachung erweitert werden. Wenn technologisch möglich, ist das Anfügen einer größeren Terrasse (3,0 bis 3,6 m Tiefe) je Gruppeneinheit günstiger.

3.3. Zur architektonischen Gestalt

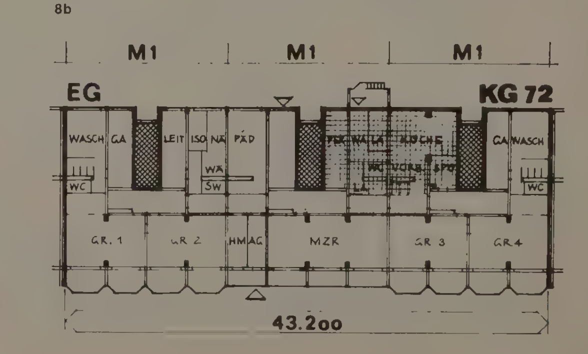
Durch die Einordnung der Vorschuleinrichtung in die konstruktiv-räumliche Struktur der WBS 14.40 und die weitgehende Verwendung gleicher Fertigteilformen ergibt sich grundsätzlich eine gestalterische Einheit von Wohnungs- und Gesellschaftsbau.

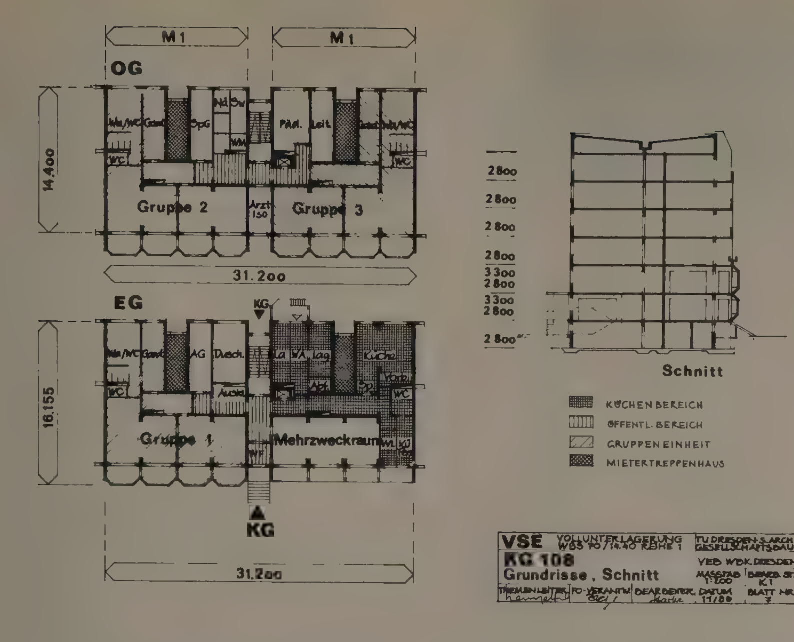
Das Besondere der Vorschuleinrichtung, bedingt durch gut zu belichtende große Gruppenräume und niedrige Brüstungshöhen, tritt vorwiegend an der Süd- und Hofseite zutage. Die an der Nordseite befindlichen Wasch-, Garderoben, Küchen- und Personalräume können normale Wandplatten des Wohnungsbaus erhalten. Durch eine besonders gestaltete Oberfläche der Platten und eine den Forderungen der VSE entsprechende spezielle Fenstergestaltung (Bild 4) sollte diese Zone jedoch deutlich gemacht werden.

8a



8b





7 *Lösungsvorschlag in „Reihe 5": Kindergarten 72 bis 126 Plätze*

8 *eingeschossige Lösungen in 3 Segmenten „Reihe 1" Kinderkrippe 36 P., Kindergarten 72 Pl.*

9 *Zweigeschossiger Kindergarten 108 Pl. in 2 Segmenten „Reihe 1" und eingeschobener Treppenhausachse*

10 *Zweigeschossige kombinierte Einrichtung für 54 Krippen- und 72 Kindergartenplätze in 3 Segmenten „Reihe 1" und 2 Treppenhausachsen*

Der Hauptzugang der Kindereinrichtung sowie das besondere Treppenhaus soll durch eine unverwechselbare Gestalt und bildkünstlerische Zeichensetzung für Kinder anziehend werden.

4. Ökonomische Einschätzung – Folgerungen

Eine Analyse der Betriebskosten von 10 typischen Lösungen von VSE [5] brachte wichtige Vergleichswerte der Gesamtaufwendungen für die verschiedenartigen baulichen Strukturen. Wie in [6] ausgewertet, wird im Durchschnitt die Hälfte der laufenden Kosten für Personalkosten aufgewendet, 20–25 % für Heizkosten, gegenüber 5–6 % für Investitionen (umgerechnet auf 80 Jahre Lebensdauer). Die Heizkosten stehen im direkten Zusammenhang zur Gebäudeoberfläche der VSE. Wichtig wird der Verhältniswert Außenfläche/Bruttofläche:

„Besonders für kleinere Einrichtungen erweist sich die Unter- und Anlagerung (1,2 m^2 AF/m^2 BF) bzw. die Vollunterlagerung (0,8 m^2 AF/m^2 BF) im Vergleich zum freistehenden Gebäude (1,35–2,3 m^2 AF/m^2 BF) als die wesentlich effektivere Lösung." [6, S. 47]

Die Kennziffern für die vorgeschlagenen Varianten bringen gegenüber den für die innerstädtischen Bereiche vorgegebenen Normativen Verschiebungen:

- die Bruttoflächen liegen auf Grund der mitzubezahlenden Mietertreppenhausbereiche und Freischlafloggien meistens etwas höher,
- der umbaute Raum zeigt bei den 3-Gruppenlösungen und kombinierten Einrichtungen niedrigere Werte, während
- die für die laufenden Kosten entscheidende Gebäudeoberfläche erheblich unter den Vergleichswerten liegt.

Wesentlich für den gesamtgesellschaftlichen Aufwand sind nach den Heizungskosten die Einsparungen durch Verringerung des Baulandbedarfs, des tiefbauseitigen Erschließungsaufwandes sowie des gesamten Bauaufwandes.

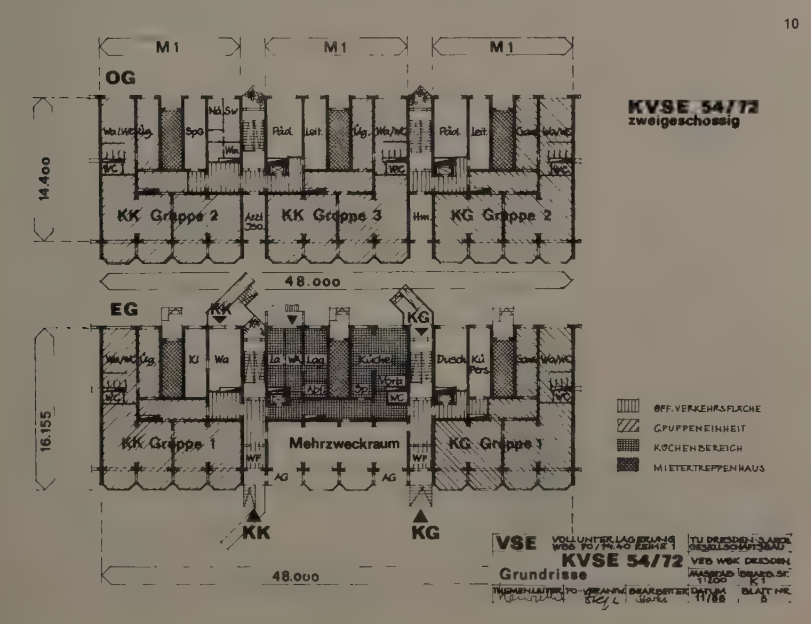
Mit der Integration von Vorschuleinrichtungen in die Wohnbausubstanz werden außerdem wichtige stadtgestalterische Vorteile erreicht:

- Vermeiden unnötiger Aufweitung einer geschlossenen Bauweise durch einzeln stehende Gebäude
- kein Blick auf unschöne Flachdächer
- bessere Maßstäblichkeit der Wohnhöfe – Bereicherung des architektonischen Ausdrucks der Wohnbauten.

Wechselseitige Lärmbelästigung zwischen Bewohnern und Kindern müssen bereits in der Projektphase weitgehend ausgeschlossen werden durch

- geringere Konzentration von Kindern in kleineren Einrichtungen mit 2 bis 3 (max. 4) Gruppen (Doppelgruppen)
- günstige Einordnung der Hauptspielflächen (Gerätespielplatz) in größerer Entfernung von den Wohnungen
- gute Schalldämmung im Gebäudeinnern zwischen Gruppenräumen und Wohnungen.

Mit dem Angebot von Lösungen verschiedener Größen mit hohen Gebrauchswerteigenschaften und ansprechender Gestaltung in der dafür geeigneten WBS 70/14.40 soll ein Beitrag zum sparsamen Umgang mit Baukapazität und Energie geleistet werden.



Literatur

[1] Düsterhöft, J.: Entwicklung mehrgeschossiger Funktionsunterlagerung gesellschaftlicher Einrichtungen für den innerstädtischen industriellen Wohnungsbau Diss. A TU Dresden 1989

[2] Schöler, K.-J.: Zur räumlich-funktionellen Verflechtung der Bereiche der Kinder in der Wohnumwelt
Diss. A TU Dresden 1975

[3] Starke, G., Trauzettel, H., Ziege, M.: Mehrgeschossige Funktionsunterlagerung von Vorschuleinrichtungen in WBS 70/14.40, WBS 63 KN, WBS 70G.
Forschungsberichte, TU Dresden 18/4, 1986, 1987, 1988 AG: WBK Dresden

[4] Trauzettel, H.; Wagner, D.: Lösungsvarianten zur Komplettierung innerstädtischer Umgestaltungsgebiete mit Vorschuleinrichtungen und Schulen
Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6

[5] Wirth, S.: Betriebskostenanalyse Vorschuleinrichtungen. Seminararbeit TU Dresden, Lehrstuhl Gesellschaftsbauten 1985

[6] Ziege, M.: Bau- und Architekturökonomie
Diss. B TU Dresden 6/1989 und in Architektur der DDR 7/1989

Parkprobleme in den Zentren von Klein- und Mittelstädten

Dr.-Ing. Günter Schultz, Bauakademie der DDR,
Institut für Städtebau und Architektur

Nach Einschätzung der Büros für Städtebau gab es bereits zu Beginn der 80er Jahre in rd. 80 % der Kreisstadtzentren Parkprobleme. Während damals nur der zufließende Besucher- und Touristenverkehr den öffentlichen Parkraum der Altstädte mit mittelalterlichem Grundriß zeitweilig überforderte, nehmen in letzter Zeit im Zusammenhang mit städtebaulichen Umgestaltungen auch die Schwierigkeiten zu, die Fahrzeuge der Zentrumsbewohner unterzubringen; oft vervielfacht sich das Parkbedürfnis durch höhere Einwohnerdichten und Zuzug jüngerer Menschen, während das Parkraumangebot durch Lückenschließungen und Hofbegrünungen, gelegentlich auch durch Gestaltung von Fußgängerbereichen zurückgeht. Die Lösung des Parkproblems liegt nicht nur im Interesse der Autobesitzer, da erfahrungsgemäß Stellplatzdefizite letztlich auf Kosten der Umgebungsqualität durch ordnungswidriges, später sanktioniertes Parken auf Geh- und Radbahnen, auf Freiflächen und in Höfen ausgeglichen werden.

Parkbedürfnis

Eine für städtebauliche Betrachtungen besonders geeignete Kennziffer ist die Bedarfsdichte. Sie bezeichnet die potentielle Flächenbeanspruchung durch ruhenden Verkehr, die zwar auch in Gebiete außerhalb des Zentrums verlagert, jedoch nur in geringem Umfang durch Parkbeschränkungen wirklich herabgezont werden kann. Die Kennwerte der Tabelle 1 stammen aus Umfragen und Beispieluntersuchungen sowie aus Bebauungskonzeptionen, die zur Begutachtung vorgelegt wurden. In der außerordentlich großen Streuung der Dichtewerte spiegelt sich, da einheitliche Bedarfs-Kennzahlen benutzt wurden, primär die unterschiedliche Art und Intensität der baulichen Nutzung wider. Größeren Einfluß haben aber auch, wie bei allen städtebaulichen Dichte-Kennziffern, die Modalitäten der Gebietsabgrenzung. Die niedrigen Bedarfsdichten in einem Teil der Kreisstädte erklären sich teils aus dem Abgang von Gebäuden, teils aus der Tatsache, daß über die Altstädte hinausgreifende Stadtzentren häufig Freiflächengürtel und locker bebaute Streifen einschließen.

Tabelle 1: Stellplatzbedarf bei einer Motorisierung von 1 Pkw/3,5 Einwohner

	Bedarf /Stp./WE/	Bedarfsdichte /Stp./ha/	Grundlage
72 Kreisstädte	1,29 (1,15...1,67)	40 (13...93)	heutige Flächennutzung der Stadtzentren
Mühlhausen	1,21	74	städtebauliches Programm für die Altstadt
Stralsund	1,32	87	städtebauliches Programm für die Altstadt
11 Bebauungskonzeptionen	1,06 (1,00...1,16)	110 (74...194)	Konzeptionen für Wohnbereiche der Innenstädte 80 % Neubau-WE (51...100 %)

Bedarfswerte: Bedarf der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Einzelhandel und Gastronomie, bezogen auf die Anzahl der Wohnungen und auf die Fläche
Werte in Klammern: Spannweite der Werte der einzelnen Städte

Tabelle 2: Straßennetzparameter von 14 Altstädten

	Mittelwert /m/	Streuung[1] /m/
Maschenweite[2]	88	58...158
Straßenraumbreite		
– alle Straßen	8,8	6,4...12,0
– Hauptnetzstraßen	12,5	7,7...16,6
– Fußgängerbereiche	10,5	8,2...14,9

[1] Spannweite der Mittelwerte der einzelnen Städte
[2] gemessen zwischen den Straßenachsen

Tabelle 3: Stellplatzangebot (vergleiche Tabelle 1)

	Angebotsdichte im Zentrum /Stp./ha/		Bedarfsdeckung /%/ im Zentrum			Stellplatzangebot
	Straßen	straßenfrei	Straßen	straßenfrei	Randparkplätze	
72 Kreisstädte	3 (0...16)	7 (0...25)	8	19	<10 (63 Städte) >20 (4 Städte)	heute
Mühlhausen	5	17	7	23	14	heute
	13		17		20	bei Intensivierung
Stralsund	12	21	14	25	10	heute
	15		18		17	bei Intensivierung
11 Bebauungskonzeptionen	17 (5...33)	16 (0...38)	15 (4...31)	15 (0...38)	14; 24 (2 Städte)	geplant

Bedarfsdeckung: in % des Prognosebedarfs nach Tabelle 1
Werte in Klammern: Spannweite der Werte der einzelnen Städte
Mühlhausen und Stralsund: straßenfreie Stellplätze künftig in Abhängigkeit von der städtebaulichen Umgestaltung

Die extrem hohen Bedarfsdichten einiger Bebauungskonzeptionen resultieren sowohl aus der Geschoßflächendichte der Neubebauung als auch aus der Beschränkung auf reine Wohnbereiche.

Die Daten machen deutlich, daß die im Zentrum beheimateten Fahrzeuge der beherrschende Bedarfsträger sind. Aufschlußreich ist deshalb ein Vergleich mit Neubauwohngebieten: Bei vorwiegend fünfgeschossiger Bebauung liegt die Bedarfsdichte prognostisch bei 100 Stellplätzen/ha, d. h. in einer durchaus vergleichbaren Größenordnung. Die ungleich schwierigere Parksituation in den Zentren hat also nicht nur in der Bebauungsdichte, sondern auch in den Besonderheiten der baulich-räumlichen Struktur ihre Ursache. In diesem Zusammenhang muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß vergleichende Problemanalysen anhand empirischen Materials zu Trugschlüssen verleiten, da die Motorisierung in Altstädten durch Überalterung der Bewohner z. Z. oft nur bei 50 % des Stadtdurchschnitts liegt.

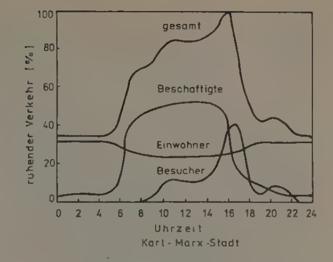
Die für die Bedarfsermittlung herangezogenen TGL-Richtwerte werden ver-

1 Tagesgang des ruhenden Verkehrs im Stadtzentrum
Bei völliger Verdrängung des Berufsverkehrs kann der Stellplatzbedarf in der Großstadt theoretisch um 35...40 %, in der Mittelstadt dagegen nur um 10...15 % verringert werden. Im Zentrum von Karl-Marx-Stadt entfallen auf eine Wohnung 6,0 Arbeitsplätze, in Stendal dagegen nur 1,3 Arbeitsplätze. Die Informationen stammen aus Haushaltsbefragungen und berücksichtigen deshalb den über die Stadtgrenze zufließenden Verkehr nicht.

2 Gravierende Veränderung des Straßenraumes in einer Altstadt durch Zurücknahme der Baufluchten und Fahrgassenverschwenkungen

3 Heutiges Stellplatzangebot in einem Quartier mit aufgelöster Bebauung

4 Lärmhygienisch problematische Einordnung von Lieferbereichen und Stellflächen



ständlicherweise der tatsächlichen Stellplatznachfrage nur näherungsweise gerecht. Stichprobenartige Untersuchungen weisen darauf hin, daß die Tabelle 1 eher zu niedrige als zu hohe Bedarfswerte ausweist:

– Der reale Parkbedarf der Beschäftigten lag bereits um 1980 bei 1 Stellplatz/10 Beschäftigte. Die TGL-Vorgabe 1 Stellplatz/8...15 Arbeitsplätze ist also im eigentlichen Sinne kein Bedarfswert, sondern eine Planungsgröße, die bereits in hohem Maße verkehrspolitisch beabsichtigte Restriktionen berücksichtigt.

– Der Richtwert 1 Stellplatz/25...40 m^2 Verkaufsfläche wird günstigstenfalls dem normalen Einkaufsverkehr gerecht. Touristenverkehr, der gerade in der betrachteten Städtekategorie z. T. einen erheblichen Umfang annimmt, verlangt weit höhere Stellplatzangebote.

Wegen der im Zentrum vorherrschenden Wohnfunktion ist in den meisten Klein- und Mittelstädten die Chance, durch Verdrängung der im Berufsverkehr eingesetzten Kfz die Parksituation zu entspannen, entschieden geringer als in Großstadtzentren mit hohem Arbeitskräftebesatz. Den möglichen Effekt von Parkrestriktionen veranschaulicht die Analyse des ruhenden Verkehrs von zwei Stadtzentren, deren Funktionsmischung charakteristisch für Mittel- und für Großstädte ist (Bild 1). Die Tagesganglinien der Mittelstadt lassen darüber hinaus erkennen, daß mehr als die Hälfte der zufließenden Fahrzeuge des Berufs- und Besucherverkehrs auf den tagsüber von beheimateten Kfz geräumten Stellflächen Platz finden könnten. Bei der verbreiteten Konzeption, die Fahrzeuge der Beschäftigten in Randparkräume, die Besucherfahrzeuge auf Straßenstellplätze und die beheimateten Kfz in Garagen zu lenken, kann diese sogenannte Mehrfachnutzung der Stellplätze nicht realisiert werden, so daß für die Bedienung der gleichen Fahrzeugmenge mehr Stellplätze erforderlich sind (in dem Beispiel etwa 25 %).

Straßenparkräume

Die Ergebnisse einer Grundrißanalyse von 14 Altstädten, deren Gründung oder erste urkundliche Erwähnung als Stadt in das 13. Jahrhundert fällt, verdeutlichen, daß nur ein geringer Teil der Straßen querschnittsmäßig überhaupt für die Ausweisung von Straßenstellplätzen in Betracht kommt (Tabelle 2). Geht man z. B. von der verkehrstechnischen Forderung aus, zur Vermeidung von Fahrzeugbeschädigungen, Staus und Umwegfahrten die Fahrbahnen soweit als möglich für Lkw im Gegenverkehr auszulegen, könnten selbst bei Anwendung der gerade noch zulässigen Gehbahnbreite von 1,5 m theoretisch in ca. 70 % der Straßen keine Stellplätze eingeordnet werden, und lediglich in ca. 5 % der Straßen würde die in Neubauwohngebieten übliche Lösung mit Senkrechtaufstellung zu beiden Seiten der Fahrbahn Platz finden. Einschränkende Bedingungen sind ferner die zahlreichen Grundstückszufahrten und Anlieferungsbereiche sowie der Umstand, daß gerade die breitesten Straßen häufig Fußgängerbereiche sind oder Hauptnetzfunktion haben (Tabelle 2).

Bei der jetzt erreichten Auslastung der Straßen geht bei Belassung der Baufluchten im allgemeinen jede Vermehrung der Straßenstellplätze zu Lasten des fließenden Verkehrs. Empfohlen wird die Herausarbeitung eines stark konzentrierten Netzes von Versorgungsstraßen mit ausreichenden Querschnitten für Lkw-Begegnungen. Standortveränderungen der zu versorgenden Betriebe und Einrichtungen können diesem Anliegen entgegenkommen. In dem übrigen Netz kann dann der Straßenparkraum mit der Maßgabe maximiert werden, Umwege durch Einbahnstraßen nur bei mäßigem Verkehrsaufkommen sowie schwierige oder unmögliche Begegnungen nur bei geringer Begegnungswahrscheinlichkeit zuzulassen.

Die bisherigen Analysen lassen die Schlußfolgerung zu, daß im allgemeinen weniger als 20 % des prognostischen Stellplatzbedarfes im Straßenraum unterzubringen sind (Tabelle 3). Von Interesse dürfte der Hinweis sein, daß in Neubauwohngebieten mit fünfgeschossiger Bebauung die Parkstreifen zu beiden Seiten der Anliegerstraßen immerhin rd. 50 % des Prognosebedarfes befriedigen. In Zentren mit weitge-

hender Neubebauung liegt der Dekkungsgrad wegen der höheren Bedarfsdichte geringfügig niedriger, obwohl das flächenspezifische Stellplatzangebot durch Zurücknahme der Baufluchten durchaus größer sein kann (z. B. entfallen bei den 11 Bebauungskonzeptionen rd. 70 %, in Stralsund dagegen nur 6 % der Stellplätze auf Senkrechtaufstellungen). In den kaum an vorhandene Proportionen anknüpfenden neuen Straßenräumen finden sich z. T. auch verkehrsberuhigende Lösungen mit verschwenkten Fahrgassen (Bild 2).

Straßenfreie Parkräume

Die verfügbaren Informationen bieten zwar ein sehr heterogenes Bild, lassen jedoch einige tendenzielle Einschätzungen zu (Tabelle 3). Die straßenfreien Parkanlagen innerhalb der Zentren, zu denen hier auch die mit Kfz belegten Stadtplätze gerechnet werden, haben gegenwärtig eine wesentlich größere Stellplatzkapazität als die Straßennetze selbst bei maximaler Ausnutzung. Nur ein geringer Teil dieser Stellplätze entfällt auf Parkplätze außerhalb der Quartierbebauung. Überwiegend werden offene Stellplätze und Garagen in Baulücken sowie auf Rest- und Hofflächen angeboten. Zahlreich sind z. T. auch die Einstellplätze in Vorder- und Nebengebäuden sowie Abstellungen in ehemaligen Durchfahren. Das Erscheinungsbild ist sehr unterschiedlich; während z. B. in Stralsund 95 % der Stellplätze von der Straße aus erkennbar an den Quartierrändern oder auf größeren beräumten Flächen liegen (Bild 3), befinden sich die Stellplätze in Mühlhausen zu 80 % von Gebäuden verdeckt in den Höfen.

Bei städtebaulicher Umgestaltung entfallen die Stellplätze im Quartierbereich weitestgehend, da eine geschlossene Blockrandbebauung und eine Gestaltung ruhiger, begrünter Höfe angestrebt wird. Bei den bisher vorgelegten Bebauungskonzeptionen mit überwiegender Neubebauung werden diese Stellplatzverluste zum Teil durch Parkflächen außerhalb der geschlossenen Bebauung kompensiert. Nur wenige Stellplätze werden wieder in den Quartierbereich integriert. Vorherrschend sind Lösungen in Verbindung mit rückwärtigen Anlieferbereichen, die die Forderung nach Gewährleistung einer ruhigen Wohnseite entweder gar nicht oder – bei Lage an einem Fußgängerbereich – nur teilweise erfüllen (Bild 4). Eine Ausnahme bilden bisher neue Quartierstrukturen, die Stellplätze in den ehemaligen Grundstücksbereich einbeziehen (Bild 5).

Randparkplätze gibt es in vielen Städten bisher überhaupt nicht, und die bereits verfügbaren Anlagen können gewöhnlich nur einen bescheidenen Beitrag zur Deckung des Stellplatzbedarfes leisten (Tabelle 3). Ebenso sind planmäßig für Zentrumsbewohner in günstiger Distanz angelegte Garagenkomplexe mit wirklichem Entlastungseffekt noch die Ausnahme (Bild 6). In einem Drittel der Bebauungskonzeptionen werden zwar derartige Garagenkomplexe, die bis zu 50 % des künftigen Bedarfes decken sollen, vorgesehen, die dafür benötigten Flächen sind jedoch bisher nicht gesichert. Vermutlich haben jedoch zahlreiche Zentrumsbewohner bereits Garagen auf Standorten, die dem Zentrum nicht planmäßig zugeordnet wurden. Nach einer repräsentativen Erhebung aus dem Jahre 1987 stehen gegenwärtig den Zentrumsbewohnern innerhalb und außerhalb des Zentrums Garagen für zwei Drittel der vorhandenen Pkw zur Verfügung, die wegen der teilweise großen Distanz zur Wohnung (im Mittel 1,9 km) jedoch normalerweise nur zu 65 % ausgelastet werden /1/. Diese derzeit genutzte Garagenkapazität könnte theoretisch bis zu 20 % des gesamten prognostischen Parkbedürfnisses befriedigen. Bei Umgestaltung des Zentrums gehen allerdings – wie bereits mitgeteilt wurde – die innerhalb des Stadtzentrums gelegenen Garagen weitestgehend verloren. Ein Teil dieser Verluste wird vermutlich dadurch kompensiert, daß bei Umgestaltung zuziehende Personen Garagen am alten Standort weiter nutzen.

Lösungsansätze

Sowohl die bisher vorgelegten Bebauungskonzeptionen, die erhebliche strukturelle Veränderungen vorsehen, als auch die analytischen Überlegungen zum Ausbau der Parksysteme bei weitgehender Strukturerhaltung weisen einen planerisch nicht gesicherten Parkraum in der Größenordnung von 50 % des Prognosebedarfes aus. Stellplatzdefizite dieses Umfanges sind verkehrsorganisatorisch nicht beherrschbar und stellen deshalb (wegen der voraussehbaren Inanspruchnahme aller von Kfz erreichbaren Flächen) eine potentielle Bedrohung der stadthygienischen Qualität dar. Inwieweit die ausgewiesenen Analysedaten als repräsentativ angesehen werden können, ist z. Z. schwer abschätzbar. Beispielsweise weisen die Kleinstädte gegenüber den Mittelstädten weder bei der Bedarfsdichte noch hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit für ruhenden Verkehr innerhalb des Zentrums und in dessen näherer Umgebung signifikante Unterschiede auf, obwohl subjektiv ein anderer Eindruck entsteht.

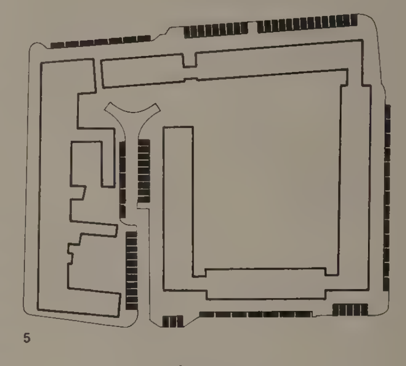
Die Schwierigkeiten der Nachrüstung mit Parkanlagen wachsen progressiv mit der Bedarfsdichte, da im allgemei-

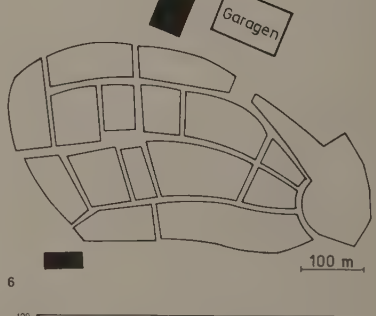
5 Parkraum im ehemaligen Grundstücksbereich bei veränderter Quartierstruktur

6 Parkräume in einem Niederungsgebiet am Altstadtrand für über 50 % des Prognosebedarfs

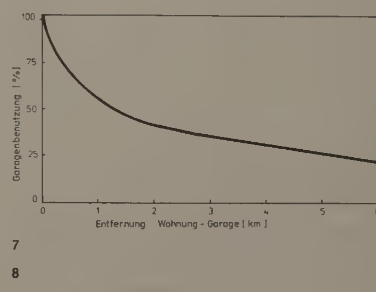
7 Benutzung der Garagen in Abhängigkeit von der Entfernung zur Wohnung nach /1/. Bei Parkplätzen nimmt die Ausnutzung noch stärker mit der Entfernung ab.

8 Flächenbedarf einer halbversenkten Reihengarage für 50 % des Prognosebedarfes in einem Altstadtquartier mittlerer Größe (Bedarfsdichte 80 Stellplätze/ha; Quartiergröße 0,6 ha; benötigte Hoffläche 20 %)

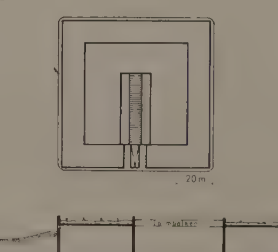

5



6



7

8


nen dem steigenden Flächenbedarf des ruhenden Verkehrs ein abnehmendes Flächenangebot gegenübersteht. Wegen des in Klein- und Mittelstädten vorherrschenden Parkbedürfnisses der im Zentrum beheimateten Kfz bilden deshalb angemessene Einwohnerdichten die besten Voraussetzungen für die Lösung des Parkproblems. Größeren Einfluß haben darüber hinaus die Geschoßanzahl der Wohnbebauung, das Bebauungsverhältnis und der Charakter der baulich-räumlichen Struktur.

Randparkräume, die neben dem ruhenden auch den fließenden Verkehr vom Zentrum fernhalten, haben international besonders bei historischen Altstädten verkehrsplanerisch einen hohen Stellenwert. Durch eine zielstrebige Politik der Flächensicherung und -freilenkung sollte es vielerorts möglich sein, die bisher eher bescheidenen Stellplatzangebote außerhalb der Zentren planmäßig zu erweitern. Da erfahrungsgemäß die Kapazitätsausnutzung der Anlagen mit zunehmender Distanz zum eigentlichen Verkehrsziel abnimmt (Bild 7), sind günstig dem Zentrum zugeordnete Standorte für die Verkehrsplanung nicht eine Frage der Bequemlichkeit für Autofahrer, sondern der Schlüssel zur Erzielung wirklicher Entlastungseffekte. Für flächendeckende Parküberwachungen, die auch die Annahme entlegener Parkanlagen erzwingen, fehlen im allgemeinen die personellen Voraussetzungen.

Der Straßenraum innerhalb der Zentren bietet in vielen Städten noch Reserven, die nach den Analyseergebnissen jedoch nicht grundlegend zur Lösung der Parkprobleme beitragen können. Langfristig werden sogar die Forderungen, schmale Gehbahnen und architektonisch bedeutende Stadtplätze wieder frei zu machen, das System der Fußgängerstraßen auszubauen sowie Mischverkehrsflächen und Radtrassen einzurichten, die Straßenstellplätze wieder zurückgehen lassen. Bei städtebaulicher Umgestaltung muß deshalb der gegenwärtige Trend, außerdem die Stellplätze im Quartierbereich abzubauen, der Zielstellung weichen, alle funktionell und stadthygienisch zulässigen Möglichkeiten der Erhaltung und Erweiterung des straßenfreien Parkraumes auszuschöpfen:

– Garagen im Erdgeschoß der Vorderhäuser verbessern die Parkbilanz vor allem dann, wenn die als Garagenzufahrt benötigte Straßenfläche ohnehin keine Stellplätze aufnehmen kann. Dem individuellen Wohnungsbau im Zentrum bieten sie zusätzliche Anreize. Gestalterisch problematisch kann allerdings eine dichte Folge von Garagentoren sein.

– Kleinere Stellplatzanlagen auf der straßenabgewandten Seite der Wohngebäude sollten bei reihenhausartiger Bebauung weiterverwendet werden, wenn im wesentlichen nur die Fahrzeugbesitzer selbst (z. B. durch abschirmende Grundstücksmauern) vom Lärm betroffen sind.

– Städtebaulich wenig exponierte Baulücken sollten vorerst nicht geschlossen werden, wenn später von dort aus Tief- oder halbversenkte Garagen in den Hofbereich eingeordnet werden können.

– Quartiere mit flächenhaft abgängiger Bausubstanz sollten mittelfristig als Parkplätze genutzt werden, wenn deren Flächenzuschnitt und Lage eine spätere Überbauung mit mehrgeschossigen Garagen oder mit perspektivisch wünschenswerten Gesellschaftseinrichtungen (wie Schwimmhallen und Freizeitzentren) erlaubt.

– Bei größerem Anteil Neubebauung kann in vielfältiger Weise durch Veränderung der baulich-räumlichen Struktur Parkraum außerhalb geschlossener Quartiere gewonnen werden.

Eine Modellrechnung unter Verwendung der analytisch gewonnenen Daten soll den Flächenbedarf für den Zeithorizont, zu dem noch keine Parkbauten realisiert werden können, größenordnungsmäßig abstecken: Können vorerst nur 50 % des Prognosebedarfs durch Straßenstellplätze innerhalb des Zentrums sowie durch Parkflächen und Garagen außerhalb des Zentrums gedeckt werden, müßten z. B. bei einer mittleren Quartiergröße von 0,6 ha (siehe Tabelle 2) und bei einer Bedarfsdichte von 80 Stellplätzen/ha etwa 10 % der gesamten Grundstücksfläche des Zentrums als Parkplätze zur Verfügung stehen. Beispielsweise könnte also ein vollständig als Parkplatz genutztes Quartier 10 bebaute Quartiere mitversorgen.

Der Flächenbedarf innerhalb des Zentrums verringert sich in dem Maße, in dem Parkräume im weiteren Stadtgebiet hinzugewonnen sowie die Flächen durch Parkbauten intensiver genutzt werden. Eine besonders strukturschonende Möglichkeit ist die Einordnung von Stellplatzanlagen in größere Quartiere, die nicht durch Gewerbe- und Kindereinrichtungen flächenmäßig stark belastet sind. Städtebaulich optimal ist zweifellos die Tiefgarage. Eine in vieler Hinsicht vorteilhafte Alternative, auf die hier abschließend noch eingegangen werden soll, ist nach /2/ die halbversenkte, begrünte Doppelreihengarage mit schalldämmender, eine natürliche Belüftung gewährleistender Überdachung der Fahrgasse durch Schallschutzbalken oder -raster (Bild 8): die Baukosten sind entschieden niedriger (nach /2/ um 37 %); die laufenden Aufwendungen für Beleuchtung und Belüftung entfallen weitestgehend; die von den Nutzern vor allem geforderte Boxabtrennung ist von vornherein gegeben; Bäume können in fortgelassene Boxsegmente eingeordnet werden. Hinzu kommen die günstigen materiellen Voraussetzungen in der DDR, denn Elemente für Reihengaragen werden von mehreren Betrieben serienmäßig hergestellt, und auch die Möglichkeit einer preiswerten Dachbegrünung ist inzwischen hinreichend belegt worden (siehe /3/). Derartige Garagen könnten rechnerisch auch bei nicht begehbar gestalteten Dächern in entkernten Quartieren mittlerer Größe das hypothetische Defizit von 50 % des Prognosebedarfs dekken (Bild 8).

Stadt- und Verkehrsplanung müssen gemeinsam nach Wegen zur Lösung des Parkproblems suchen. Im Rahmen der Leitplanungen für Stadtzentren sollten Parkkonzeptionen für mehrere Zeithorizonte auf der Basis realistischer Ansätze zur Flächenverfügbarkeit und zum Investitionsvolumen für flächensparende Parkbauten entwickelt werden. In den Bebauungskonzeptionen sollten geeignete Quartiere durch Freilassung ausreichend breiter Baulücken sowie durch zweckmäßige Leitungsverlegung und Bepflanzung für eine spätere Aufnahme von halbversenkten Hofgaragen planerisch vorbereitet werden. Durch weitere Untersuchungen sind die Anwendungsfälle des hier vorgestellten Garagentyps und der halbversenkten Garage mit geschlossener Fahrgasse abzugrenzen.

Literatur

/1/ Die Entwicklung des städtischen Personenverkehrs in der DDR 1972–1987. Hrsg.: TU Dresden, Sektion Bauingenieurwesen, Dresden 1988

/2/ Teichgräber, W.; Sprenger, J.; Wiebusch-Wothge, R.: Zweckmäßige Anordnung und Ausbildung von Einstellplätzen in hochverdichteten bestehenden und neuen Baugebieten. Hrsg.: Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Verkehrswesen, Bochum 1985

/3/ Eisentraut, W.-R.: Freiräume auf Dachflächen als Beitrag zu Qualität und Effektivität der Wohngebiete.
1984. Dresden, Techn. Univ., Diss. A

3 D-Simulationsmodell zur Bewertung von Straßentrassen

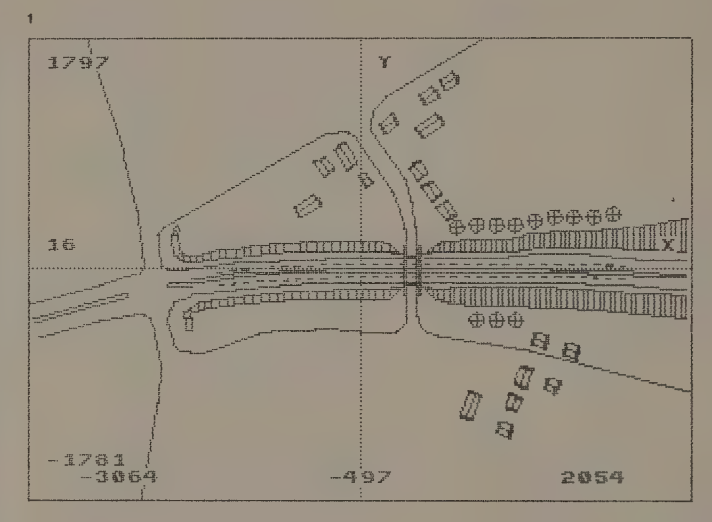
Dipl.-Ing. Andreas Thierbach (Programmautor)
Dr.-Ing. Dietz Kohlhoff (Bereichsleiter Verkehrsplanung)
Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt Frankfurt (Oder)

Üblicherweise erfolgt der Entwurfsprozeß von Straßen anhand vielfältiger Bearbeitungs- und Entscheidungsprozesse im Längsschnitt und im Grundriß unter Festlegung geeigneter Querschnitte. Die einzelnen Entwurfselemente sind dabei durch ein entsprechendes aktuell gehaltenes Regelwerk (z. B. /1/ oder /2/) verknüpft. Das Einhalten dieser Regeln garantiert weitgehend gute fahrtechnische Bedingungen für die späteren Verkehrsbewegungen.
Stets wünschenswerte dreidimensionale Darstellungen blieben Ausnahmen im Entwurfsprozeß. Ein im Büro für Stadtplanung weiterentwickeltes 3 D-Simulationsprogramm für den Kleincomputer (KC 85) ermöglicht, zumindest teilweise, eine Lücke im Beurteilungsverfahren zu schließen. Auf weiterreichende Nutzungen des Pogramms wird in /3/ ausführlicher eingegangen.
Als Beispiel dient eine geplante Straßenverbindung im Süden von Frankfurt (Oder). Eine seit Jahren schrittweise ausgebaute vierspurige Hauptverkehrsstraße soll komplettiert werden. Auf der Grundlage eines zur Minimierung des Arbeitsaufwandes vereinfachten Lageplans werden die notwendigen Informationen für den Rechner erstellt (im Beispiel etwa 1 Arbeitstag). Das Programm ermöglicht neben anwenderfreundlichen Manipulationen der Eingabedaten und entsprechender Linienverknüpfungen die Betrachtung des Entwurfsgegenstandes am Monitor und das Ausdrucken aus jeder beliebig angenommenen, stadtplanerisch interessanten Höhe und aus jedem Winkel. Für die Verkehrsplanung interessant ist die Möglichkeit der Sequenzsimulation aus Fahrersicht auf der konzipierten Straße. Neben den darstellbaren Raumeindrücken können fahrtechnische Parameter wie Kuppen- oder Wannenausrundungen getestet werden. Einzeldarstellungen können detaillierten Architektur- und Städtebauschaubildern zugrunde gelegt werden. Auch das simulierte abschnittsweise Durchfahren der geplanten Räumlichkeit kann für verschiedene Zwecke genutzt werden.
Abbildung 1 zeigt den vereinfachten Lageplan für den zu untersuchenden Trassenabschnitt. In diesem Beispiel geht es besonders um die Durchfahrung einer Brücke am Stadtrand von Frankfurt (Oder), eine konkrete Planungssituation. Abbildung 2 zeigt die Möglichkeit der verkleinerten bzw. vergrößerten Ausschnittsdarstellung.

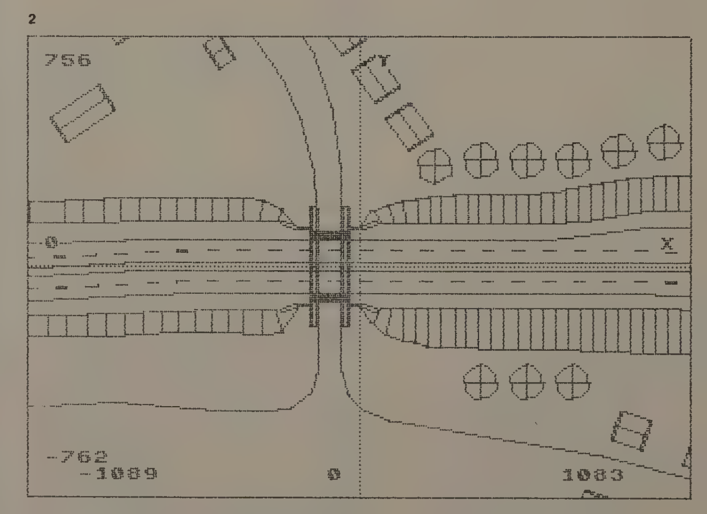
Die Abbildungen 3 bis 5 verdeutlichen die Möglichkeiten der Simulation aus unterschiedlichen Betrachtungshöhen. Die Abbildungen 6 bis 8 sollen stellvertretend für alle möglichen Sequenzen deutlich machen, wie die Fahrbewegungen simuliert werden können.

Ergänzend sei vermerkt, daß im vorliegenden Beispiel nur von einem Mindestmaß an Eingabedaten Gebrauch gemacht wurde. Die grafischen Möglichkeiten sind hier bei weitem nicht ausgereizt worden.

1

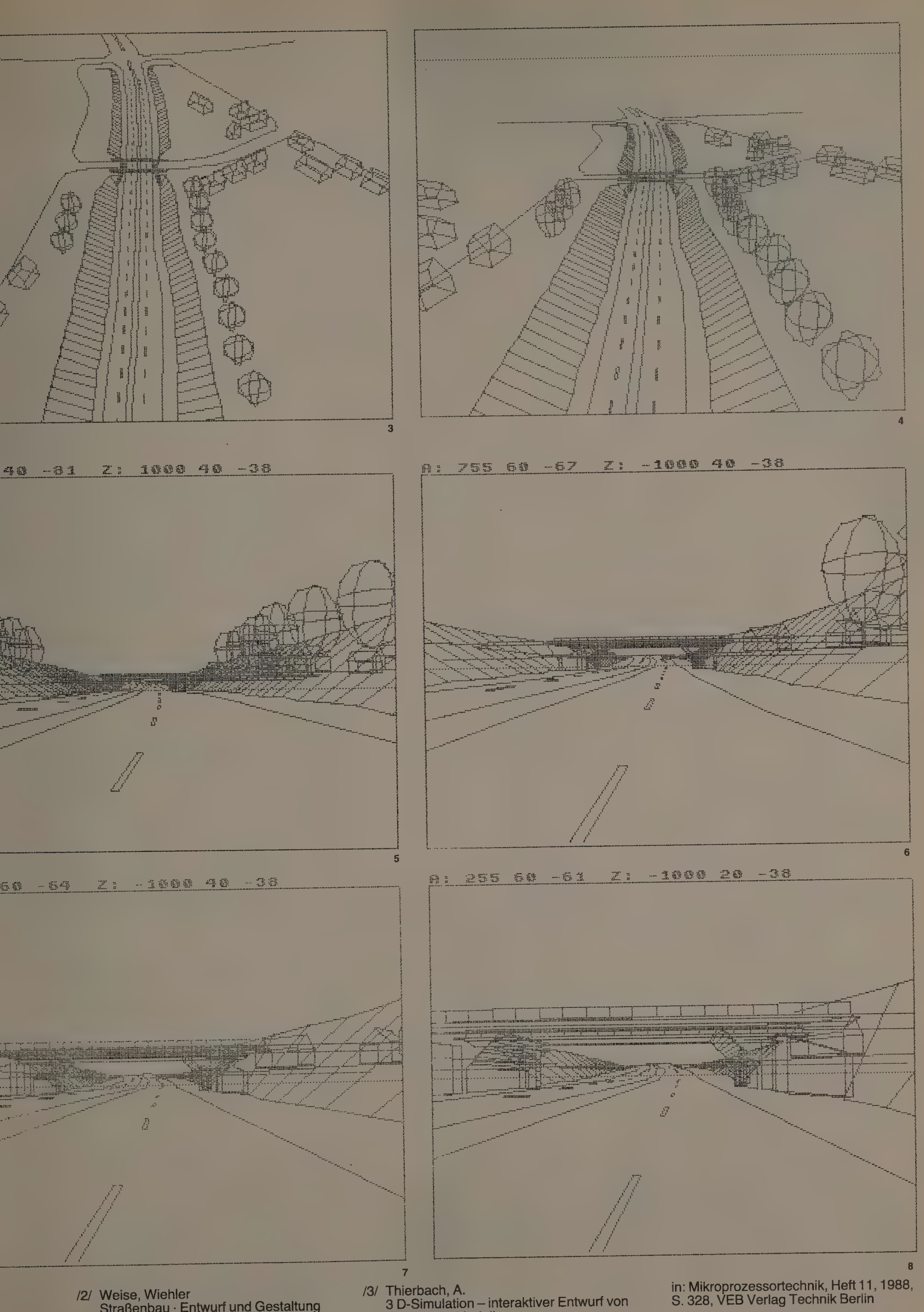


2



Literatur
/1/ Richtlinien für Stadtstraßen, Teil II
Ausgabe 1981

ZFIV, Institut für komplexe Transportprobleme,
Bauinformation, DDR, Berlin 1982



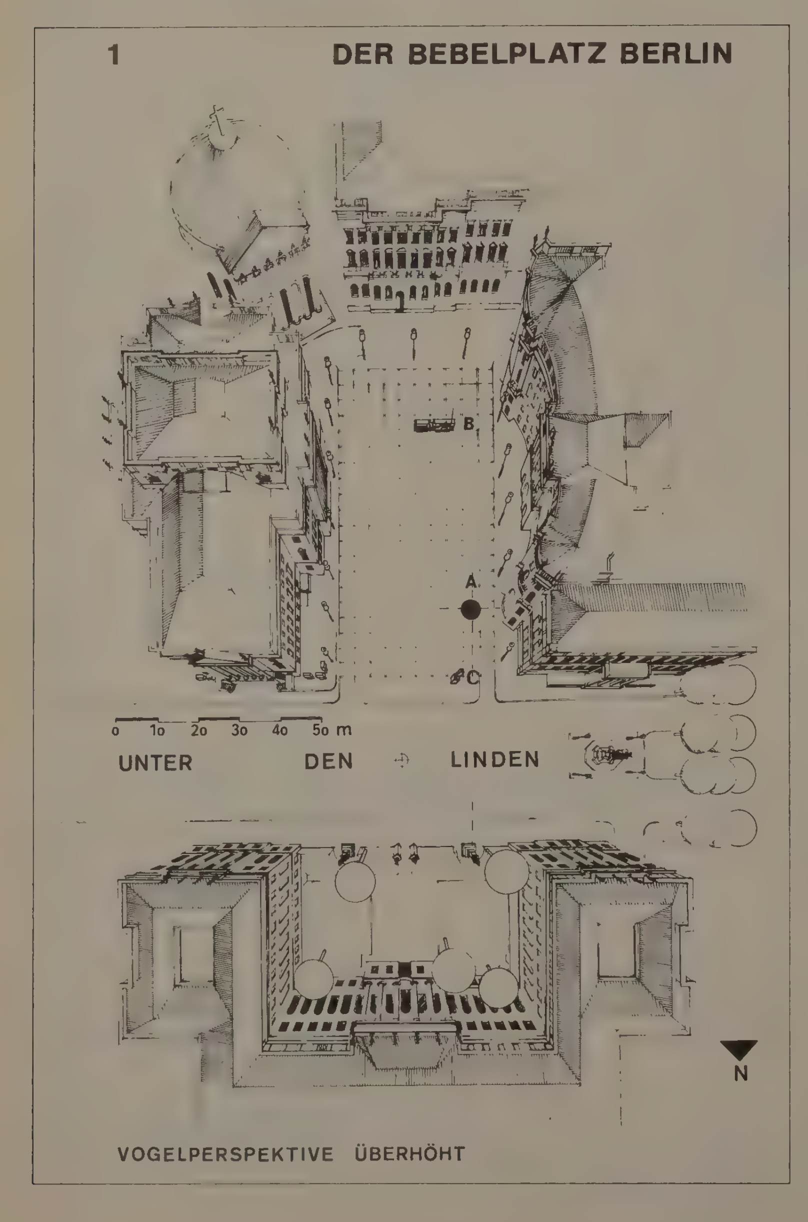
/2/ Weise, Wiehler
Straßenbau · Entwurf und Gestaltung
Band I, VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

/3/ Thierbach, A.
3 D-Simulation – interaktiver Entwurf von räumlichen Modellen
in: Mikroprozessortechnik, Heft 11, 1988, S. 328, VEB Verlag Technik Berlin

Leben eines Platzraumes

Theoretischer Teil der Diplomarbeit an der Kunsthochschule Berlin 1987/88

Konsultanten: Herr A. Behr – Bauakademie der DDR
Dr. H. Edeling – KHB
Prof. D. Kuntzsch – Fachgebiet Architektur KHB



Eine wechselvolle Geschichte prägte seit dem frühen 18. Jahrhundert den Charakter des heutigen Bebelplatzes Unter den Linden.

Aus gegenwärtiger Position lassen sich wesentliche Prozesse des sozialen Umbruchs an der Gestaltung und Nutzung dieses städtebaulichen Raumes ablesen.

Ausgehend von jeweiligen Stilprinzipien, kann man sowohl wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse als auch ästhetische Positionen nachvollziehen.

Trotz der Vielfalt seiner einzelnen Bauten ergibt das mit baukünstlerischen Auffassungen des Spätbarocks und Frühklassizismus verwirklichte Ensemble des Bebelplatzes eine gestalterische Einheit.

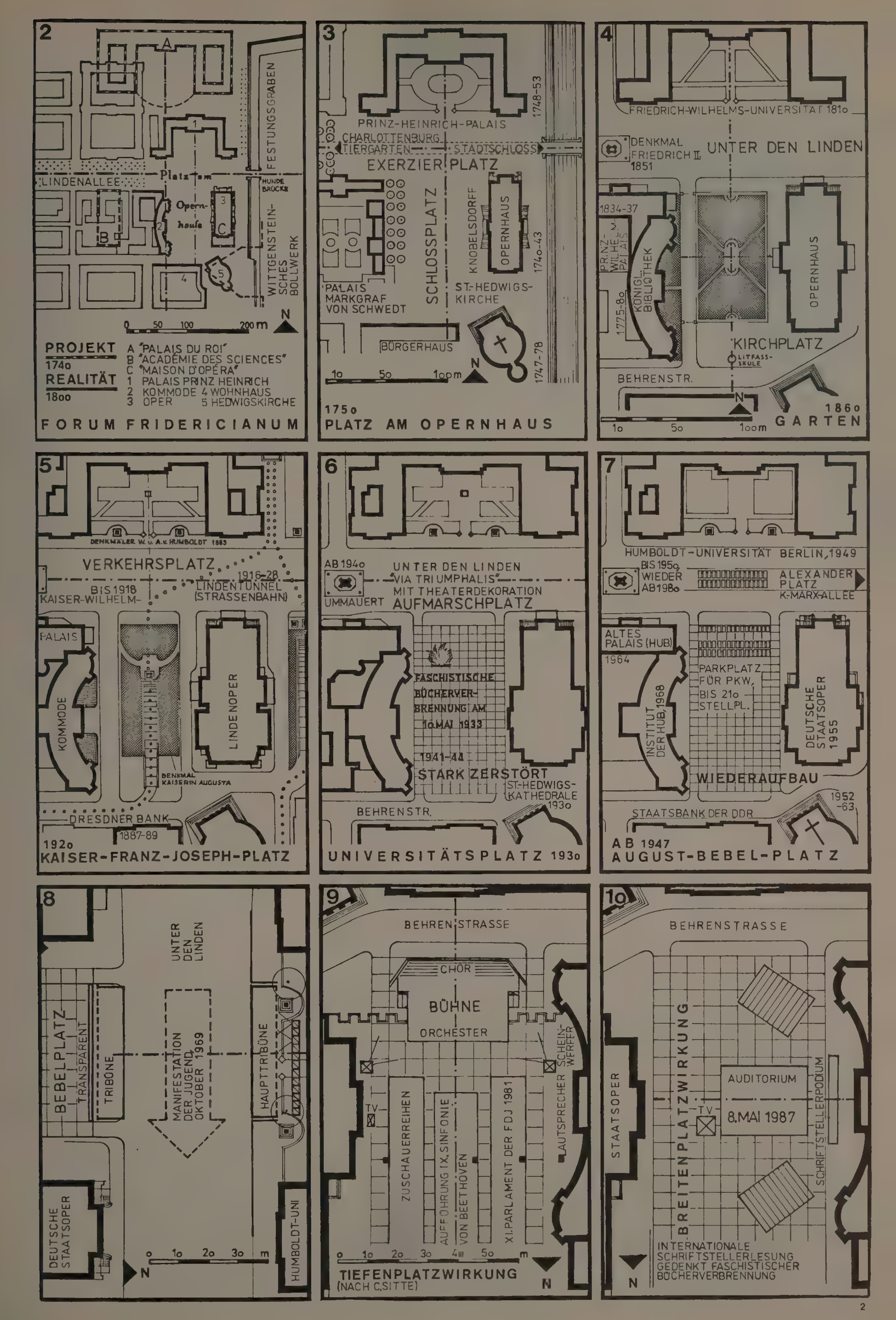
Unter Friedrich II. als repräsentatives Forum der politischen Behörde geplant, vereinigte der von Knobelsdorff und dem preußischen König selbst geforderte Forumsgedanke das architektonische Symbol seiner absolutistischen Macht mit der Wissenschaft und den Künsten. (2)

Zur uneingeschränkten Ausführung dieses Vorhabens kam es wegen der Errichtung der Potsdamer Residenz nicht mehr. Einzig das Knobelsdorffsche Opern- und Festspielhaus wurde von der ursprünglichen Gestaltungsidee verwirklicht. (2, 3)

In der Folgezeit bestimmten politische Institutionen des preußischen Staates

1 Der Bebelplatz in Vogelperspektive
A – Vorgesehene Position für das den Opfern der Bücherverbrennung gewidmete Denkmal, an dessen Konzeption der Berliner Bildhauer S. Krepp arbeitet.
B – Vorschlag zur Aufstellung des Berliner Revolutionsdenkmals von Mies van der Rohe, unterbreitet von den Professoren K. Wittkugel und D. Kuntzsch (1981)
C – Historistische Uhr, die für verschiedene Orte des alten Berlins, nicht aber für den Opernplatz nachweisbar ist, 1987 aufgestellt.

2 Der Platz in seiner Entwicklung



2
FESTUNGSGRABEN
LINDENALLEE
Platz am Opern-haufe
MUNDE BRÜCKE
WITTGENSTEIN-SCHES BOLLWERK
0 50 100 200 m
N
PROJEKT 1740
A "PALAIS DU ROI"
B "ACADÉMIE DES SCIENCES"
C "MAISON D'OPÉRA"
REALITÄT 1800
1 PALAIS PRINZ HEINRICH
2 KOMMODE 4 WOHNHAUS
3 OPER 5 HEDWIGSKIRCHE
FORUM FRIDERICIANUM
3
PRINZ-HEINRICH-PALAIS
1748-53
CHARLOTTENBURG
TIERGARTEN
STADTSCHLOSS
EXERZIER PLATZ
SCHLOSSPLATZ
KNOBELSDORFF
OPERNHAUS
1740-43
PALAIS MARKGRAF VON SCHWEDT
ST.-HEDWIGS-KIRCHE
BÜRGERHAUS
1747-78
10 50 100m
1750
PLATZ AM OPERNHAUS
4
FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT 1810
DENKMAL FRIEDRICH II. 1851
UNTER DEN LINDEN
1834-37
PRINZ-WILHELM-PALAIS
KÖNIGL. BIBLIOTHEK
1775-80
OPERNHAUS
KIRCHPLATZ
LITFASS-SÄULE
BEHRENSTR.
10 50 100m
1860
GARTEN
5
DENKMÄLER W. u. A. v. HUMBOLDT 1883
VERKEHRSPLATZ
1916-28
LINDENTUNNEL (STRASSENBAHN)
BIS 1918 KAISER-WILHELM-PALAIS
KOMMODE
LINDENOPER
DENKMAL KAISERIN AUGUSTA
DRESDNER BANK
1887-89
1920
KAISER-FRANZ-JOSEPH-PLATZ
6
AB 1940 UMMAUERT
UNTER DEN LINDEN
VIA TRIUMPHALIS
MIT THEATERDEKORATION
AUFMARSCHPLATZ
FASCHISTISCHE BÜCHERVERBRENNUNG AM 10.MAI 1933
1941-44
STARK ZERSTÖRT
ST.-HEDWIGS-KATHEDRALE 1930
BEHRENSTR.
UNIVERSITÄTSPLATZ 1930
7
HUMBOLDT-UNIVERSITÄT BERLIN,1949
BIS 1950 WIEDER AB 1980
ALEXANDER PLATZ
K.-MARX-ALLEE
ALTES PALAIS (HUB)
1964
INSTITUT DER HUB 1968
PARKPLATZ FÜR PKW, BIS 210 STELLPL.
DEUTSCHE STAATSOPER 1955
WIEDERAUFBAU
1952-63
STAATSBANK DER DDR
AB 1947
AUGUST-BEBEL-PLATZ
8
UNTER DEN LINDEN
BEBELPLATZ
TRANSPARENT
TRIBÜNE
MANIFESTATION DER JUGEND OKTOBER 1969
HAUPTTRIBÜNE
DEUTSCHE STAATSOPER
HUMBOLDT-UNI
0 10 20 30 m
N
9
BEHRENSTRASSE
CHOR
BÜHNE
ORCHESTER
SCHEINWERFER
TV
ZUSCHAUERREIHEN
AUFFÜHRUNG IX. SINFONIE VON BEETHOVEN
XI. PARLAMENT DER FDJ 1981
LAUTSPRECHER
0 10 20 30 40 50 m
TIEFENPLATZWIRKUNG (NACH C. SITTE)
N
10
BEHRENSTRASSE
STAATSOPER
BREITENPLATZWIRKUNG
TV
AUDITORIUM
8. MAI 1987
SCHRIFTSTELLERPODIUM
INTERNATIONALE SCHRIFTSTELLERLESUNG GEDENKT FASCHISTISCHER BÜCHERVERBRENNUNG
N

2



3

und die katholische Kirche wesentliche Funktionsanforderungen von Architektur und Platz.
An der baukünstlerischen Idee und ihrer Umsetzung wirkten neben Knobelsdorff bedeutende Architekten wie Boumann d. Ä., Ungers, C. F. Langhans und L. Hoffmann.
Mit der Ausprägung Berlins zur Weltstadt zeigte sich wachsende Dichte und urbane Vermischung. Als zentraler Ort des städtischen Lebens widerspiegelte die wechselvolle Gestaltung des Opernplatzes die Konfrontation zwischen aufstrebender bürgerlicher Bewegung und der Macht der Hohenzollernmonarchie. (4, 5)
Die faschistische Bücherverbrennung vor der Berliner Universität am 10. Mai 1933 kündete vom dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Dieser spektakuläre Akt des Nazi-Terrors gegen die gesamte humanistische Literatur brachte dem Ort ein immerwährendes Schandmal und führte letzten Endes bis zur Kriegszerstörung des Platzes. (6)
Die Wiederherstellung des Friedrichforums vollzog sich im Rahmen einer städtebaulichen Konzeption, die die Wiederherstellung des historischen Stadtbildes im Gebiet Unter den Linden durch Synthese von Alt und Neu für die (künftige) sozialistische Hauptstadt festlegt. (7)
Kulturpolitische Veranstaltungen sind seitdem Ausdruck des grundlegenden geschichtlichen Wandels, verwirklichen das humanistische Anliegen des bedeutenden Führers der deutschen Arbeiterbewegung August Bebel, dessen Name der Platz seit 1947 trägt. (8–10) Zu einem Höhepunkt gestaltete sich die internationale Schriftstellerlesung am 8. Mai 1987. Sie gedachte insbesondere der Opfer der faschistischen Bücherverbrennung. Davon geht eine diesem Ereignis gewidmete Denkmallösung aus. (8, 1)

Nachwort

Theoretische Diplomarbeiten im Architekturstudium an der Kunsthochschule Berlin verfolgen geistige Klärung beim Absolventen und zum Nutzen für die gesellschaftliche Praxis.
Holger Riebkes Schrift und Skizzen über den Bebelplatz entstanden parallel zur Diplom-Entwurfsaufgabe „Zentrum Berlin-Schönefeld", das für ein neues Wohngebiet ebenfalls einen Platz als Mittelpunkt hat – einen geplanten Ort, wenig vorhersehbar in seinem vitalen gesellschaftlichen zukünftigen Geschehen. Ein notwendiges Raum-Angebot.
Die Bebelplatz-Untersuchung zeigt am historisch gestandenen Beispiel Funktionsflexibilität, den Wandel ästhetischer Auffassungen zur Raumbildung und Zusammenhänge zwischen Baukörper und Freiraum.

Prof. Dietmar Kuntzsch

3–5 Der Bebelplatz mit Blick zur und von der Humboldt Universität

4



5



Gestalterische Grundwerte der Architektur
Thesen

Dr. sc. Olaf Weber

Der umfassende Wandlungsprozeß in unserer Gesellschaft muß im baulichen Sektor der Wirtschaft und der Kultur eine besonders starke Ausprägung erfahren. Die hausgemachten Impulse für diesen Abbau angestauter Probleme überlagern sich dabei mit den Tendenzen der internationalen Architektur und werden mit Sicherheit nicht nur die technischen Momente (Bautechnik und Baustoffe) oder die ästhetischen und sozialen Aspekte (Formensprache und Raumordnungen) betreffen, sondern darüber hinaus das gesamte System des gesellschaftlichen Hervorbringens von gebauter Umwelt – darunter besonders die Stellung des Architekten.
Der Erfolg der baulichen Umorientierung hängt davon ab, wie tief die Veränderungen in die Grundlagen von Städtebau und Architektur hineinragen. Oberflächlicher Wandel in diese oder jene Richtung und bloßer Austausch von fertigen Konzepten führen uns nicht weiter. Wir sollten die anstehenden Probleme danach sortieren, ob sie kurz-, mittel- oder langfristig zu lösen sind. Die kurzfristigen Wendungen müssen sofort und deutlich erfolgen, die weiter reichenden Veränderungen müssen ebenso schnell angegangen werden, denn sie dauern länger. Ich will in den folgenden, Anfang 1988 entstandenen Thesen zu den längerfristigen Grundorientierungen einige Aussagen machen, sie wollen Diskussionsmaterial und zugleich eine vorläufige theoretische Plattform für den praktischen Wandel sein. Die Thesen betreffen Grundpositionen zur Architektur als Ganzes, obwohl hier ein begrenzter, ästhetischer Ausgangspunkt gewählt wurde und weitere konkrete Untersetzungen – etwa in Richtung Städtebau oder Wohnungsbau – notwendig sind. Sie wollen Diskussion um die Programmatik von Städtebau und Architektur befördern und zugleich Orientierungsgrundlagen für die Bewertung der Gegenwartsarchitektur geben, die weltweit durch eine verwirrende Vielfalt der Erscheinungsbilder gekennzeichnet ist, in denen objektive Strömungen von kurzlebigen Moden nur durch gründliche Analysen zu unterscheiden sind. Die Thesen verstehen sich auch als der Umschreibungsversuch eines gestalterischen Ideals und als ein unvollständiges System von Bewertungskriterien, das man an die eigenen und an die Entwürfe der anderen anlegen kann.
Die zweite Vorbemerkung betrifft die Vorbilder und Konkurrenten des von mir skizzierten gestalterischen Ideals. Es ist in unserer Architekturdiskussion üblich geworden, die scheinbare Alternative von Moderne und Postmoderne zu akzeptieren. Doch wir sollen die Analysen differenzierter durchführen und die Alternativen fundamentaler entwerfen. Es ist sehr bequem, die im Laufe der Nachkriegsentwicklung immer weiter verflachten Grundsätze der „Moderne" durch eine Überhöhung der dort vernachlässigten Momente zu diffamieren und durch neue und wiederum fragmentarische Konzepte zu ersetzen. In der Vernachlässigung des Geschichtlichen, des Lokalen, des Emotionalen, des Individuellen und des Prinzips der Verständlichkeit, im unkritischen Verhältnis zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt liegen die problematischen Momente der Moderne, die insgesamt ein Ausdruck der arbeitsteiligen Entfremdung, mit dem Hang zum kalten zweckrationalen Technizismus und zum „Wirtschaftlichkeitsfunktionalismus" war. Sie sind zum großen Teil auch die problematischen Momente unserer Architektur. Aber diese durch einen neuen „Ästhetizismus" zu ersetzen, wäre nur trügerischer Austausch der einen durch andere Halbheiten. Solchen Pendelbewegungen folgt nur, wem der Wechsel von Moden oder Dogmen schon als Erneuerung genügt. Der Postmodernismus enthält als „dominierender Gegenpol allen konservativen und traditionalistischen Denkens" (R. Weimann) auch ein ungewöhnliches Protestpotential, doch er ist nicht der von seinen Vertretern gepriesene große Alternativentwurf zum verflachten Modernismus, sondern stellt sich mehr als die umgekehrte, aufgemotzte Fortsetzung der Halbheit dar. Die radikale Kritik an den gebauten Kisten soll dabei über die weiter unbewältigten Probleme hinwegtäuschen, eine nicht stattgefundene fundamentale Erneuerung des Bauens suggerieren und die innovativen Potentiale im Ästhetischen verbrauchen. Wir brauchen aber eine grundlegende Erneuerung.
In ähnlicher Weise, wie unsere neue Gesellschaftskonzeption unseren bisherigen bevormundeten Zustand gründlich revidieren und zugleich eine positive Alternative zur Wegwerf- und Ellenbogengesellschaft des Westens herausbilden muß, wird auch eine fundamentale Kritik der Ästhetik der zeitgenössischen Architektur das Heterogene von Moderne und Postmoderne wechselseitig einschließen. Eine humanistische Gestaltungskonzeption wird ihrem Anspruch nicht gerecht, wenn sie sich lediglich als Modifikation der „Neuen Sachlichkeit" versteht, doch auch eine Orientierung an den fremdbestimmten Formillusionen der Postmoderne muß die Züge dessen verzerren, was wir programmatisch unter Architektur verstehen. Indem eine solche Konzeption den Unternehmerfunktionalismus und die technokratische Architektur hinter sich läßt und sich von formalistischen und nostalgischen Erscheinungen abgrenzt, schafft sie wichtige Voraussetzungen, um ihre instrumentelle Potenz in Richtung auf eine gebrauchsfähige, langlebige, anpassungsfähige, ausdrucksvolle, vielfältige, schöne und selbstbestimmte bauliche Umwelt zu entfalten.
Die in den letzten Jahren international durchgeführten Formexperimente haben, sobald sie über reine Schaueffekte hinausgingen, eine neue Sensibilität für Architektur und die ästhetische Umweltgestaltung geschaffen, doch eine neue ganzheitliche Architekturqualität ist daraus noch nicht hervorgegangen. Auch die Hinwendung zu historischen Formadaptionen in der DDR-Architektur hat zwar manchmal die Unverträglichkeit der groben Bautechnologie mit historischen Strukturen gemildert, ohne jedoch die komplexen Voraussetzungen einer neuen Baukultur und die Elemente einer neuen Formensprache auszubilden.
Die Impulse für eine ästhetische Erneuerung der Architektur erwachsen vielen Elementen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die ökologische Erneuerung von Städtebau und Architektur ist ebenso wie die demokratische Einbeziehung der Bürger in die Stadt- und Bauplanung und der Computereinsatz in der Projektierung und Baudurchführung eine dieser Quellen ästhetischer Innovationen. Gestalterische Maßnahmen sollen diese gesellschaftlichen Prozesse des Bauens mit ästhetischen Impulsen durchsetzen helfen, sie können sie aber nicht – als bloße Dekoration – ersetzen.
Die folgenden Thesen wollen einen theoretischen Rahmen bilden, der aufzeigt, wie diese grundlegenden Veränderungen des Bauens mit ästhetischer Kultur akkumuliert werden können.

THESEN

1. **Das Ziel der Gestaltung ist eine Gebrauchs- und Kulturwerterhöhung** der Architektur im Dienst der realen Ansprüche der Menschen an eine humane Umwelt, von der sie Schutz, Halt und Orientierung erwarten.
Die Architektur ist sowohl dritte Haut des Menschen, die seinen sozialen Organismus umschließt, als auch ein Kulturprodukt, das zur erweiterten Reproduktion der Städte und Siedlungen beiträgt, als auch ein Erzeugnis der Bauproduktion, das dem Kreislauf mit der Natur angehört. Die Realisierung jeder einzelnen Funktion wie auch ihres Zusammenhanges ist eine Aufgabe von komplexem Zuschnitt, die höchste gesellschaftliche Wertschätzung beansprucht.
Die gesellschaftliche Funktion der Architektur besteht in ihrer allgemeinsten und wesentlichen positiven Bestimmung darin, mit baulichen Mitteln den sozialen und kulturellen Emanzipationsprozeß ihrer Bewohner zu fördern. Alles Menschliche fügt sich zu ihrem Maßstab. Auf diesen humanistischen Kern ist in diesem Text das Attribut „sozialistisch" zurückgeführt, es bedeutet also eine Ausweitung, nicht eine Begrenzung der positiven Werte des entsprechenden Begriffes. Die sozialistische Gestaltungskonzeption orientiert auf eine gesellschaftliche Funktion der gebauten Umwelt, die die soziale Effizienz des Raumes erhöht, die den solidarischen Beziehungen und der freien Entfaltung von Persönlichkeiten dienlich ist, die subjektive Produktivität der Individuen fördert, geistige und emotionale Potenzen stimuliert und dabei entwickelte Beziehungen zu den natürlichen und historischen Eigenarten des Standortes herstellt. Sie orientiert auf einen großen Beziehungsreichtum zwischen Bauwerk, Mensch und Natur und trägt bei zur räumlichen Koordination der durch die Arbeitsteilung getrennten Lebensfunktionen, zur Herausbildung einer lebendigen Massenkultur und zur komplexen, selbstbestimmten Verfügung über die gegenständliche Umwelt.
Im Widerspruch zu dieser Gebrauchs- und Kulturwerterhöhung stehen all diejenigen Bestrebungen, die auf Exklusivität, auf Gewinn- oder Repräsentationssucht, auf soziale und kulturelle Segregation ausgerichtet sind, die Entfremdung, Abhängigkeit, Täuschung und Illusion fördern, die die proportionale Entwicklung der Städte und Siedlungen, den sozialkulturellen Differenzierungsprozeß, die Pflege der historischen Werte oder auch nur die ganzheitliche Aneignung von Architektur behindern.
Im politisch-sozialen Bereich, nicht im Reich der Formen, sollten wir die wesentlichen Scheidelinien zu anderen Konzeptionen ziehen. Die Orientierung auf das Solidarprinzip der Bedürfnisbefriedigung und auf ökologische Kreisläufe erfordert ganzheitliche und dauerhaft-anpassungsfähige Ergebnisse. Ihnen sollte der Drang zu modischem, schnellem Verschleiß, zu Styling, zu Effekthascherei und oberflächlicher, leerer Dekoration zuwider sein.

2. **Gestaltung ist ein unstetes Optimierungsverfahren,** bei dem Zwecke und Mittel in Beziehung gesetzt werden. Nur in diesem Sinne ist Gestaltung funktional. Die Funktion

ist ein labiles Bindeglied zwischen Anforderung und Wirkung, sie ist das eigenschaftliche Verhalten der baulichen Umwelt im Prozeß ihrer aktiven Aneignung durch die Nutzer (durch die Bewohner, Touristen usw. – durch alle Menschen).

Der Funktionsbegriff ist nicht deshalb eine wichtige Kategorie, weil er die Dominanz der Zwecke über den Ausdruck, sondern die der Zwecke über die Mittel postuliert. Dabei sind Zwecke und Mittel in mehreren Ebenen geschichtet, die Mittel wirken auf die Zwecke zurück. Funktional vorgehen heißt, von sozialkulturellen Zielstellungen ausgehend, möglichst alles andere zu verfügbaren Mitteln zu machen, auch das technisch und ästhetisch Vorgefundene. In diesem Sinne gibt die Gestaltungstheorie Auskunft über (historisch, sozial und lokal veränderliche) Mittel-Zweck-Implikationen im ästhetischen Bereich und bietet Strategien zur Lösung von Zielkonflikten bei komplexen Aufgaben.

Doch ist Architektur nicht das Ergebnis eines zweckrationalistisch gedachten Funktionalismus – auch nicht eines erweiterten, die ideell-ästhetischen Momente einschließenden Determinismus, der von eindeutigen Zweck-Mittel-Beziehungen ausgeht und mit der baulichen Struktur die vermeintlich zugehörigen Verhaltens-, Denk- und Empfindungsweise der Menschen gleich mitproduzieren will.

Auch die radikal offenen oder subjektivistischen Konzeptionen, nach denen alles Geschaffene seine Verwendung und seine Interpretation finden werde, bedienen nur eine Seite der dialektischen Einheit. Die strukturellen Beziehungen zwischen Mitteln, Zwekken und Wirkungen sind nicht eindeutig, doch auch nicht zufällig, es sind Wahrscheinlichkeitsvariablen, die kulturell determiniert sind. Die Architekturgestaltung schafft nicht nur Räume als umhüllte Leere, sondern auch Freiräume der gesellschaftlichen Aneignung, die die Potenz einer Neubewertung, Neuinterpretation und Neunutzung der gebauten Umwelt enthalten sowie spontanes und emotionales Reagieren auf die bauliche Vorgabe ermöglichen. Die Funktionalität der Architektur und die Aneignungskraft der Nutzer überlagern sich im Freiraum ihres tatsächlichen Zusammentreffens.

3. **Widersprüche sind Agentien der Gestaltung**, das Aufspüren der Widersprüchlichkeit und Komplexität der Anforderungsstruktur ist der analytische Kern der Gestaltungstätigkeit.

Das allgemeine Problemlösungsverfahren in der Architektur ist das Entwerfen. Gestalten ist dessen ästhetischer Aspekt. Architektonisches Gestalten ist der Prozeß der Integration von ästhetischer Kultur in alle Ebenen des Entwurfes und der realen Architektur. Die ästhetischen Eigenschaften der Architektur werden in einem entwurfsmethodischen Verfahren festgelegt, das auf einem Wechselspiel von Analyse- und Synthesephasen basiert.

Für den inneren Hauptwiderspruch der Architektur ist ein Komplex von physikalischen Eigenschaften Voraussetzung, die das statische Gefüge des Baues sichern und durch Umhüllung und konstruktive Maßnahmen die **technische Funktion** der Architektur gewährleisten. Auf der Basis dieser voraussetzenden Schutz-, Trag- und Hüllfunktion entwickelt sich die Dialektik von **materiell-praktischen** und **ideell-ästhetischen** Ansprüchen und Einflüssen der Architektur von Bauaufgabe zu Bauaufgabe unterschiedlich. Der architektonische Funktionskomplex umfaßt ein weitgefächertes Wirkungsspektrum. Zu ihm gehören poetische und symbolische Ausdrücke – auch wenn sie keinen direkten instrumentellen Bezug haben. Architektur nimmt Einfluß auf das äußere (praktische) und auf das innere (ideell-ästhetische) Verhalten der Nutzer. Die Proportionen zwischen beiden Seiten, ihre Gewichte und Aufwendungen, sind nicht als ein vorgefaßtes Axiom festgelegt, sie werden vom Typ der Bauaufgabe und der konkreten räumlichen und kulturellen Situation, also von den Bedingungen, diktiert. Diese müssen darüber entscheiden, „in welchem gestaltreich der einzelne bau steht" (H. Häring).

Kultur, Natur und Umwelt sind die der architektonischen Komplexität adäquaten Begriffe. Die Form folgt nicht dem praktischen Zweck, dem Material oder der Herstellung – das auch, sondern einer aus den Interessen der Nutzer und der Kommune hervorgehenden Gesamtvorstellung von Kultur und Umwelt. Nicht einzelne Funktionen werden optimiert, sondern die Gesamtheit der Anforderungen und Beziehungen wird in der Totalität der Widersprüche funktionalisiert. Gestaltung muß zuerst die Höhe eines so allgemeinen Funktionsbegriffes aufsuchen, um danach um so genauer die verschiedenen Charaktere der (ästhetischen) Wirkungsbeziehungen zu unterscheiden. An einer komplexen Funktionalität gemessen treten konzeptionelle Mängel nicht als Verabsolutierung der Funktion, sondern als deren relative Begrenzung, falsche Rangigkeit oder enge Determiniertheit auf.

Beim Entwerfen stehen objektive und subjektive Momente, ökonomische und kulturelle, rationale und emotionale, wissenschaftliche und künstlerische ... Aspekte in einem Spannungsverhältnis. Die einander divergierenden Anforderungen fordern die Kreativität des Architekten heraus. Der sachkundigen Gestaltlogik ist das Spiel mit Formen und Farben zugesellt, das nicht selten bedeutsame Innovationen hervorbringt. So ergänzen sich analytisches Denken und architektonische Phantasie wechselseitig. Spiel und Phantasie sind die Korrektive des funktionalen Denkens.

Bauen ist eine kollektive Handlung, die nicht aus voreiligen, glättenden Kompromissen, sondern aus dem Widerspiel prägnanter Standpunkte und souveräner Individuen ihre Objektivität bezieht. Der Architekt ist für die organische Einheit der Widersprüche verantwortlich, nicht für die Einheitlichkeit von Schemen, die „aus einem Guß" sind. Er transformiert die Dialektik der vielfältigen Anforderungen in eine architektonische. Wo sich eine lebendige Kultur mit allen ihren Widersprüchen in den baulichen Strukturen vergegenständlichen kann, dort sind die Häuser – obwohl aus Stein oder Stahl gebaut – lebendige, wandlungsfähige Individuen, die um so besser funktionieren, je ähnlicher ihre Komplexität der alles Natürlichen ist.

Im Gegensatz zur Ganzheitlichkeit dieses Verfahrens steht die reduzierte Architektur des Utilitarismus, des Ästhetizismus, Formalismus, Technizismus oder anderer Ismen, in der die Komplexität und Widersprüchlichkeit entweder bereits in der Anforderungsstruktur oder im Ergebnis einer fehlerhaften Entwurfsprozedur verkümmert ist. Äußerliches Nachbessern und falsche Fassaden sind oft deren Folgen. Widersprüchliches verliert sich dann aus den dialektischen Zusammenhängen und wird zum aufgesetzten Dekor.

4. **Die Anschauung ist dem Gebrauch integriert.** Architekturgestaltung zielt auf Aneignung der gebauten Umwelt, nicht lediglich auf das verräumlichte Tätigsein der Nutzer (wie im Utilitarismus) oder lediglich auf erbauende Anschauung (wie im Ästhetizismus). Im Aneignungsprozeß verschmelzen Tätigkeit und Anschauung durch das jeweils andere zu einer architekturspezifischen Verhaltenseinheit. Auf diese Weise wird die Nützlichkeit der Architektur zur komplexen Verfügbarkeit der Menschen über ihre bauliche Umwelt ausgeweitet, und der ästhetische Genuß entwickelt sich aus dem gesamten räumlichen Verhalten in gebauter Umwelt. An der Wahrnehmung und ästhetischen Wertung sind alle Sinne beteiligt. Architektonisches Erleben ist ein synästhetischer Prozeß von außerordentlich komplexem Zuschnitt, der das Empfinden von Raumbewegung, das Begreifen von Handhabung und Nützlichkeit einschließt.

Die zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Fonds bestimmen den Gesamtaufwand für das Bauen, legen aber nicht das Wertgefüge zwischen dem Praktischen und dem Ästhetischen fest – etwa in dem Sinne, daß zuerst die praktischen Anforderungen an das Bauen erfüllt sein müßten, bevor die ästhetischen Ansprüche an die Reihe kämen. Die sozialistische Architekturgestaltung setzt die soziale Wertordnung anders: Nicht die materiell-praktischen dominieren über die ideellästhetischen, wohl aber die Grundbedürfnisse (die sich immer auf Gebrauch **und** Wahrnehmung beziehen) über die Luxusbedürfnisse (über weiterreichende Anforderungen).

5. **Die Form soll informieren, orientieren und unterhalten.** Die ästhetische Funktion der Form besteht darin, wichtige strukturelle, funktionelle und historische Bezüge, die die Menschen kennen (oder empfinden) müssen, um sich in ihrer Umwelt einzurichten, auf ästhetisch genußvolle Weise zu vermitteln. Die Form stellt einerseits eine Hilfe bei der Organisation von Lebensprozessen dar, indem sie nutzertechnologische und räumliche Zusammenhänge artikuliert. In diesem Sinne dient ihre Aussagekraft dem **aktuellen Gebrauch**. Zweitens gibt sie **langzeitliche Orientierungen** im Wertesystem der herrschenden Kultur, dabei vereint sie ihre kulturelle Potenz mit anderen Bereichen der gegenständlichen Umwelt, mit den Medien und der Kunst. Letztlich dient sie auch dem **ästhetischen Genuß**, indem ihre ästhetischen Merkmale sowohl untereinander als auch zum Menschen, besonders seinem Wahrnehmungssystem und seinen konkreten ästhetischen Bedürfnissen zur Übereinstimmung kommen. Das Schöne ist aber nicht das formale Gleichmaß einer oberflächlichen Harmonie, sondern ein Urteil über die Angemessenheit einer durchaus auch widersprüchlichen Umwelt mit unserer Befindlichkeit in der Wahrnehmung, beim Gebrauch, in der Aneignung.

Die **Architekturform** umfaßt die Gesamtheit der sinnlich erfahrbaren Eigenschaften der baulichen Umwelt, alles Ausdrucks- und Bedeutungsvolle der Architektur. Indem sie sich präsentiert, repräsentiert sie zugleich nichtwahrnehmbare Eigenschaften der Architektur oder ihrer Umgebung, Beziehungen, Prozesse usw. Sie vermittelt diese durch Bilder, Anzeichen und Symbole, einiges wird logisch, anderes assoziativ in Erinnerung gebracht.

Die Träger der Aussagen sind in widersprüchlicher Einheit zugleich materielle Funktionsträger. Der Inhalt der Aussagen bezieht sich in engerem Sinne auf Eigenschaften des Ausdrucksträgers, im weitesten Sinne stellt er die Gesamtheit der Ideen und Emotionen dar, die mit der betreffenden Architektur in Zusammenhang gebracht werden. Die Form ist Ausdruck des praktischen Gebrauchs und widerspiegelt einige faktische Bedingungen der Herstellung, sie ist aber auch eine breitgefächerte Deutung des Lebens der Gesellschaft und ihrer Kultur. Gestaltung bemüht sich, den engeren und den weiteren Gehalt, die **Bedeutung** und den **Sinn** der Form in einen Zusammenhang zu bringen. Wie der zentrale Kern der architektonischen Funktionalität darauf orientiert ist, den „Umgang" mit ihr zu optimieren, so besteht auch der Kern der architektonischen Aussagen aus praktischen Informationen, die alle anderen ästhetischen Aussagen durchdringen. In der Transzendenz der Gebrauchsanweisungen in die Kunstwerte der Architektur liegt der wesentliche Inhalt der Gestaltung. In der baulichen Form werden die Funktionsbeziehungen der Architektur und ihre Konstruktion auf eine künstlerische (und manchmal weitschweifige) Weise mit baulichen Mitteln interpretiert.

Auch hierbei sind dualistische Lösungen abzulehnen, z. B. solche, die den Formen einen der praktischen Bedeutung unverträglichen Sinn geben, oder solche, bei denen sich die „Fiktion" oder die „Thematisierung" von der Bauaufgabe zu weit entfernt hat oder aufgesetzt bleibt. Die angestrebte Einheit entwikkelt sich aus dem Zusammenhang der Inhalte und der Kodesysteme, während die stoffliche Hüllform von der Bauhauptstruktur konstruktiv durchaus losgelöst sein kann. Dekorationen sind dann abzulehnen, wenn sie nur oberflächlich und verschleiernd Bedürfnisse nach Vielfalt abdecken, ohne einen semantischen Bezug zur sozialräumlichen Wirklichkeit zu entwickeln. Architektonische Aussagen sollen wahr sein, doch nicht im

Sinne der mechanischen Widerspiegelung, sondern nach dem Charakter künstlerischer Aussagen. „Konstruktive Wahrheit", „Materialgerechtigkeit" usw. sind zugleich richtige Orientierungen wie auch dogmatische Begriffe. Optische Täuschungen können zu künstlerisch richtigen Wahrnehmungen führen, doch Imitationen und andere illusionäre Gestaltungen sind dann problematisch, wenn sie (zum Vorteil billiger Effekte) das Vertrauensverhältnis der Menschen zu ihrer Umwelt beeinträchtigen.

6. **Formen sind Anzeichen und Symbole.** Formen sind mit den Bedeutungen und Aussagen, die sie tragen, durch unterschiedliche, oft labile und zerbrechliche Strukturen verbunden. Da unsere Gestaltungsprogrammatik zuerst an Zielen und Funktionen orientiert ist, legt sie dort auch die klarsten und wesentlichen Kriterien fest. Auf den unteren Ebenen der Gestaltungsmittel indessen gibt sie nur Orientierungen oder ist völlig offen. Deshalb ist die Formenwahl aber nicht zufällig oder subjektiv. Die Gestaltungsmittel werden aus dem (immer offenen) Repertoire eines raumzeitlich konkreten Kulturkreises und in widersprüchlicher Einheit zu den praktischen und technischen Konditionen entsprechend ihrer Eignung dafür ausgewählt, in der historisch und räumlich konkreten Gestaltungssituation den erstrebten Inhalt auszudrücken bzw. eine Wirkungsabsicht realisieren zu können. Sie gewinnen ihren Wert nur in ihrer inhaltlichen Beziehung, die sich meist erst in der Kombination und Konkretisierung zu baulichen Gebilden entwickelt. Formen oder Formenmerkmale „an sich" sind wertfrei, Formen werden nach ihrer ästhetischen Funktion beurteilt. Eine Gestaltungsprogrammatik, die auch nur ein einziges derjenigen künstlerischen Mittel nicht zu integrieren weiß, das einen relevanten Wirklichkeitsbezug an eine Gruppe von Menschen zu vermitteln vermag, ist reduziert, ist formalistisch. In das Repertoire ästhetischer Mittel sind auch Symbole, Motive, bildhafte Zeichen, Metaphern, Zitate, Verfremdungen usw. eingeschlossen. Nicht ihre Zugehörigkeit zum Fundus eines Stiles ist Gegenstadt der Bewertung, sondern ihre konkrete gesellschaftliche Verwendung.

Das Gestalten zielt nicht lediglich auf eine formale Schönheit oder Harmonie, sondern auch auf Aussagen und Wirkungen, deshalb untersucht die Gestaltungstheorie die komplizierten Beziehungen von Formen und Inhalten. Sie sind teils festgelegt – z. B. bei Anzeichen, die den Fakt, aus dem sie ursächlich hervorgingen, durch logisches Denken erschließen lassen; Symbole hingegen haben ihre Bedeutung durch einen bewußten Akt der Sinngebung erhalten, sie kann u. U. auch ausgewechselt werden. Die Architekten überprüfen die Sinngehalte der Formen, verwenden aussagekräftige Gestalten, versuchen die Neuinterpretation wichtiger Formen, Formenmerkmale oder Gestaltungsprinzipien, wenn ihr Sinngehalt den humanistischen Orientierungen nicht entspricht und erfinden neue Träger architektonischer Aussagen.

Die genannten Mittel sind geeignet, künstlerische Wirkungen zu fördern. Das Künstlerische ist als ein konzentrierter, ausdrucksstiefer Modus des Ästhetischen ein Moment der Gestaltung. Dabei bleibt gültig, daß die Architektur und die Gebrauchsgegenstände dem Umweltbegriff viel näher stehen als dem Kunstbegriff. Doch erst auf diese Totalität des Künstlerischen geweitet, wird Architektur auch praktisch oder sozial voll wirksam.

7. **Gestalten ist das Formulieren von architektonischen Aussagen mit baulichen Mitteln.** Die Gestaltungsmittel sind der ästhetisch manipulante Teil der Formen – im Idealfall deren Gesamtheit. Das Formulieren, also die Produktion von architektonischem Ausdruck, ist ein Prozeß, in dem das Ergebnis durch Figurieren, Modifizieren, Selektieren und Kombinieren von bedeutungstragenden und meist auch materiellen Zwecken dienlichen Formen gebildet wird.

Das Bestreben, auch die Gestalt in der eingangs beschriebenen Weise zu funktionalisieren, bindet sie in kommunikative Zusammenhänge. Die Menschen nutzen die baulichen Formen seit den Ursprüngen der Architektur zur Speicherung und zur Weitergabe von sozialen Erfahrungen. Mit den Formen werden ihre Inhalte, Assoziationen, Emotionen, Werte usw., die ihnen auf Grund einer sozial-kulturellen Übereinkunft zukommen, ins Bild gesetzt, so daß das Leben in gebauter Umwelt auch eine Existenz inmitten gebauter Aussagen und bewußt vergegenständlichter Ideen ist. Im Prozeß der Vermittlung findet teilweise rhetorische Kommunikation statt, d. h., die Nutzer werden zu einem bestimmten Denken, Fühlen oder Verhalten aufgefordert, teilweise werden praktische und ästhetische Impulse geliefert, die umgedeutet und interpretiert werden, letztlich gibt es auch Formaspekte als leere Speicher, denen erst im Gebrauch ein Inhalt zugesprochen wird.

Auffälligkeit und Ausdruckskraft der baulichen Umwelt richten sich nach ihrer konkreten Funktion; gegenüber dem Leben der Menschen sollte Architektur immer Hintergrund bleiben. Sie spricht selten laut, doch sollte sie alles aussagen können, was die Rezipienten im Interesse eines entwickelten Verhältnisses zur Architektur erfahren wollen.

Die kommunikative Funktion der Form macht es notwendig, daß sich Gestaltung an den Möglichkeiten und Gewohnheiten zur Wahrnehmung und Interpretation der baulichen Formen orientiert. Die Fähigkeit der Formen, soziale Erfahrungen, zwischen denen zu vermitteln, die mit Architektur umgehen, ist an ihre Faßlichkeit gebunden. Die Verständlichkeit ist deshalb eine Grundfunktion der baulichen Form. Sie ist die Eignung, in einer bestimmten historischen und lokalen Situation einen geistigen Impuls an eine Gruppe von Menschen zu vermitteln. Funktionale Verständlichkeit zu Zwecken der Kommunikation steht im Widerspruch zu elitären Haltungen, denen der Publikumsgeschmack unwichtig ist, sie ist aber auch nicht zu verwechseln mit seichter Eingängigkeit, aus der dem Kitsch seine zweifelhaften Reize erwachsen. Kitsch ist die Gefälligkeit unverbindlicher und aufregender Surrogate. Auch das einfache Bedienen eines kulturell gespaltenen Publikums – der großen Masse, die simple, gängige Ausdrücke zu erwarten scheint, und einer intellektuell hochstehenden, esoterisch gestimmten Elite – kann der Verantwortung sozialistischer Architektur nicht genügen (vgl. die postmoderne „Doppelkodierung"). Sie orientiert dagegen auf die Interstrukturen einer vielfältig vernetzten Formensprache, die in einem gesellschaftlichen Lernprozeß zum Kulturgut für alle werden kann.

8. **Die Form ist Element einer Formensprache.** Die vielfältigen Anforderungen an die Form können nicht lediglich in einem Kompromiß vereint werden, sondern sie müssen einem außerhalb der Kompetenz des einzelnen Architekten befindlichen normativen System – einer Formensprache zugeführt werden; dabei wird diese durch den Gebrauch selbst verändert. Sie besteht aus kombinierfähigen Formelementen und Regelsystemen, die extreme Kreativität zulassen und zugleich eine Verständlichkeit des Ergebnisses sichern.

Die sozialistische Gestaltungstheorie zielt auf das Einfache, doch nicht auf geometrisch einfache Formen, sondern auf die Einfachheit verständlicher Ausdrücke, die zugleich komplex und vielfältig sind. Das sind typologische Figuren. Gestaltung akkumuliert die Formen mit derjenigen Menge an technischen, praktischen, sozialen, kulturellen, lokalen ... Faktoren, die genau dem System der Anforderungen entsprechen. Die objektiven Anlässe bilden die Grundlage für eine differenzierte Formensprache, deren lokale und sozialkulturelle Differenzierung ebenso der Bedingungsstruktur wie auch der Organisation des menschlichen Bewußtseins entsprechen sollten. Eine verständliche und ausdrucksvolle Sprache der Architektur muß funktions-, kontext- und adressatenbezogen sein.

Sprache ist an ein dialektisches Verhältnis von Einheit und Vielfalt ihrer Elemente gebunden. Im Gegensatz zum Systemcharakter der Sprache stehen diejenigen Formauffassungen, die entweder die isolierten Elemente und die Vielfalt überbewerten wie auch solche, die nur auf wiederholbare Ordnungen und Zusammenhänge setzen. Erstere folgen dem **eklektischen**, letztere dem **kanonischen** Prinzip. Der (Neo) Eklektizismus sammelt heterogene Formen(merkmale) aus verschiedenen Zeiten und Regionen und verbindet sie zu einer gefälligen (oder schockierenden) Kompilation. Im kanonischen Prinzip wird die Vielfalt durch ein harmonisierendes ästhetisches Dogma getilgt. Zu ihm zählen historisierende wie auch sich „modern" (z. B. rechtwinklig) gebende Stilüberzüge. Beide Tendenzen vermindern die Ausdrucksfähigkeit der Architektur, sie sind gegen die Entwicklung der Form zur Formensprache gerichtet.

Die ästhetische Kultur sollte im Sozialismus zur Vielfalt in der Einheit tendieren, also zum Pluralismus, nicht aber zu den disparaten Strukturen des Eklektizismus.

9. **Der Stil und das Kolorit modifizieren die Formensprache.** Die normativen Kodes der Formensprache werden im Stil historisch variiert. Der **Stil** ist die historisch konkrete Verwendungsweise der Sprache und Ausdruck materieller und ideologischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich in einer spezifischen Geschmackskultur verfestigt haben. Wir sollten die Veränderungen in der gesellschaftlichen Psyche anerkennen, doch subjektive Manieren, „Styling" und Modisches ablehnen, da diese Verfahren den moralischen Verschleiß außerhalb der Produktivkraftentwicklung künstlich beschleunigen. Die profitwirtschaftlichen Pendelbewegungen des Modischen sind dem sich gesellschaftlich verändernden Duktus innerhalb eines ausdrucksfähigen und offenen Sprachsystems, dem Stil, fremd. Das Modische ist ein dem Einzelnen auferlegter Mitteilungszwang, die Sprache dagegen ein gesellschaftliches Angebot zum Ausdruck. Das Modische herrscht über das Individuum, während Sprache und Stil ihm die Kompetenz zur Aussage stiften.

Das ästhetische **Kolorit** fügt der Architektursprache neben dem Stil eine weitere Bedeutungsschicht hinzu. In diesen Stilfärbungen kommen die lokalen Besonderheiten, die subjektiven Prägungen durch den Architekten und der Selbstgestaltungswille der Bewohner zum Ausdruck.

Durch den Stil und seine Färbungen wird das Gerüst der Sprache in der Art von Ort und Zeit des Gestaltens ausgefüllt. Stil und Kolorit bilden die konnotativen Kodes der architektonischen Sprache. Deren Bedeutsamkeit macht erklärbar, daß den Entwürfen der sog. „Rationalisten" wichtige Komponenten der ästhetischen Aussage fehlen. Sie zielen auf die sprachlichen Grundmuster, auf die archetypischen „Hauptwörter", sie wollen Sprache, aber nicht Stil, am wenigsten die Farbigkeit eines lebendigen sozialen Milieus.

10. **Architektonische Typen sind baulich definierte Gestaltinvarianten** für die Erfüllung von Raumbedürfnissen, in denen sich langzeitliche und massenhafte Erfahrungen verdichtet haben. Der Typus bezeichnet im Verhältnis zum „Standard", der ein technischer Terminus ist, ein Kulturprodukt. Er basiert auf einer sensiblen Balance der praktischen, technischen und ästhetischen Anforderungen. Der architektonische Typus ist gegenüber dem Standard flexibel; er enthält eine positive Unschärfe in der Formulierung der konkreten Lösung, zugleich verfestigt der Typus die Breite möglicher Lösungen in bewährten Gestalten. Er vereinigt das Allgemeine einer massenhaften Erfahrung mit dem einzelnen der raumzeitlichen Situation, das Typische der baulichen Kategorie mit dem Typischen des Ortes.

Wir sollten die gültigen Erfahrungen und bewährten Lösungen achten, wir sind nicht neuerungssüchtig. Die Änderung der Lösung setzt eine Änderung der Anforderung und Umstände voraus. Typologisches Denken hilft, das Wesen einer Bauaufgabe und das Charakteristische einer lokalen Situation zu erkennen – vor allem bei komplexen Anforde-

rungen. Doch das typologische Entwerfen ist nicht der Umgang mit standardisierten Häusern oder Segmenten bzw. mit Wiederverwendungsprojekten. Standardisierungsprozesse sind nur auf der Ebene der technischen Mittel und der technologischen Ordnungen gültig, sie betreffen abgeleitete Aufgaben, während die architektonischen Typen kulturhistorische Grundmodelle für das Verhältnis von Bauwerk und Mensch darstellen.
Typen sind sowohl herstellungs- und nutzertechnologisch als auch ästhetisch sehr ökonomische Gebilde. Die typologischen Figuren sind Grundbausteine der architektonischen Formensprache. Durch ihre synthetische Natur erhalten sie jenes Maß an Dauerhaftigkeit, an Logik und Prägnanz, das sie verständlich macht und Orientierungen gibt. Zugleich gewinnen sie durch ihre Elastizität jene Momente der Innovation und der Anpassungsfähigkeit, die sie interessant und reizvoll machen. Problematisch ist aber die dominant ästhetische Verwendungsweise der Typen, durch die sie in die Nähe einer historischen Verfälschung des Geschichtsbewußtseins geraten können.

11. **Konventionen können Innovationen enthalten.** Der ästhetische Gebrauch typologischer Figuren und anderer mit historischer Bedeutsamkeit beladener Formen kann zum Historismus führen, er kann aber auch ein Beitrag zur Entwicklung der Formensprache sein, die ihrem Wesen nach nichts anderes ist, als der kreative und geordnete Umgang mit bekannten Formenmerkmalen. Die geistige Vermittlung des Neuen ist an die ästhetischen Erfahrungen der Adressaten gebunden. Neues kann durch Bekanntes ausgedrückt werden, wenn das Hergebrachte durch die gestalterischen Operationen des Modifizierens, Verfremdens usw. in neue Erfahrungsdimensionen gehoben wird und wenn die Zeichen neben der Bedeutung, die sie tragen, durch die Kombination mit ihresgleichen neue Aussagen vermitteln können. Die Fähigkeit von Texten, mehr Aussagen als Elemente zu enthalten, ist eine Voraussetzung für die Existenz einer Formensprache.
Doch nicht selten werden historische Formen aus anderen Gründen als dem verwendet, Aneignungshilfen für die Bewohner (oder Touristen) zu sein. Nicht immer ist das Motiv vorherrschend, eine wichtige Erfahrung verständlich auszudrücken. Auch die Verwendung historischer Formen im zeitgenössischen Bauen sollte funktional, nach ihrem Sinn und ihrem Zweck, befragt werden. Dabei ist zu unterscheiden: Das **typologische Entwerfen** verwendet bewährte Baukörper- und Raumformen auf Grund ihres ungebrochenen Gebrauchs- und Kulturwertes. Das Anliegen der **Denkmalpflege** ist es, die wertvollen Sachzeugen der Geschichte zu erhalten und in das soziale Leben zu integrieren. Den **Kontextualismus** motiviert ein großes Harmoniebedürfnis, er versucht, den Neubau an die bauliche Umgebung (den Kontext) anzugleichen. Der **Historismus** ist bestrebt, mit der Verwendung historischer Formen ideologische Werte der Vergangenheit zu reaktivieren. Der **Eklektizismus** bedient sich aus dem Fundus der Bauformen aller Zeiten und Regionen nach willkürlichem Belieben. Die **Nostalgie** setzt auf ein ästhetisiertes Vergangenheitsweh des Publikums, dem sie bei Verachtung der historischen Wahrheit vordergründig gefallen will. Historische **Zitate** sind Aussagenträger, die teils als Spolien, teils als Kopien oder als freie Interpretationen die überlieferten Motive wiederholen. Sie können unterschiedlich wirken – als historische Verweise für eine Kulturelite, als nostalgisch-kitschige Dekoration oder als experimentelle Erkenntnismittel gegen verkrustete Denkklischees. Einige überlieferte Gestaltungsmittel sind in der Phase des Umbruchs nur verfremdet oder ironisch zu gebrauchen, um die alten Bedeutungen zu verunsichern (z. B. die Säule als Symbol der Macht und des Reichtums).
Geschichtsbewußtsein ist im allgemeinen am besten dadurch zu fördern, daß das wertvolle Alte respektiert wird und das Neue seine eigene Sprache spricht – eine solche aber, die dialogfähig ist mit dem geschichtlichen Kontext.

12. **Bauen ist Ortsveränderung.** Bauen ist nur scheinbar das Produzieren oder Errichten von Gebäuden, Bauen ist der sinnvolle Eingriff in einen gegebenen Zustand der Umwelt, deren Strukturen durch diese Operation verändert werden. Im Normalfall ist die Baustätte schon eine menschliche Siedlung und das Ergebnis einer jahrhundertelangen Kulturentwicklung, deren Geschichte in den vorhandenen Strukturen, Zeichen und Stoffen aufbewahrt ist und Traditionslinien bildet, in die auch das Neue einzuordnen ist. Bauen ist deshalb das Fortschreiben der Kulturgeschichte des Ortes unter veränderten Aneignungsweisen.
Orte entstehen erst durch das menschliche Eingreifen und die Strukturierung des Raumes. Die Architektur definiert den Raum nach dem Charakter der Zivilisation, der sie angehört. Durch das Bauen werden die Orte sozial und ästhetisch präzisiert. Immer begegnen sich am Bau die lokale und die temporale Spezifik – der Geist des Ortes und der Geist der Zeit. Letzterer wird durch viele sozialkulturelle Faktoren spezifiziert, ersterer ist das Substrat der in einer konkreten Kultur abgehobenen Besonderheiten eines Ortes. Diese Besonderheiten resultieren aus geographischen und geschichtlichen Faktoren und den abgeleiteten klimatischen, baustofflichen ... sozialen, ethnischen und anderen Bedingungen, doch der „genius loci" ist der zum Bild verdichtete Kern dieser Eigenarten. Ein Bauen, das sich dem genius loci verpflichtet fühlt, wiederholt nicht die Giebel und Erker der Nachbarschaft, sondern sucht nach dem verborgenen Wesen des Ortes, das auch nicht mit dem oft zum Vorstellungsklischee erstarrten Image verwechselt werden sollte.

13. **Das Gestalten ist ein Handeln mit der Natur.** Bauen muß in die natürlichen Kreisläufe einbezogen werden und eine Einheit zwischen außermenschlicher und menschlicher Natur herstellen. Das betrifft sowohl den energieökonomischen Aspekt (z. B. passive und aktive Energienutzung) als auch den sozialen Aspekt (z. B. Dach- und Hausgärten) oder das Problem der Wiederverwendung von Bauteilen und Baustoffen bzw. deren Renaturierung (Recycling). Die baustoffliche Basis der Architektur braucht Verwertungsketten für diese Materialien, so daß sie je nach ihrem Verschleißgrad Aufgaben zugeführt werden, die ihre Restnutzungsdauer einlösen.
Bauen ist ein lebendiges Reagieren auf eine lebendige Umwelt. Gebäude brauchen die Regenerations- und Umbaufähigkeit zur Erhöhung ihrer Lebensdauer, ihres Gebrauchs- und ihres Identifikationswertes. Die ökologischen Argumente zielen auf ein stahl- und zementloses Bauen – vor allem im Wohnungsbau. Natürliche und wandlungsfähige Baustoffe haben auch die Fähigkeit, mit Würde zu altern. Sie wirken Tendenzen zu schnellem moralischen Verschleiß entgegen. Eine Ästhetik der Dauer bezieht auch die vielfältigen Spuren des Gebrauchs in ihre Gestaltungskonzeption ein, sie nutzt die sinnlichen Erfahrungswerte mit natürlichen Stoffen und anpassungsfähigen Strukturen. Sie organisiert auch formal das Zusammenspiel von organischen und geometrischen Figuren.

14. **Gestaltung braucht eine flexible Fertigung.** Die sozialkulturellen Anforderungen und die natürlichen und historischen Bedingungen individualisieren den lokalen Standort derart, daß ihm kein universeller Standard entsprechen kann. Wiederverwendungsprojekte bilden auch unter gesamtökonomischem Aspekt praktizierte Ausnahmen. Die „klassische" Form der Industrialisierung, die standardisierte Massenproduktion auf der Ebene von großen Einheiten wie Blöcken und Gebäudesegmente, ist für die Stadt- und Siedlungsentwicklung mit weitreichenden Anforderungen an geographische, soziale, kulturelle und historische Differenzierungen untypisch und nur als historisch begrenzt eingesetzte Technologie zur Überwindung des Wohnungsdefizits zu verstehen.
Bauen setzt eine flexible Produktion voraus, die den sich ändernden Bedingungen mit Produkten angepaßt ist, die weiterhin wandelbar bleiben. Gestaltqualität orientiert auf die Entwicklung offener Systeme und begünstigt ökonomische Lösungen auf der Basis frei programmierbarer (computergestützter) Fertigung. Dabei ist wichtig, daß die modernen Produktivkräfte nicht nur ästhetisch vorgeführt werden (zum Beispiel in den hochglanzpolierten High-tech-Visionen) und daß die automatischen Informationsverarbeitungssysteme nicht lediglich die Bauvorbereitung rationalisieren, sondern die Tiefenstrukturen der Bauprozesse in Richtung höherer Flexibilität durchdringen.
Das Spezifische der baulichen Produktionsweise besteht (im Gegensatz zu anderen Zweigen der Volkswirtschaft) auch darin, neben den modernsten Bautechnologien alle technologischen Niveaus – von der einfachsten Handarbeit bis zur Systemsteuerung – als mögliche Techniklösungen zu integrieren. Handwerkliche und hochtechnologische Lösungen treffen sich in der der Bauproduktion eigenen Flexibilität und der entsprechenden hohen Organisations- und Entscheidungsdichte, während serielle Produkte der reproduktiven Art Ausnahmen, Zwischenlösungen oder Größenordnungen unterhalb architektonischer Einheiten darstellen. Elemente und Halbfabrikate sind Erzeugnisse, doch Gebäude sind originäre Orte.

15. **Gestaltung ist ein Element entwickelter Demokratie.** Architektur dient nicht nur dem Leben der Bewohner, sondern muß auch zunehmend mit ihnen und durch sie vollzogen werden. Die Nutzer sind die souveränen Subjekte der architektonischen Praxis, die Architektenschaft ist ihr Anwalt und fachkompetenter Partner, der in diesem Verhältnis die führende Rolle in der Entwicklung der Architektur übernehmen muß. Das setzt den Dialog mit den Nutzern voraus, deren zunehmende intellektuelle und praktische Potenz, auch ihr polytechnisches und musisches Interesse am Bauen gebraucht werden, – und zwar vor allem in den Städten und Dörfern (nicht nur in den privaten Zellen der Datschen). Der Architekt sollte die Ansprüche und Möglichkeiten der Nutzer respektieren und qualifizieren, er betrachtet sie als Mündige und macht sie zugleich mündig. Die kulturpädagogische Funktion der Architekten zur Herausbildung einer gültigen Massenkultur ist angesichts der Unsicherheit in den ästhetischen Wertorientierungen außerordentlich wichtig. Nicht zu verwechseln ist diese nutzerfreundliche Gestaltung mit dem bequemen Nachlaufen hinter dem Publikumsgeschmack oder mit dem Überlassen einer unzulänglichen baulichen Umwelt an die nachbessernden Laien.
Der Prozeß des gesellschaftlichen Hervorbringens gebauter Umwelt kann nur als umfassender demokratischer Entscheidungsprozeß organisiert werden. Insofern ist die Entwicklung der Demokratie eine Prämisse für diese Programmatik sozialistischer Architekturgestaltung. Die unbedingte Stärkung der Stellung des Architekten, im Bauprozeß und der ganzen Gesellschaft, die einer Neugeburt seines Berufsethos gleichkommt, ist ebenso wie die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden und die Beteiligung der Nutzer an der Planung und praktischen Gestaltung ihrer baulichen Umwelt ein Moment des allgemeinen sozialen und kulturellen Emanzipationsprozesses, in dessen Verlauf das bauliche Ergebnis immer deutlicher und direkter durch die Interessen der Betroffenen bestimmt wird.
Die Form folgt den praktischen und ästhetischen Bedürfnissen und Interessen differenzierter Nutzer(gruppen), die der Architekt aufspürt und die er im gesellschaftlichen Dialog mit ihnen nach der Art der Baustoffe und der Bautechnologie und nach dem Geist des Ortes und der Zeit in die räumliche Artikulation der gebauten Umwelt übersetzt.

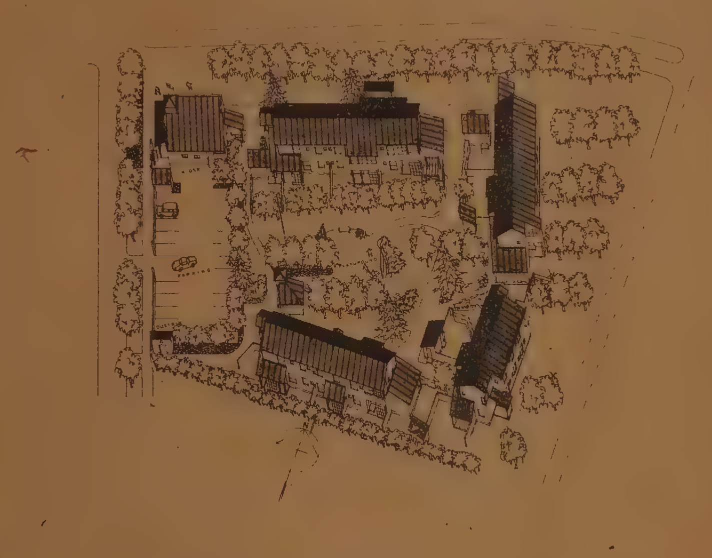
Wohnquartier Kalliopudas in Tornio

Architekt: Matti Karhula, Oulu

In der finnischen Stadt Tornio an der nördlichen Spitze des Bottnischen Meerbusens wurde im Rahmen einer Bauausstellung 1987 im Vorort Kalliopudas ein Wohnquartier errichtet.
Entsprechend dem Thema der Ausstellung „Wohnideen im Norden" strebte der Wohnungsbau nach einer Synthese von finnischen Naturgegebenheiten und entsprechenden Bauweisen. Das Wohnquartier wurde mit üblichen Entwurfs- und Baumethoden realisiert.
Die Erdgeschosse entstanden als Betonkonstruktionen, über die das Obergeschoß als Holzskelett „gestülpt" ist. Beide Geschosse sind mit weißgestrichener Verbrettung verkleidet. Bei den Hauszeilen sind die Mitten als zweigeschossige Reihenhäuser und die Zeilenenden als Geschoßwohnungen mit Außentreppe ausgebildet. Charakteristisch sind Anbauten, die wegen fehlender Unterkellerung als Abstellräume sowie auch als wettergeschützte Hauszugänge und Außentreppen genutzt werden.
Quelle: Baumeister 10/89



1



2

1 Wohngebäude
2 Isometrie des Quartiers
3 Detail des Wohnquartiers
4 Wohnungsgrundrisse

3



4



Obergeschoß

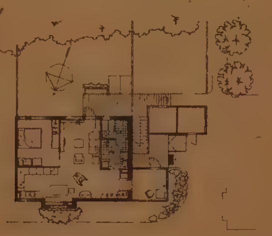


Obergeschoß
Zwei Etagenwohnungen mit gemeinsamer Außentreppe





Erdgeschoß
Reihenhaus mit vier Eckwohnungen und einem Mittel-Einfamilienhaus



Erdgeschoß
Erdgeschoßwohnung mit Außentreppe für identische Obergeschoßwohnung

Neues Hotel in Pravec



Architekt: Michail Witanow

Unweit der Verkehrsmagistrale von Sofia nach Plovdiv entstand von 1985 bis 1988 am Ufer eines Sees das 4-Sterne-Hotel „Pravec". Die Stadt Pravec ist in diesem Teil Bulgariens ein wirtschaftlich-kulturelles Zentrum von nationaler Bedeutung. Der Hotelneubau, viergeschossig mit einer Panoramaetage, ist daher nicht nur eine „Touristenherberge", sondern bietet für das umliegende Gebiet zahlreiche Nutzungsmöglichkeiten. So stehen neben 60 Gästezimmern mit insgesamt 240 Betten auch Restaurants (300 Innen- und 200 Terrassenplätze), eine Tagesbar mit 60 Plätzen, eine Panoramabar, ein großer Saal mit 400 Plätzen und Konferenzräume mit insgesamt 300 Plätzen zur Verfügung. Ferner gibt es eine Bowling-Halle mit 4 Bahnen sowie einen Parkplatz für rund 80 Pkw.
Mit diesem Neubau entstand in reizvoller landschaftlicher Lage ein harmonisch dimensionierter Mehrzweckbau, der nicht nur dem Tourismus dient.
Quelle: Architektura 5/89

1



2

3



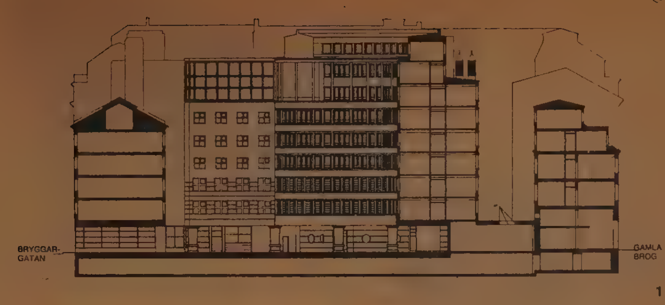
1 Hauptansicht von der Landstraße
2 Grundriß Erdgeschoß
3 Blick von der Seeseite
4 Empfangshalle mit Aufgang zur Galerie

4



Das Zentralhotel im Stadtzentrum von Stockholm

Architekt: Hans Birkholz, Ulf Gillberg



1

In der Altstadt von Stockholm an der Ecke Vasagatan Gamla Brogatan befindet sich seit kurzem ein Hotelbau mit interessanter Grundrißlösung für diesen Standort. Ausgangspunkt waren Quartierlücken, die eingegrenzt sind von historisch und baulich wertvollen Gebäuden des Architekten Arthur von Schmalensee aus dem Jahre 1940. Es bestand die Forderung, die neuen Fassaden in Höhe und Gestalt den historischen Bauten anzupassen, den vorhandenen Raum optimal auszunutzen und dennoch ein Hotel zu errichten, das in Komfort und technischer Ausstattung internationalem Standard entspricht. Diese Anforderungen konnten durch die Architekten erfüllt werden. Der mehretagige Hotelneubau beherbergt neben 93 Zimmern viele Serviceeinrichtungen und eine Büroraumetage. Noch etwas ist hervorzuheben, der besondere Grundriß des Objektes stellt sich nicht als Hemmnis der Architektur dar, sondern brachte viele interessante Lösungen hervor, die für den Gesamteindruck des Gebäudes eine positive Bedeutung haben.

Quelle: arkitektur 8–1989

1 Schnittdarstellung des Hotels

2 Hotelfassade an der Vasagatan Gamla

3 Blick in den Hof

4/5 Das Foyer bietet modernen Komfort mit internationalem Standard.

6 Grundriß der 1. Etage

7 Grundriß Erdgeschoß



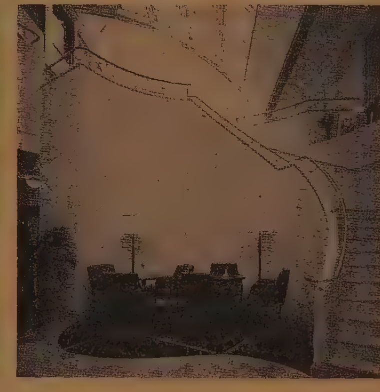
2



3



4



5

6



7



1

Eindrücke in Bratislava

1 Teil des Stadtzentrums (NW) von der Burg aus, links neben der Kirche St. Nikolaus (1661) der Erweiterungsbau des Slowakischen Nationalrates, rechts im Vordergrund Neubau von Reihenhäusern

2 Rekonstruierte Adelspaläste (unter Denkmalschutz) in der Nálepkova (Balassov-Palast 1754–1762, Esterházy-Palast 1743)

Dr.-Ing. Kurt Ludley, Halle (Saale)

Bratislava, die Hauptstadt der Slowakischen Sozialistischen Republik, bereitet sich auf die Feierlichkeiten im Jahre 1991 anläßlich der Verleihung der Privilegien als königliche Freistadt durch den ungarischen König Andreas III. (1291) vor. Die Anlagen um die Burg herum (Mauern, Treppen und Fußwege, Freiflächen) wurden und werden rekonstruiert. Im Stadtzentrum und in angrenzenden Bereichen wurden einzelne Baulücken geschlossen und ganze Straßenzüge komplex instand gesetzt und modernisiert, darunter eine große Anzahl von Baudenkmälern. Einrichtungen in den Altbauten wie Gaststätten, Verkaufsstellen u. ä. wurden neu gestaltet. Der Primatialpalast wird derzeit von Spezialisten des polnischen Denkmalpflegebetriebes (PKZ) rekonstruiert. Viele Baugerüste in den Straßen sind schon gefallen, und alte Häuser zeigen neue Farbe und Glanz.

2





3



4

Zwischen Altstadt und Burg am Októbrove námestie wurde der Gebäudekomplex des Slowakischen Nationalrates durch einen modernen Neubau erweitert.
Nördlich des Fußgängerbereiches Platz des Slowakischen Nationalaufstandes (Námestie SNP)/ Poststraße (Poštova), mit dem Haupteingang und der Zufahrt zum Friedensplatz (Mierove námestie) orientiert, wurde das Hotel Forum errichtet und damit ein Teil der beabsichtigten baulichen Fassung des Mierove námestie realisiert.

3 Erweiterungsbau des Slowakischen Nationalrates am Októbrové námestie

4 Nordansicht an der Straße Stáromestka in Richtung Burg

5 Hotel Forum; Haupteingang und -zufahrt Mierove námestie

6 Hotel Forum; Treppenaufgang zur Terrasse am Hurbanovo námestie

7 Hotel Forum; Freifläche vor dem Café „Paris" und vor dem Zugang an der Straße Obchodná

5

6



7





1

Der botanische Garten in San Antonio

1 *Der Gewächshauskomplex in San Antonio*
2 *Gesamtansicht der Anlage*
3 *Perspektive*
4 *Schnittdarstellung eines Teils der Anlage*



2

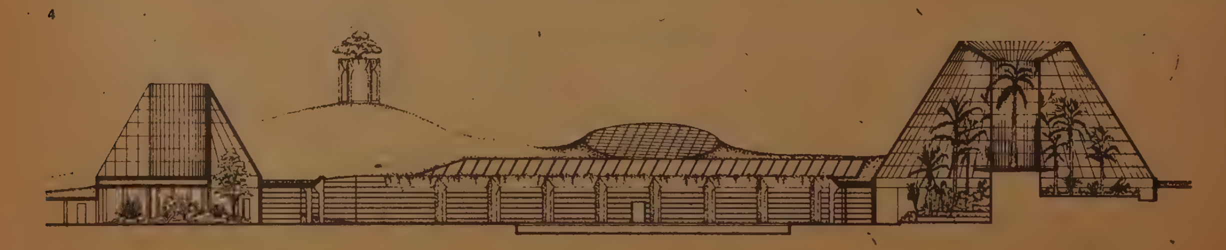
Architekt: Emilio Ambasz

Die Lucille Halsell Gewächshäuser sind ein Komplex von Treibhäusern, die sich im heißesten und trockensten Klima im Süden von Texas befinden. Ungleich dem nördlichen Klima, wo gläserne Gewächshäuser das Sonnenlicht maximal einfangen sollen, erfordert das Klima in San Antonio einen Schutz vor der Sonne. Das Projekt beinhaltet die Idee, durch die in die Erde eingelassenen Gebäude den Erdboden als natürliche Schutzvorrichtung auszunutzen und durch die gläsernen Oberflächen den Lichteinfall zu optimieren.
Die Art und Weise der Anordnung der einzelnen Gebäude um ein Zentrum ist typisch für die texanische Architektur. Jedes Haus bietet durch die unterschiedliche äußere Form und Struktur im inneren unterschiedliche klimatische Bedingungen. In einem System von unterirdischen Gängen und Räumen bilden die einzelnen Objekte ein einheitliches Ganzes.
Quelle: L'Architecture d'Aujourd'hui, April 89



3

4



JAHRESINHALTSVERZEICHNIS

1/89

2/89

3/89

4/89

5/89

6/89

AUTOREN

Franz, M.
Erhaltung und Erneuerung in Wittstock
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, S. 9–14, 15 Abb.

In der Kreisstadt Wittstock wurde seit Beginn der 80er Jahre ein Großteil des Wohnungsbauprogramms in der Innenstadt realisiert. Baumaßnahmen konzentrierten sich vorwiegend auf Werterhaltung und Lückenschließung. Im engen Zusammenwirken mit dem Büro für Städtebau Potsdam wurden Projekte entwickelt, die den historisch gewachsenen Stadtorganismus bewahrten und die Attraktivität dieses Bereiches unterstützten, z. B. durch die Ausgestaltung des ehemaligen Marktplatzes mit Großgrün, Brunnenanlagen, gastronomischen Einrichtungen und Kiosken.
Komplett abgeschlossen wurden in der letzten Zeit: der Ernst-Thälmann-Platz (zentraler Marktplatz), die Rudolf-Breitscheid-Straße, die Ernst-Lück-Straße und die Karl-Marx-Straße.

Franz, M.
Сохранение и возобновление в г. Виттштоке
Architektur der DDR, Берлин 39 /1990/ I, стр. 9–14, 15 илл.

Сначала 80-ых годов в районном городе Виттштоке была реализована большая часть программы жилищного строительства во внутренней части города. Строительные мероприятия сосредоточиваются главным образом на работы по сохранению зданий и сооружений и на закрытие разрывов в застройке. В тесном сотрудничестве с Бюро градостроительства г. Потсдама были разработаны проекты, которые сохранили исторически сложившийся организм города и подкрепляют привлекательность этой зоны, например, путем оформления бывшей рыночной площади большими зелеными насаждениями, колодцами, гастрономическими учреждениями и киосками.
В последнее время комплектно завершены: площадь им. Эрнста Тэльманна/центральная рыночная площадь/, ул. Рудольф-Брайшайд-Штрассе, ул. Эрнст-Тэльманн-Штрассе и ул. Карл-Маркс-Штрассе.

Brenn, P.
Zur Restaurierung der Werderschen Kirche Berlin
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, S. 15–20, 17 Abb.

Die Einmaligkeit der Restaurierung der Werderschen Kirche besteht darin, daß ein Gebäude in Berlin von Karl Friedrich Schinkel außen und innen in seinem ursprünglich geplanten Zustand wiederhergestellt worden ist, mehr noch, ein Innenraum geschaffen wurde, den es in dieser Form nie gab, der ganz dem Wunsch Schinkels entspricht. Der Autor beschreibt die einzelnen Abschnitte der gesamten Rekonstruktion bis hin zu den farbigen Fenstern und den gußeisernen Portalen mit den Medaillons.

Brenn, P.
О реставрации церкви Вердерше Кирхе в г. Берлине
Architektur der DDR, Берлин 39 /1990/ I, стр. 15–20, 17 илл.

Неповторимость реставрации церкви Вердерше Кирхе состоит в том, что здание, построенное архитектором Фридрихом Шинкелем в г. Берлине, снаружи и внутри было восстановлено в своем первоначальном состоянии, более того, было создано внутреннее пространство, которое в своей форме никогда не существовало и в полной мере соответствует желанию Шинкеля. Автор описывает отдельные участки общей реконструкции вплоть до цветных окон и чугунных порталов с медальонами.

Hofmann, F.
Innerstädtischer Wohnungsbau in Leipzig
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, S. 21–26, 14 Abb.

Um den qualitativ neuen Bedingungen zu entsprechen, die durch Städtebau und Architektur besonders im innerstädtischen Bauen gestellt werden, hat auch das Baukombinat Leipzig in den vergangenen Jahren umfassend an der Rationalisierung und Weiterentwicklung seines Erzeugnisangebotes gearbeitet.
Im Ergebnis dessen konnten ab 1987 zwei neue Wohnungsbauserien, die WBS 70/BR 87 und die WBS 70/36 kN, sowohl auf extensiven als auch auf innerstädtischen Standorten zur Anwendung kommen. Besondere Merkmale dieser Erzeugnisse sind u. a. eine Systemkoordinierung konstruktiver Grundparameter und Details sowie die im „Gestaltungsbaukasten“ zusammengefaßten Elemente zur städtebaulich-architektonischen Lösung standortbezogener Gestaltungskonzeptionen.
Damit stand ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem die Realisierung der im Politbürobeschluß des ZK der SED vom 8. 3. 1988 zur Weiterführung des Wohnungsbaus in der Stadt Leipzig bis 1990 gestellten Aufgaben (Erfüllung des Mengenprogramms bei gleichzeitiger Verbesserung der städtebaulich-architektonischen Qualität) in Angriff genommen werden konnte.

Hofmann, F.
Внутригородское жилищное строительство в г. Лейпциге
Architektur der DDR, Берлин 39 /1990/ I, стр. 21–26, 14 илл.

Для выполнения качественно новых требований, предъявляемых градостроительством и архитектурой особенно к внутригородскому строительству, в прошедшие годы также Строительный комбинат Лейпциг проводил работы по всеобъемлющей рационализации и усовершенствованию ассортимента изделий.
В результате этих работ оказалось возможным применять с 1987 г. две новые домостроительные серии WBS 70/BR 87 и WBS 70/36 kN как на экстенсивных местах размещения, так и на внутригородских территориях. Особенными критериями этих изделий являются между прочим координация систем основных конструктивных параметров и деталей, охваченных „модульной системой форм“, а также элементов для градостроительно-архитектурного решения концепций оформления, относящихся определенным местам размещения.
Тем самым был предоставлен в распоряжение инструментарий, позволивший приступить к реализации заданий, поставленных решением Политбюро ЦК СЕПГ от 8 марта 1988 г. о продолжении жилищного строительства в городе Лейпциге до 1990 года/выполнение количественной программы при одновременном улучшении градостроительно-архитектурного качества/.

Starke, G.
Vorschuleinrichtungen für innerstädtische Wohngebiete
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, S. 27–31, 10 Abb.

Mit der zunehmenden Verlagerung des industriellen Wohnungsbaus von Stadtrandgebieten an innerstädtische Standorte ergeben sich für die Zuordnung der notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen andere Bedingungen. Der Beitrag stellt Vorschuleinrichtungen als konstruktive Neuerung für Unterlagerungsgeschosse vor, die mit Hilfe von Rahmenkonstruktionen mehrgeschossig in der industriellen Wandbauweise gebaut werden und dennoch den speziellen Forderungen in funktioneller Hinsicht entsprechen.

Starke, G.
Дошкольные учреждения для внутригородских жилых районов
Architektur der DDR, Берлин 39 /1990/ I, стр. 27–31, 10 илл.

С возрастающим перемещением индустриального жилищного строительства с пригородных на внутригородские места размещения получаются новые условия расстановки необходимых общественных учреждений. Статья представляет дошкольные учреждения как конструктивное новшество для нижних этажей зданий при функциональном совмещении, которые возводятся с помощью многоэтажных рамных конструкций по способу индустриального стенового строительства и несмотря на это соответствуют специальным требованиям с функциональной точки зрения.

Schultz, G.
Parkprobleme in den Zentren von Klein- und Mittelstädten
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, S. 32–35, 8 Abb.

Bei städtebaulicher Umgestaltung wächst das Parkbedürfnis durch höhere Einwohnerdichten und Zuzug jüngerer Menschen, während das Stellplatzangebot durch Lückenschließungen und Hofbegrünungen zurückgeht. Die Chancen, die Parksituation durch Verdrängung der im Berufsverkehr eingesetzten Kfz zu entspannen, sind entschieden geringer als in Großstadtzentren mit hohem Arbeitskräftebesatz. Angemessene Bebauungsdichten bilden die Voraussetzung für die Lösung des Parkproblems. Auf der Basis realistischer Ansätze zum Investitionsvolumen für flächensparende Parkbauten sind für den ruhenden Verkehr Flächen innerhalb und außerhalb der Zentren zu sichern. Größere entkernte Quartiere sollten für eine spätere Aufnahme von halbversenkten Hofgaragen planerisch vorbereitet werden.

Schultz, G.
Проблемы паркования в центральных частях малых и средних городов
Architektur der DDR, Берлин 39 /1990/ I, стр. 32–35, 8 илл.

При градостроительном преобразовании возрастает потребность в территории для стоянок автомобилей вследствие увеличивающейся плотности населения и иммиграции молодых людей, в то время как количество стоянок автомобилей уменьшается из-за закрытия разрывов в застройке и озеленения дворов. Шансы ослабления напряженности ситуации паркования путем вытеснения автомобилей, находящихся в пути во время рудовых передвижений, значительно меньше чем в центрах больших городов с большими трудовыми ресурсами. Соответствующие плотности застроики создают предпосылки для решения проблемы паркования. На базе реалистического подхода к объему капиталовложений в площадиэкономящие сооружения паркования необходимо обеспечить площади для стоячего транспорта внутри и вне пределов городских центров. Рекомендуется большие разуплотненные квартиры заранее планировать для размещения в будущем полуподземных дворовых гаражей.

Franz, M.
Conservation and Renewal in Wittstock
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) No. 1, pp. 9–14, 15 illustrations

The greater part of the housing construction programme of Wittstock has been completed in the urban centre, since the early eighties. Building activities were primarily concentrated on conservation and gap-filling. Projects to preserve the historically grown organism of that town and to enhance at the same time the attractiveness of the entire urban area were developed in close cooperation with the Potsdam Office of City Design. For example, trees and shrubs were planted to adorn former market square. Fountains, restaurants, and sales stands were set up in the same place. Fully completed in recent time were Ernst-Thälmann-Platz (central market square), Rudolf-Breitscheid-Strasse, Ernst-Lück-Strasse, and Karl-Marx-Strasse.

Franz, M.
Conservation et réhabilitation à Wittstock
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, pages 9–14, 15 illustrations

Dès le début des années 80, la majeure partie du programme de construction de logements adopté pour le centre-ville de Wittstock, chef-lieu d'arrondissement, a été réalisée. Les mesures de construction se sont concentrées réalisée. Les mesures de construction se sont concentrées notamment sur la conservation de la substance bâtie et sur la construction neuve sur des terrains vagues. Des projets élaborés en coopération étroite avec le bureau d'urbanisme de Potsdam ont porté, pour l'essentiel, sur la conservation du tissu urbain historique et sur l'augmentation de l'attrait de la ville (implantation de larges espaces verts sur l'ancienne place du marché, fontaines, établissements gastronomiques, kiosques etc.).
Les complexes suivants ont été achevés ces derniers temps: Ernst-Thälmann-Platz (place de marché centrale), Rudolf-Breitscheid-Strasse, Ernst-Lücke-Strasse, Karl-Marx-Strasse.

Brenn, P.
Restoration of Werder's Church in Berlin
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) No. 1, pp. 15–20, 17 illustrations

Restoration of Werder's Church is a unique event, in that this has been the first instance to fully restore to its original condition the exterior and interior of a building in Berlin designed by Karl Friedrich Schinkel. Even more, the interior space had never really existed in that form but is in full keeping with Schinkel's intentions. A full account is given of all stages of the restoration project, including coloured windows and cast iron gates with plaques.

Brenn, P.
Restauration de la Werdersche Kirche à Berlin
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, pages 15–20, 17 illustrations

La restauration de la Werdersche Kirche, église due à Karl Friedrich Schinkel, constitue un projet unique en son genre. Après avoir fait l'objet d'une restauration complexe tant à l'extérieur qu'à l'intérieur, l'église se présente aujourd'hui dans toute sa beauté originale – plus encore, pour la première fois l'aménagement de l'intérieur est parfaitement identique avec les plans de Schinkel. L'auteur décrit les différentes phases de réalisation du projet, jusqu'à la restauration minutieuse des fenêtres en verre coloré et des portails en fonte de fer ornés de médaillons.

Hofmann, F.
Housing Construction in Urban Centre of Leipzig
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) No. 1, pp. 21–26, 14 illustrations

The Leipzig Building Corporation (Baukombinat), in recent years, has gone to great lengths for rationalisation and improvement of its production programmes, with the view to meeting the new qualitative demands on city design and architecture, primarily in the context of building activities in urban centres.
Two housing construction systems, WBS 70/BR 87 and WBS 70/36 kN, were developed as a result and were used as of 1987 on suburban and central sites. These products are characterised by a number of features, such as system coordination of basic design parameters and details and modular design elements for specific site-related architectonic solutions.
Hence, an armamentarium had become available to put into practice the resolution adopted by the SED Politbureau on March 8, 1988, on continuation up to 1990 of housing construction in Leipzig (quantitative fulfilment of the programme accompanied by improvement of quality in terms of city design and architecture).

Hofmann, F.
Construction de logements en pleine cité de Leipzig
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, pages 21–26, 14 illustrations

Dans le souci de répondre de mieux en mieux aux conditions nouvelles posées à la qualité de l'urbanisme et de l'architecture de concert avec la construction dans des zones centrales urbaines, le combinat du bâtiment de Leipzig a profondément rationalisé et perfectionné, ces dernières années, son offre en produits.
Les multiples efforts se sont concrétisés, depuis 1987, dans deux nouvelles séries de construction de logements – WBS 70/87 et WBS 70/36 kN – conçues pour être appliquées tant sur des emplacements en site urbain qu'à la périphérie des villes. A retenir parmi les caractéristiques essentielles de ces séries la coordination systématique de paramètres de base et de détails constructifs ainsi qu'un jeu modulaire réunissant un grand nombre d'éléments architecturaux destinés à contribuer efficacement à la solution de conceptions d'aménagement spécifiques applicables au site concret.
Les „aides“ ainsi créées permettent de continuer la réalisation du programme de construction de logements dans la ville de Leipzig jusqu'à l'an 1990 (réalisation du programme quantitatif, amélioration de la qualité urbaniste et architecturale), conformément à la décision du Bureau Politique du CC du parti SED du 8 mars 1990.

Starke, G.
Pre-School Facilities in Urban Centres
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) No. 1, pp. 27–31, 10 illustrations

Industrialised housing construction has been increasingly shifted from suburban areas to sites in urban centres, which has changed the conditions for integration of the necessary public services. Pre-school facilities are now being integrated with apartment houses and are usually placed at ground-floor level. Many of them are built in skeleton frames on the basis of industrialised wall construction and are still in full keeping with the specific functional demands on them.

Starke, G.
Etablissements préscolaires pour des zones centrales urbaines
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, pages 27–31, 10 illustrations

Au fur et à mesure que la construction de logements industrielle est déportée des zones périphériques aux emplacements en pleine cité, on se voit confronté dans une mesure croissante avec le problème d'une adjonction réfléchie des équipements collectifs nécessaires. L'article renseigne sur un établissement préscolaire en plusieurs étages qui, construit d'après la méthode industrielle en panneaux muraux, répond à toutes les exigences fonctionnelles posées aux constructions de ce genre.

Schultz, G.
Parking Problems in Centres of Small and Medium Towns
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) No. 1, pp. 32–35, 8 illustrations

Urban renewal is accompanied by an increasing demand for parking spaces due to higher population density and inflow of young people. The area available, however, is likely to decline due to gap-filling activities and arrangement of green belts. The chances to relax the parking situation by displacement of motor vehicles in home-to-job transport are definitely lower than in centres of big cities with better workforce-area ratio. Adequate building density can be an answer to the parking problem. Areas should be provided for stopping traffice inside and outside urban centres on the basis of realistic approaches to the investment volume permissible for area-saving multi-storey car parks. Larger loosened-up quarters should be prepared by proper planning for future accommodation of semi-lowered court-type parking lots.

Schultz, G.
Le problème du parking dans les petites et moyennes villes
Architektur der DDR, Berlin 39 (1990) 1, pages 32–35, 8 illustrations

Le réaménagement en cours dans les villes de petite et moyenne importance s'accompagne d'un besoin croissant en surfaces de stationnement (densité résidentielle, rajeunissement des habitants) d'une part et d'une réduction des possibilités de stationnement d'autre part, conséquence des efforts de combler des vides, d'aménager des espaces verts, etc. Pour résoudre le problème du parking, l'accent doit être mis sur uno densité de construction réfléchie. Partant d'une approche réaliste relative au volume d'investissement pour des parkings en étages permettant d'économiser de la place, la tâche doit consister à aménager des surfaces à l'intérieur et à l'extérieur des zones centrales pour recevoir des véhicules en stationnement. Des quartiers résidentiels plus grands ayant fait l'objet d'une déconcentration devraient être préparés pour recevoir dans les cours des garages mi-enterrés.



Hermann Heckmann

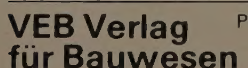
Barock und Rokoko in Hamburg

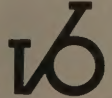
Baukunst des Bürgertums

1. Auflage 1990, etwa 400 Seiten, 430 Abbildungen, Leinen,
etwa 85,– M, Ausland etwa 120,– DM
Bestellnummer: 562 525 8, ISBN 3–345–00302–3

Der Besucher Hamburgs wird aus der Zeit zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und der Französischen Revolution nur wenige Bauwerke finden. Und doch gab es sie in großer Zahl. Neben den traditionellen Holzfachwerkhäusern prägten die Backsteinfassaden mit geschmackvoll dekorierten Portalen und geschweiften Blendgiebeln ganze Straßenzüge zwischen Alster und Hafen.
So zahlreich brachten das Bürgertum und das Handwerk die eigene Baukultur in kaum einer anderen deutschen Stadt zum Ausdruck. Bauten des Adels konnte die republikanisch regierte Stadt fast immer verhindern. Mit dem Rathaus mochte sie jahrhundertelang keine Repräsentation zur Schau tragen, aber mit den hohen Türmen der Hauptkirchen verrät sie heute noch ihr gesundes Selbstbewußtsein.
Das feuchte Klima, die ökonomisch ausgerichtete Denkweise der Kaufleute, der Große Brand von 1842 und Kriegszerstörungen sorgten für den Verlust fast aller Wohnhäuser aus der Barock- und Rokokozeit. Dieses Buch will auch sie wieder in Erinnerung bringen und ein noch nie im Zusammenhang untersuchtes Kapitel hamburgischer Baugeschichte darlegen.

Bestellungen richten Sie bitte an eine Buchhandlung
VEB Verlag für Bauwesen, Französische Str. 13/14, Berlin, DDR 1086



Postfach 1232
Berlin
DDR - 1086

Ihr Fachverlag für Städtebau
Architektur · Wissenschaft
und Technik des Bauwesens

ISSN 0323-3413